

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.  
„Tagblatt-Haus“.  
Schalterhalle geöffnet von 7 Uhr morgens  
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Fernsprecher:  
Verlag (Expedition) 2955, Redaktion 52,  
Druckerei 2266.  
Auflage von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Frangobrief. 3 Mt. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Briefkäse. — Bezugsbedingungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die 3 Postämter, sowie die 131 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Dieblich: die dortigen 26 Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „kleiner Anzeiger“ in eubörslicher Spalte; 20 Pfg. für alle sonstigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Anzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Anzeigen. — Gänge, halbe, dritte und vierte Seiten, druckfertig, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unersetzlicher Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Kaufleute: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereicher Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 275.

Wiesbaden, Donnerstag, 17. Juni 1909.

57. Jahrgang.

## Morgen-Ausgabe. 1. Blatt.

### Die neuen Steuervorlagen.

Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns zu dem von uns schon behandelten Thema der neuen Steuern weiter: Die Regierung hat nunmehr die Gesetze eingebracht, die sie zur Ergänzung der früheren Vorlagen für nötig hält. Wie zu erwarten war, hat sie nicht den Entschluß fassen können, an der Nachschußsteuer festzuhalten, sondern hat eine Steuer auf Erbschaften von Kindern und Ehegatten an die Stelle gesetzt, die dem Reiche nur einen Beitrag von 55 Millionen bringen soll und die so zugeschnitten ist, daß von dem ländlichen Grundbesitz nur außerordentlich wenig zu zahlen ist. Es ist nämlich die Bestimmung in dem Gesetz aufgenommen, daß die Steuer für Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlich benutzt werden, in 20 Jahren getilgt werden kann. Zur Sicherheit soll eine Grundschuld dienen, die hinter der bisherigen Belastung stehen wird und die vielleicht keine ausreichende Sicherheit für die Zahlung der Beiträge bietet. Jedenfalls wird auf lange Zeit hinaus von Land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken sehr wenig Erbschaftsteuer für Kinder und Ehegatten bezahlt werden.

Den aller unverständlichsten Forderungen der Agrarier ist die Regierung nicht durch neue Vorlagen entgegen gekommen. Sie hat sich begnügt, den Effektenstempel zu erhöhen, eine neue Steuer auf den Schied zu legen, einen Wertstempel für Eigentumsübertragungen und einen Stempel für Feuerversicherungsprämien einzuführen. Alle diese neuen Steuern sind Steuern, die den Verkehr belasten, aber nicht den Besitz. Trotzdem laufen sie unter dem Namen Besitzsteuern. Wieweit die Regierung denjenigen Wünschen der Agrarier entgegenkommen wird, die in den Beschlüssen der Finanzkommission enthalten sind, wieweit sie standhalten wird, wenn von deren Seite noch neue Forderungen kommen, ist nicht abzusehen. Die Vorlagen sind bereits eine Kapitulation vor dem Bunde der Landwirte, und es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Zugeständnisse gemacht werden.

Das Resultat dieser sogenannten Finanzreform ist dann also, daß von den 500 Millionen ein Zehntel aufgebracht wird in der Form der Erbschaftsteuer für

Kinder und Ehegatten, im wesentlichen den mobilen Besitz und den städtischen Grundbesitz belastend, alles übrige belastet den Konsum der breiten Massen und den Verkehr. Diese Stellung nimmt die Regierung in einer Situation ein, in der ihr die Unterstützung nicht bloß aus den Kreisen der Handel- und Gewerbetreibenden, sondern auch aus weiten anderen bürgerlichen Kreisen sicher war, wenn sie selbst nur einigermaßen kräftig aufzutreten gewillt war. Wie sich die liberalen Parteien zu diesen neuen Vorschlägen stellen, wie sie sich gegenüber den Beschlüssen der Finanzkommission verhalten werden, darüber werden sie sich schlüssig zu machen haben. Aber eins dürfen sie nicht aus den Augen lassen:

Auch durch die Verhandlungen in der Kommission ist das eine klar gestellt, daß auf irgend wesentliche Ersparnisse im Reichshaushalt nicht zu rechnen ist, daß vielmehr weitere Erhöhungen in den beiden Ausgabenposten in sicherer Aussicht stehen, die fast ausschließlich für das Reich in Betracht kommen, Heer und Marine. Die Finanznot wird durch diese Finanzreform nicht beseitigt; sie wird erschwert, da Erwerb und Verkehr mehr noch als bisher belastet werden. Es ist nur eine sehr geringe Aussicht vorhanden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in näher Zeit besser werden. Das Jahr 1908 hat für das Reich ein ungeheures Defizit gebracht. Die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren sind um 138 Millionen, die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung um 30 Millionen und die der Eisenbahnverwaltung um 9 Millionen hinter dem Etat zurückgeblieben. Das Jahr hat also einen Gesamtfehlbetrag von 178 Millionen, und wahrscheinlich wird bei Eisenbahn und Post noch eine Erhöhung der Ausgaben kommen, so daß der Ausfall ein noch größerer werden wird.

Das sind für den Ertrag neuer Steuern sowohl, als auch für den Ertrag aus den alten Einnahmequellen traurige Aussichten, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß längst nicht der bewilligte Ertrag aus den Steuern kommen wird, während jedes Jahr höhere Ausgaben bringt. Die einzige Steuer, die eine einigermaßen sichere Einnahme haben würde, die Erbschaftsteuer, ist auf einen weit geringeren Betrag heruntergedrückt, und alle übrigen Steuern hängen in ihrem Ertrage vollständig ab von unserer wirtschaftlichen Lage.

So wird man diese Finanzreform, wenn sie beschlossen werden sollte, nur als die Einleitung zu neuen Steuererhöhungen betrachten können.

## Politische Übersicht.

Deutschland, Oesterreich und die Areta-Frage.  
\*\* Berlin, 15. Juni.

Von ausländischer Seite wird uns geschrieben: Die Aufrollung der Areta-Frage ist den sogenannten „Schutzmächten“ recht unangenehm gekommen. Nach dem Entgegenkommen, das sie ehemals den Aretiern und Griechen gezeigt haben, wäre es für sie recht schwer, sich jetzt auf den Standpunkt zu stellen, daß die Oberhoheit der Türkei unangefastet bleiben müsse und von einer Vereinigung der Insel mit Griechenland nicht die Rede sein dürfe; andererseits wollen und können sie es mit der „neuen Türkei“ nicht verderben und diese ist gerade im Ehrenpunkte recht empfindlich! Es ist gar nicht uninteressant, die Bindungen und Bindungen zu beobachten, welche Diplomatie und Presse der vier Länder machen, um beiden Teilen nicht wehe zu tun. Da ist man nun, da man sich gar nicht anders zu helfen wußte, auf ein vorzügliches Mittel verfallen, mit dem man die Affäre allerdings wohl eher zu komplizieren als zu lösen beabsichtigt. Man möchte nämlich Deutschland und Oesterreich, die vor rund einem Jahrzehnt in der Areta-Frage „die Flöte hinlegten“, wieder in die Sache verwickeln. Und so kann man denn zurzeit keine Verlautbarung aus England, Frankreich, Italien und Rußland zur Hand nehmen, in welcher einem der Name Deutschlands nicht irgendwo aufstiehe. Wird heute behauptet, Deutschland stehe auf Seiten der Türkei, so erklärt morgen eine andere ganz ebenso „zuverlässige“ Quelle, daß es die Griechen zu unterstützen gedenke. Besagte doch sogar eine Meldung aus Rom, daß in dortigen diplomatischen Kreisen (berechtigtweise) geglaubt werde, die Mächte würden es nicht zu einem griechisch-türkischen Kriege kommen lassen, und zwar mit der merkwürdigen Begründung, daß 1897 zwar Deutschland die Türkei zum Kriege gedrängt habe, daß dieses Land aber jetzt Griechenland um vieles freundlicher gesinnt sei. Läßt sich schon die Berechtigung der Behauptung, daß Deutschland von 12 Jahren „die Türkei zum Kriege gedrängt habe“, mit vollem Rechte bestreiten, so ist das noch viel mehr mit dem zweiten Teile des Satzes der Fall. Die Centralmächte haben nicht das geringste Interesse daran, sich in der Aretafrage aufs neue zu engagieren und überlassen es mit Freuden den vier Schutzstaaten, sich mit ihren Schützlingen und der Türkei auseinanderzusetzen. Die Aufgabe ist ja allerdings nicht gerade angenehm, denn die Kraven Aretier, die es zurzeit dem Prinzen Georg tatsächlich unmöglich gemacht haben,

## Fenilleton.

### Ein Klassiker der deutschen Lyrik.

(Zu Martin Greiß 70. Geburtstag, 18. Juni.)

Tief verborgen im Walde der Dichtung wächst und blüht die Blume des deutschen Liedes; es ist ein bescheidenes Wäulchen, aufgesproßt aus würziger Waldeserde, das fern von den zierlichen Schwärmern in Garten und Treibhaus sein stilles Leben führt, ein „herzliches Weichsel“, „gebüßt in sich und unbekannt“, wie es bei Goethe heißt. Aber es haucht im Blüten einen seltsam bezaubernden Duft aus und erschließt dem sehenden Auge eine besonders aus Herz greifende Schönheit. — Zwei Wunderdinge sind es, die die deutsche Kunst, sonst in manchem arm und gering geachtet neben den südländischen Nachbarn, ganz allein ihr eigen nennt: deutsche Musik und deutsche Lyrik. Wo hätte ein ander Land etwas wie Bachs Passionen und Beethovens Sinfonien, wie Mozarts Opern und Schuberts Lieder? Wo könnte ein ander Land etwas zur Seite stellen unseren Volksliedern und Walther's Spruchreden, Goethes Gesängen und Noetides Gedichten? Und auch hier ist das spezifisch Deutsche etwas Schlicht-Natürliches, Einfach-Imiges, ein Reiz, dem der Kindelein verwandt, deren das Reich Gottes ist. Auch hier lächelt's mit gemüthvoller Einsicht, schlägt mit rein unschuldigem Blick große blaue Augen auf...

Diese so unsäglich teure Kunst eines gottbegnadeten Vorklassikers, dem Lied des Vogels gleich, die da auhört mit dem Beginn unserer Sprache, mit dem „ich bin dein, du bist mein“ und fortflingt in allem Herlichsten unserer Lyrik, lebt auch noch in unserer schwer grubelnden, schwer ringenden, kunstreichen und vertäuselten Zeit fort. Die stille Waldesblume blüht, herrlich noch wie ehedem! Diese tröstliche Gewißheit bietet das Dichten und Singen Martin Greiß's, des greisen Liebesweisers, dem zu seinem 70. Geburtstag Deutschland, das er so warm und zart gesiegt, seinen Dank und seine Liebe darbringt. In der ganzen, reich entwickelten lyrischen Dichtung unserer Tage, die so farbenreiche, läppig glänzende, stolze, vielgestaltige Blüten getrieben, ist er der einzige, der mit der gleichen Sicherheit, Natürlichkeit und Feinheit schaffen konnte wie jene unbekannteren Säger des Mittelalters, denen wir die schönsten

unserer Volkslieder verdanken, der einzige echte poetische Nachfahr unserer klassischen Künstler im Lied. Gegen seine, wie die Natur selbst unbewußt, mühelos, harmonisch gestaltende Art wirkt unter den Modernen selbst die Kunst Rilken's leicht burlesk und forciert; wie gequält, schwer, mit sich in der Form ringend erscheint etwa neben dem leichten, klaren Fluß seines Liedes die Dichtung des Großten der Modernen, Richard Dehmel's. Darum ist aber Greiß nicht etwa ein archaisierender Vugenscheibenpoet, der nur die alten Töne nachspeist, sondern er hat Seele und Empfinden der Gegenwart in einer köstlichen Läuterung und Verfeinerung in seine Mythen und Bilder aufgenommen.

Martin Greiß, der mit seinem eigentlichen Namen Friedrich Hermann Frey heißt, hat ein äußerlich an Wechseln armes, dafür innerlich desto reicher sich entfaltendes Leben durchlebt. Als Sohn eines hohen Regierungsbeamten in der denkwürdigen alten Kaiserstadt Speyer am 18. Juni 1839 geboren, aufgewachsen in der sangesreichen Pfalz, trat er 1857 ins bayerische Heer ein und verbrachte zehn Jahre als Leutnant in verschiedenen Garnisonen. Immer härter regte sich in ihm der Dichterberuf, der den Menschen ganz, frei von jeder anderen Fessel, forderte. Nachdem ihm Geibel den Rat gegeben hatte, seine Verse in den Osen zu stecken, fand er an Noetide und dessen Freund Klüber verständnisvolle Förderer und in Cotta einen Verleger. 1863 erschienen die „Gedichte“ von Martin Greiß — vorher hatte er schon unter seinem Vatersnamen Fr. H. Frey 1860 und 1864 zwei unbedeutende Sammlungen veröffentlicht — und zeigten die Reife einer hohen Begabung, sicherten dem Manne und dem Namen einen unverlöcherbaren Platz in der deutschen Dichtung. Nun begannen seine Bildungs- und Wanderjahre; als aufmerksamer Beobachter durchzog er die Alpen und Italien, machte als Berichterstatter den deutsch-französischen Krieg mit und war vielfach journalistisch tätig. Aber auch dichterische Schätze sammelte er auf seiner Reife, die in der 1881 erschienenen zweiten Auflage seiner „Gedichte“ und den „Neuen Liedern und Vätern“ von 1902 ein reicheres Bild seines Wesens und Dichtens boten. Daneben hatten die Wanderungen seinem dramatischen Schaffen Anregung gegeben. 1875 war am Wiener Burgtheater durch Laube sein Drama „Koritz Uhlseid“ aufgeführt worden, 1878 folgte sein „Aero“. Eine ganze Reihe Dramen hat der Dichter noch veröffentlicht, ohne jedoch mit ihnen die allgemeine

Anerkennung zu erlangen, die dem Lyriker allmählich immer begeisterter und schließlich in uneingeschränktem Maße als einem „Klassiker“ gespendet wurde.

Der erste, der die Bedeutung von Martin Greiß Lyrik erkannte, war der seine Aetheter und geniale Kunstkenner Adolf Bayersdorfer, der 1872 in einer tiefstimmigen Studie den noch gar nicht beachteten Dichter als „elementaren Lyriker“ feierte. Mit dieser vieldeutigen, seitdem stets wiederholten Bezeichnung — sie ist ein Lieblingswort Bayersdorfers, der z. B. auch Giorgione „elementar“ nannte — sollte Greiß Eigenart als die eines Künstlers ergründet werden, der wie eine elementare Macht, notwendig und voraussetzungslos, wirkt und hervorbringt, der ohne jede stoffliche oder äußere Rücksicht nach einer rein dichterisch-schöpferischen Anschauung gestaltet und formt. Dem durch das Studium der bildenden Kunst geklärten Geschmack dieses Kritikers erschien eine solche Anwendung der natürlichsten und einfachsten Mittel, eine solche Abwendung von allem Verstandesmäßigen und Rhetorischen als ein aller echten Kunst eigenes Merkmal, während damals gerade wieder die Poeten der Münchener Schule eine Lyrik der schönen untadeligen Form und des reflektierenden Pathos als Muster aufstellten. Zu ihnen stand Greiß im denkbar größten Gegensatz, und es war nur natürlich, daß ihr Führer Geibel seine Gedichte „ganz nett“ und künstlerisch wertlos fand. Der Langbott löbenden, besorgten Wort- und Reimkunst stellte sich hier eine innerlich befeuerte, leise sprechende Lautkunst entgegen, die aus den Tiefen des Unbewußten emporbrang und wie die auf dem Meeresgrund in der Muschel still geformte Perle nur von dem Ugrund der Dichterseele geformt und so der Welt dargeboten war. Bayersdorfer und der Philosoph du Prel, ein anderer Freund und Herold der Greiß'schen Kunst, betonten so stark das Unbewußte in seinem Dichten, weil damals diese notwendige Grundlage aller schaffenden Phantasie kaum beachtet wurde.

Natürlich ist das Schaffen Greiß's nicht „unbewußter“, als das jeden echten Künstlers; aber das rein Dichterische, wie es im Lyrischen am unmittelbarsten sich ausdrückt, tritt bei ihm sehr rar in die Erscheinung. Es liegt in seinem Talente eine gewisse Beschränkung auf kleinere Formen, die nur unter selten glücklichen Bedingungen aufgehoben wird, eine Zusammenbrängung und Sublimierung des Poetischen in die knappste Gestalt, eine Steigerung von Gefühl und

das Oberkommissariat weiterzuführen, sind etwas widerborstig und schwer zu behandeln. Und was die Hellenen anlangt, darüber wäre auch noch so manches zu sagen. Daß man hier mit den Deuten, die vor 12 Jahren so jämmerlich versagten, nicht allzubiele Sympathien hat, steht fest, vor allem, weil man überzeugt ist, daß sich die Verhältnisse seitdem nicht um ein Haar gebessert haben. Damals kehrte die griechische Flotte, der übrigens gar kein Feind gegenüber treten konnte, denn die Türken besaßen damals keine Kriegsschiffe, nach Hause zurück mit der kuriosen Begründung, daß sie... die Händer vergessen habe! Wie leicht würde so etwas heute nicht mehr vorkommen, aber zu der Kampfkraft der Griechen besitzt man noch immer kein Vertrauen. Doch das steht, wie gesagt, erst in zweiter Linie; man hat hier nicht den geringsten Grund, sich und Wien in diesen Fragen irgendwie zu engagieren; mögen die Schutzmächte zusehen, wie sie sich allein aus der Klemme befreien!

**Zweiterlei Maß.**

Der soeben erschienene Jahresbericht des Vereins für das Deutschtum im Ausland beschäftigt sich in seinem Überblick über die Lage des Auslanddeutschtums im Jahre 1908 durchaus richtig und sachlich auch mit der Entwicklung des Deutschtums in Ungarn und der Haltung der magyarischen Regierung diesem gegenüber. Der Bericht weist hierbei auf den unausgeglichenen Gegensatz zwischen dieser Haltung und den begeisterten Lobspriechen hin, die der magyarische Kultursminister Graf Apponyi der deutschen Sprache und Kultur gezollt hat. Den Magyaren muß die Unterstreichung dieser Tatsache gerade in ihrer ruhigen Form äußerst peinlich sein, denn ihre Presse wendet sich in den denkbar schärfsten Ausfällen und Drohungen gegen die „Einmischung des reichsdeutschen Vereins“ in innerungarische Angelegenheiten. Der „Budapester Hirlop“ und das deutschgeschriebene Magyarenblatt „Pester Lloyd“ wetteifern miteinander in der Maßlosigkeit dieser Zurückweisungen, in der das schlechte Gewissen der magyarischen Chauvinisten deutlich zutage tritt. Der „Pester Lloyd“ macht sich die Widerlegung der sachlichen Darlegung des Jahresberichts sehr bequem und einfach, indem er die dort erwähnte Bewegung unter dem „Schwabentum“ Ungarns für deutsche Schule und Unterrichtsprache einfach leugnet. Merkwürdig, daß er und seine Gefinnungsgenossen sich an anderen Stellen in Angriffen gegen die „Bangermanischen Strömungen“ unter den schwäbischen Bauern nicht genug tun können. Das Blatt macht dem reichsdeutschen Verein ein Wortwort daraus, daß er in seinem Bericht erklärt „unbeschadet seiner eigenen grundsätzlich und tatsächlich unpolitischen Tätigkeit die Entwicklung des öffentlichen Lebens in der Donaumonarchie nicht aus den Augen lassen zu dürfen“ und erklärt dies für ein „Anmaßung und Aufdringlichkeit“, die zurückgewiesen werden müsse. Die Erregung der magyarischen Presse ist um so schwerer verständlich, als der Verein für das Deutschtum im Ausland nichts anderes will und tut, als die Teilnahme für die Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur in Ungarn zu bekunden, die dem ungarischen Deutschtum durch die Landesverfassung garantiert ist. Das Magyarentum unterstützt tatkräftig Sprache und Kultur der in der Bukowina lebenden Magyaren und nimmt dies nicht nur als ein gutes Recht sondern als eine patriotische Pflicht für sich in Anspruch, obwohl die Bukowina staatlich nichts mit dem Königreich Ungarn gemein hat. Das Magyarentum gewährt ferner in lebenswichtigem Entgegenkommen den Bestrebungen der Alliance Française auf Ausbreitung

der französischen Sprache und Kultur in seiner Reichshauptstadt freien Raum, während selbst die für die Reichsdeutschen in Pest bestimmte deutsche Schule noch immer der staatlichen Bestätigung harret. Die Arbeit der Alliance Française bewegt sich genau in demselben Rahmen und derselben Richtung wie die des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Warum empfindet das Magyarentum das Wirken für die Sprache des ihm verbündeten deutschen Volkes als Anmaßung und Aufdringlichkeit, während es sich für die gleichen Arbeiten zugunsten der französischen Sprache einsetzt?

**Deutsches Reich.**

\* **Offizielle Spiegelsecherei.** Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt: Die gestern zur Ausgabe gelangten Ersatzentwürfe der Verbündeten Regierungen zur Reichsfinanzreform haben Beanstandungen erfahren, die auf falscher zahlenmäßiger Grundlage beruhen. In einer größeren Reihe von Zeitungen wird ausgeführt, die Forderungen der neuen Erbschaftsteuer vorlage machten nur wenig mehr als die Hälfte des im November durch die Nachlasssteuer Verlangten aus. Diese Angabe ist unrichtig. Der Nachlasssteuerentwurf sollte netto 63 Millionen, die neue Vorlage soll 55 Millionen abwerfen, es sind also nur acht Millionen Unterschied vorhanden. Von der entgegengesetzten Seite wird behauptet, die Stempelabgabe auf Feuerversicherungsquittungen treffe ganz überwiegend das Immobilienvermögen. Auch diese Angabe ist unrichtig. Der immobile und mobile Besitz werden zu dieser Abgabe ungefähr gleichmäßig beitragen, da man nach dem Ergebnis statistischer Erhebungen in den Bundesstaaten den Gebäudebesitz als ungefähr zu gleichen Teilen von der Abgabe betroffen ansehen kann wie den an Mobilien und Vorräten. Die „Freie Ztg.“ führt diese offiziellen Auslassungen schnell ad absurdum, wenn sie zu ihnen bemerkt: Die Bemerkungen des offiziellen Blattes zur Erbschaftsteuer fordern zu sofortigem Widerspruch heraus. Die ursprüngliche von der Regierung geplante Nachlasssteuer sollte netto nicht 63, sondern 73 Millionen Mark bringen; die „Nordd. Allg. Ztg.“ gelangt zu ihrer niedrigen Ziffer lediglich dadurch, daß sie den in dem Nachlasssteuerentwurf geplanten Wehrsteuerzuschlag völlig außer Betracht läßt, der doch ebenfalls eine Form der Nachlasssteuer darstellte und durch die Erbschaftsteuer mit ersetzt werden sollte. Weiter kommt in Betracht, daß die Regierung auch auf die Beschränkung des gesetzlichen Erbrechts verzichtet hat, so daß die Erbschaftsteuer auch für den hierdurch entstehenden Ausfall Ersatz zu schaffen hat. Nachlasssteuer mit Zuschlag und Erbrechtsreform sollten aber zusammen 92 Millionen erbringen. Diese 92 Millionen Mark muß man den 55 Millionen der neuen Vorlage gegenüberstellen; tut man das, dann fallen die Bemerkungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ in sich zusammen. Es ist auch in der Diskussion der letzten Monate stets davon ausgegangen worden, daß der zu ersetzende Steuerbetrag 92 Millionen betrage.

npt. Die Ausführungsbestimmungen zum Lehrerbefoldungsgesetz sind, wie wir erfahren, nunmehr fertiggestellt und werden in den nächsten Tagen erscheinen. Wenn hieran aber vielfach die Erwartung geknüpft wird, daß damit auch die Gehaltsnachzahlungen ihre Regelung finden, so ist diese Auffassung unzutreffend. Man muß vielmehr damit rechnen, daß die Nachzahlungen sich bis in den Oktober oder sogar November hinziehen werden. Und diese Verzögerung hat zwei Ursachen. Einmal müssen zunächst die Untertanen für die Verteilung der 35 Millionen auf die einzelnen Provinzen beschafft werden. Diese ergeben sich aus den zu ermittelnden Mehrbelastungen aller einzelnen Gemeinden. Erst wenn diese feststehen, kann die Verteilung des Staatszuschusses an die Provinzen unter Berücksichtigung der

Leistungsfähigkeit erfolgen. Ferner müssen aber auch noch die Tarife für die Altersentschädigung durch den Provinzialrat für jede Provinz festgestellt werden, was zweifellos erst nach der Sommerpause geschehen kann. In den zu Ortsszulagen berechtigten Städten kann die Nachzahlung erfolgen, sobald die Beschlüsse über die neue Gehaltsordnung gefaßt und genehmigt sind.

□ **Bundesratsberatungen und Schiffsabgaben.** Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, werden die Beratungen des Bundesrats bis Mitte Juli dauern, worauf dann die Ferienpause eintritt. Was die Beratungen dieser Körperschaft über die Schiffsabgaben anbelangt, so ist die Vorlage bekanntlich vor längerer Zeit an die Ausschüsse verteilt worden. Bisher ist aber noch nicht mündlich in den Ausschüssen über den Entwurf verhandelt worden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß vor den Ferien derartige Verhandlungen im Bundesrate stattfinden werden. Die eigentlichen Beratungen über die Schiffsabgaben werden mithin erst im Herbst ihren Anfang nehmen. Der Entwurf über die Neuordnung der Telephongebühren ist dagegen bereits im Bundesrat erledigt worden und ist dem Reichstage zugegangen, der aber in dieser Session nicht mehr dazu kommen wird, hierüber zu beraten.

\* **Zur Psychologie der Konservativen.** Friedrich Rammann hat am Montag in einer Berliner Versammlung eine Rede zur Lage gehalten, aus der uns folgende Sätze beachtenswert erscheinen: Eine Erbschaftsteuer gewährt den Behörden einen Einblick in die vorhandenen Bestände, den sie durch die Selbstdarstellung nicht bekommen können. Und weil die Konservativen die Klarheit fürchten, verbanden sie sich mit denen, denen Aufklärung auf einem anderen Gebiete nicht erwünscht ist, und so ging die Sorge vor der ideellen Aufklärung Hand in Hand mit der vor der materiellen Aufklärung. Neben diesen Erwägungen gibt es aber gewiß noch eine prinzipielle Seite der Frage. Ich gebe zwar nicht viel auf die Redewendungen vom Familiensinn, aber es handelt sich nicht nur um diese Phrase. Der konservative Staatsgedanke ist vollständig auf dem Gedanken der Erblichkeit aufgebaut. Alle alten Mächte sind erblich: die Königswürde, die Gutsbesitzer, die gutsherrliche Polizei, die Patronate, auch ein fester Sitz im Herrenhause ist erblich. Die ganze Welt, in der die Konservativen zu Hause sind, ist auf der Vorstellung aufgebaut, daß etwas erboren werden kann. Man muß nach ihnen gut geboren sein, um gut leben zu können. Gewiß gibt es unter den Konservativen Leute, die leben und leben lassen, aber auch ihnen ist der Satz heilig: Nährt, woran ihr wollt, aber die Erbschaft ist ein Vorgang, der älter ist als der Staat Preußen. Wir haben schon geerbt, als es noch keine Hohenzollern gab. Die modernistischen Stimmungen innerhalb der konservativen Partei sind nicht anders aufzufassen als die modernistischen Bestrebungen innerhalb des Katholizismus. Die Doktrin der Konservativen und der Meritokraten hat sie zur Einheit geführt. Die Konservativen haben sich die liberale Auffassung vom Staat, der von allen nimmt und allen etwas gibt, niemals etwas angeeignet. Sie haben den Staat immer nur betrachtet als eine Maschine, die genährt werden muß auf Kosten der Allgemeinheit.

\* **Geheimrat Paasche über eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Ungarns.** Der Vizepräsident des Deutschen Reichstags, Dr. Paasche, ist nach zweitägigem Aufenthalt in Pest, wo er mit Mitgliedern der ungarischen Regierung in Berührung trat, am Sonntagmorgen über Karlsbad nach Berlin zurückgekehrt. Über seinen Aufenthalt in Pest äußerte er sich einem Journalisten gegenüber folgendermaßen: „Ich bin auf wiederholte Anregungen des Berliner Vertreters des ungarischen Handelsmuseums, Wilhelm Patalk, nach Pest gekommen, der sich bei mir öfter bemüht hat, eine wirtschaftliche und politische Annäherung zwischen Ungarn und Deutschland herbeizuführen. Ich bin dieser Anregung gerne gefolgt, damit ich, soweit es in meinen Kräften steht, auch Ungarn als einem

Aufschauung auf dem engsten Raum, die den Aufnehmenden bisweilen direkt betäubend oder in ihrer Glanzfülle blendend. Der Schaffende verliert hinter der Macht des Geschaffenen; nicht der Sänger singt, sondern es singt in ihm, und es erscheint das Bild des von Gott erfüllten Dichters, aus dem die Stimme eines höheren Wesens ruft, aus dem die Schönheit selbst strahlt. Wer aber diese „Extrakte von Poesie“ auf ihren Inhalt, ihre Form und Wortwahl untersucht, wird hinter scheinbaren Nachlässigkeiten die höchste Feinheit, bei einer ungezügelteren Bewegtheit straffe Gliederung und bei einer zunächst monoton wirkenden Gleichförmigkeit der Stoffe die mannigfaltigste Differenzierung, einen großen Reichtum der Nuancen finden. Greif bevorzugt die einfachsten Formen des dialogischen Gesprächs, des in Reimpaaren durchgeführten Gegensatzes, vollstimmliche Eigenheiten in Reim, Wortstellung und Wortverkürzung; er gefaltet sich im Metrum die größten Freiheiten, die eine formalistisch besorgene Zeit entsetzt. „Meiner und Greten“ glaubte Fr. Zb. Wischer im Halbe zu verspüren beim Verlesen eines Greif'schen Gedichtes. Die sogenannten „tribalen Reime“, wie Herz — Schmerz, Liebe — Triebe sind bei ihm gang und gäbe; aber Arno Holz, der wegen solcher Bindungen gegen den Reim überhaupt zu Felde zog, hätte bei ihm lernen können, mit welcher Leidenschaft, Neuheit und Eigenart solche Reime bei einem Dichter von Gottes Gnade wirken können. Greif liebt auch die matten, verhallenden Gedichtschlüsse, dieses gehauchte, vor Ergriffenheit und Scham stösende Finale, das an Brillanz ebenso sehr hinter Greif's knalligen Pointen zurücksteht, wie es sie an nachhaltiger Wirkung übertrifft; er verwendet zum größten Teil ganz einfache, unbedeutende Stoffe, schlechte Landschaften, tausendmal empfundene und ausgesprochene Gefühle, Liebesleid und -freud, Wehmut über Verlorenes, Trost in Natur und Entfaltung, den Friedhof und die Heimat, Frühling und Herbst, Mond und Wolke, Gewitter und Ernte. Wahrlich, in einem unscheinbaren Kleide tritt seine Dichtung unter das Volk, in dem schlichten Gewande, in dem stets die gefühlsmäßigste, die poetisch reinste Lyrik zu den Deutschen kam.

Aber herrliches und Reifes, Feinstes und Eigenartiges offenbaren diese Gedichte dem, der sich andachtsvoll in sie versetzt. Das Größte und Neueste an Greif's Kunst ist sein Naturgefühl. Nicht umsonst hat er Malern und Musikern der Landschaft, hat er Leibl, Thoma und Trübner nahegerückt. Für den modernen Impressionismus bieten seine Naturbilder und Reimstücken den frühesten, dichterischen Ausdruck

Die Landschaft wird ihm stets zu einer Stimmung der Seele; sie spiegelt ihm all sein Fühlen, Ahnen, Träumen in sinnlichen Gestaltungen wider. Die Natur belebt er nach seinem Bilde; wie ein aufgeregter Springer kommt der Rhein bei Schaffhausen daher und zieht dann wie ein Held, stolz und verschönt, weiter, um neue Fernen zu durchmessen. Das Dächlein unterhält sich mit ihm und die Wolke; ihn gräben die Berge und die Blumen niden ihn zu. Wie Siegesjubel tönt's ihm im Frühling aus der Landschaft entgegen; wie verhaltenes Weinen im Herbst. Die feinste, unaufdringlichste Lautmalerei, wie eine Harmonie von zart abgeblönten Farben, wirkt mit zu dem unbegreiflichen Zauber dieser schlichten Verse und zum Strophischen; die sahle hinterherende Melancholie des Herbstes liegt in den langen, stets höher wiederkehrenden G-Lauten; mit dumpfen hallenden U-Lauten weiß er die unheimlich tragische Stimmung der Ballade zu treffen; die leisen Variationen des Rhythmus, die beständigen Taktverschiebungen geben dem Instrument seines Verses eine große Ausdrucksfähigkeit. Stets bieten sich seine Naturauschnitte in einem die Stimmung fortsetzenden und vertiefenden Rahmen dar; das Stimmgebende regt die Phantasie zum Weiterdenken an. Es ist von ihm, wie Bayersdorfer sagt, „eine schnell vorübergehende Zustandslichkeit erfährt und zu einem bleibenden Eindruck von äußerster Wahrheit gefesselt“. Diese in Lust und Farbe strahlenden, rein malerisch empfundenen Freilichtbilder sind zu idealen Landschaftsphantasien gesteigert in einigen großen Hymnen Greif's, deren Brauch der freien Rhythmil an Klopstock, ja an Goethe gemessen werden darf. In diesen Hymnen von Mond, Sommer, Gewitter waltet eine grandiose kosmische Natursymbolik über eine tiefe Religiosität. Zu noch größeren Formen steigt Greif in einigen Gedichtzyklen auf, die besser als seine lyrisch-epischen Versuche, der Romanzenzyklus „Günther und Emma“ und die religiöse Erzählung in sechs Gesängen „Pauli Belehrung“, seine Fähigkeit erweisen, auch eine breitere Handlung, eine psychologische Entwicklung in gedrängten lyrischen Einzelsituationen darzustellen. Sein religiöses Fühlen findet einen erschütternden Ausdruck in den sieben, aus einfachen Reimpaaren zu einem tiefstimmigen Seelenbekenntnis aufgebauten Liedern, die „Der Zweifler“ überschrieben sind. Es sind mit inniger Lust und schlichter Einfachheit geschilderte Stationen auf dem qualvollen Lebenswege eines Gottsuchers, dessen Ringen doch endlich im inbrünstigen Gebet Erlösung erlangt. Eine gleiche Höhe erreicht das Dichters Balladenkunst in dem „Lagenden Lied“,

das geradezu eine vollendete Verschmelzung des Lons im historischen erzählenden Volkslied und des Stils der von Bürger, Goethe, Upland ausgebildeten Kunstballade darbietet. Von dem altvertraut anklingenden Anfang „Es stritten zwei Königsfinder“ bis zu dem machtvollen, dem Ende des Nibelungenliedes nachgebildeten Schluss ist die märchenhafte, graufig-siebliche Stimmung mit der kunstvollsten, ja einer fast raffinierten Reim- und Sprachtechnik festgehalten. Man darf wohl sagen, daß dies „Lagende Lied“ in der ganz ruhmvollen Geschichte unserer Ballade ein alleinstehendes Meisterwerk, ein im guten Sinne gelungenes Virtuosenstück ist.

Ein Dichter, dem wie Greif Ausgezeichnetes, in dem begrenzten Kreis seiner eigentlichen Ausgabe sogar schlechthin Vollkommenes gelungen ist, darf verlangen, daß man ihn nach seinem Besten beurteile. Es steht wohl in seinen Gedichtbüchern neben Wundervollem auch weniger Gelungenes, manch blaßes, mattes, nicht völlig durchseeltes Stiel; auch in ihrer Gesamtheit wirken die einzelnen, das Gleichförmige zusammenfassenden Gruppen, die Lieder, Naturbilder, Romanzen und Balladen, Gedichtblätter und Widmungen, Stimmgedichte leicht etwas eintönig und ermüdend, da er seine Gedichtsbände nicht recht künstlerisch anzuordnen verstanden hat. So fügten auch die Dramen Greif's der Größe des Dichters nichts Wesentliches zu, mag auch Greif selbst, mögen auch mit ihm eine Anzahl seiner begeisterten Verehrer grade hierin den Schwerpunkt seines Schaffens sehen. Selbst die besten unter ihnen, wie der Erstling „Korzi Ulfeldt“, der kräftige „Prinz Eugen“, der edle „Konradin“ leiden unter einer langatmigen Rhetorik und einer Verschwommenheit der Charaktere; auch das dramatische Element erscheint dem Leser schwächlich, wenngleich da erst die Aufführung, die bei dem Volksstück „Ludwig der Vater“ auf dem Volkstheater zu Kraiburg in Oberbayern von großem Erfolge begleitet war, den rechten Eindruck vermitteln kann. Die Schalepretschen Züge, die sein neuester Biograph Wilhelm Koch zahlreich finden will, wird man jedoch vergeblich suchen, und auch sonst Greif vorläufig weder einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung des deutschen Dramas zukühnen können noch in ihm den begabtesten Nachfolger Otto Ludwigs erblicken. Aber auch ohne diese dramatischen Lorbeeren darf Greif mit dem Ruhme eines echten deutschen Dichters, eines „elementaren“ Künstlers, eines Klassikers der deutschen Lyrik zurechnen sein.

Dr. P. L.

Staats... freunde... holt in... genom... Ungarn... ökonom... schon... Nation... in eine... Ich bin... Regier... wirtsch... beizut... bühre... wer... der... Paasche... Rumän... empfand... person... LC... nichts... rühmte... Oben... zwei... Aber... aus... die... zugkrä... viel... direktio... daß... durch... gäste... durch... Massen... diesen... Verfeh... Person... Sache... der... bereic... Freie... bahng... daß... stellt... schamm... Flasto... nicht... vom... ehemal... 1868... dessen... vertw... unter... in der... authent... Sicher... die... Krone... halb... lungen... barung... ist... 1868... schlag... Rdnig... Fonds... aufgeb... hielt... gleich... (später... an den... tragend... nach... tung... nam... Aber... ausge... Ausgle... erfolgt... \*... Nord... Partei... samml... dänisch... zeigen... Wahl... worum... Front... hypoth... Land... abgeor... schritt... nicht... 1600... der... trotz... beegan... L... Schröb... Sozial... bill... demokr... kisten... den... meint... an... tum... der... „Leben... Entw... wolk... Teute...

Staate der dem Deutschen Reiche innig verbündeten und befreundeten Monarchie dienlich sein kann. Ich war wiederholt in Pest. Jetzt zum ersten Male habe ich Veranlassung genommen, mit der Regierung Fühlung zu nehmen. Ungarns wirtschaftliche Verhältnisse sind mir als Nationalökonom selbstverständlich nicht unbekannt, und ich habe schon wiederholt die Gelegenheit wahrgenommen, bei der Rationalbank für Deutschland, in deren Ausschicht ich bin, in einem für Ungarn freundschaftlichen Sinne zu wirken. Ich bin hierher gekommen, um auf Grund der mit der Regierung anzuknüpfenden Beziehungen mich über die wirtschaftliche und politische Lage zu informieren und dazu beizutragen, daß diesem aufstrebenden Lande die ihm gebührende Würdigung in Deutschland zuteil werde. Ich werde gerne bei meinen politischen Freunden und auch in der deutschen Presse im Interesse Ungarns wirken." Dr. Paasche hat sich vor seinem Besuche längere Zeit in Rumänien aufgehalten, wo er von König Carol in Audienz empfangen wurde und mit den Ministern im lebhaftesten persönlichen Verkehr stand.

LO. Mit der antisemitischen Bewegung in Hessen ist es nichts mehr. Vor kurzem sollte eines der früher so berühmten „Volksfeste“ stattfinden, und zwar in Höchst im Odenwald. Von den angesagten Abgeordneten fehlten schon zwei, die Herren Liebermann von Sonnenberg und Raab. Aber auch der Massenandrang von Gesinnungsgenossen blieb aus trotz großer Necklame und eifriger Agitation. Selbst die Bezeichnung „Odenwälder Volksfest“ war nicht imstande, zugkräftig auf das Publikum zu wirken. Man hatte sich so viel von dem Feste versprochen, daß man die Eisenbahndirektion Mainz erfuhrte, den von Darmstadt nach Wiesbaden gehenden Mittagszug bis nach Höchst als Extrazug durchzuführen, um die aus Oberhessen usw. kommenden Festgäste alle befördern zu können. Hoffte die Eisenbahndirektion durch Gewährung dieser Bitte dem in Aussicht gestellten Massenandrang Rechnung zu tragen, so ist durch das Ausbleiben der erwarteten Festteilnehmer die Abwidlung des Verkehrs sehr leicht geworden, denn sage und schreibe zwölf Personen, von denen nicht einmal alle der christlich-sozialen Sache huldigten, entließen dem mit Musik, dem Aufgebot der ganzen christlich-sozialen Ortsgruppe sowie der Ortsvereine mit Fahnen erwarteten Extrazuge. Mit solcher Frequenz kann das Defizit der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft nicht gedeckt werden. Auffällig war auch, daß die hessische Gerichtsreise in den Dienst des Festes gestellt wurde, was bei einem großen Teil der anderer Anschauung huldigenden Bevölkerung Anstoß erregte. Das Fiasco der ganzen Unternehmung konnte aber auch dadurch nicht verdeckt werden.

\* Der Wessensfonds ist bekanntlich das durch Vertrag vom 29. September 1867 von der preussischen Regierung dem ehemaligen König Georg V. von Hannover zugewiesene, 1868 aber sequestrierte Vermögen (48 Millionen Mark), dessen Zinsen dann zur Bekämpfung „weissischer Untriebe“ verwendet wurden. Vor kurzem brachte die „Brunonia“ unter Hinweis auf Otto Klopffs, das preussische Verfahren in der Vermögenssache des Königs von Hannover eine authentische Erklärung. Der § 4 des Vertrags behält eine Sicherstellung der Ausgleichssumme vor und setzt fest, daß die Ausgleichssumme zinslich angelegt und in der Hand der Krone Preußens deponiert bleibt, ferner daß die Zinsen halbjährlich ausgezahlt werden sollen, bis die Verhandlungen über die Sicherstellung zu einer definitiven Bereinbarung geführt haben werden. In solchen Verhandlungen ist es bisher überhaupt noch nicht gekommen. Vom Jahre 1868 bis 1892 war die Ausgleichssumme preussischerseits beschlagnahmt, und während dieser Jahre haben weder der König Georg noch der Herzog Ernst August Zinsen aus dem Fonds erhalten. Im Jahre 1892 wurde die Beschlagnahme aufgehoben. Die königlich preussische Staatsregierung behielt auch nach Aufhebung der Beschlagnahme die Ausgleichssumme als Depositum, zahlte aber seit 1892 die Zinsen (später von 1/2 auf 3/2 Prozent herabgesetzt) halbjährlich an den Herzog, abzüglich der jährlich etwa 200 000 M. betragenden Kosten der Verwaltung von Herrenhausen, welches nach § 1 des Vertrags unter königlich preussischer Verwaltung geblieben ist. Von den während der Beschlagnahmezeit aufgelaufenen Zinsen oder etwa erzielten Überschüssen hat die königlich preussische Regierung nichts ausgezahlt. Verhandlungen über die Sicherstellung der Ausgleichssumme sind auch im Jahre 1892 und bisher nicht erfolgt.

\* Ein beträchtliches Anwachsen der dänischen Partei in Nordschleswig ist auf der Generalversammlung dieser Partei in Nordung festgestellt worden. Die Generalversammlung war von über 3000 Teilnehmern besucht. Der dänische Schulverein, der Sprachverein und der Wahlverein zeigten alle einen bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern, der Wahlverein allein einen von ungefähr 1400 Mitgliedern, worunter sich 400 Frauen befinden. Der sogenannte eiserne Fonds ist auf 35 000 M. angewachsen. Die Ansiedelungshypothekbank, die zur Sehaftmachung junger dänischer Landwirte dient, verfügt über 8000 Mitglieder. Reichstagsabgeordneter Hansen, der über die Stellung und den Fortschritt des Dänentums sprach, behauptete, daß die Dänen nicht zurückgebrängt werden könnten. Es würden jährlich 1600 dänisch Gesante mehr in Nordschleswig geboren, als der Abgang durch Todesfälle betrage. Die Deutschen seien trotz aller Mittel nicht in der Lage, diesem Aufschwung zu begegnen.

L. C. Ein Revisionist. Der Revisionist Wilhelm Schröder, einer von den „edlen Sechsen“, rächt sich jetzt in den „Sozialistischen Monatsheften“ für den dieser, der offiziellen Sozialdemokratie so unbeduenern Zeitschrift angetanen Unbill dadurch, daß er über das „Preussentum“ in der Sozialdemokratie schreibt. Er spricht von den „volkszünftigen Gelehrten in unseren Reihen“, wünscht, man solle nicht zu sehr den „preussischen Lehrmeister“ verraten, und meint schließlich, daß „der preussische Bergbau“ an die Gewalt in der Sozialdemokratie barbarisches Fremdtum und daher der Sozialdemokratie unwürdig sei. „Nur der Revisionismus“, so ruft Schröder lähnen Rutes aus, „lebensfähig in der Partei, gehört ihm den Grundfesten der Entwicklung nach die Zukunft, dann wird er sich durchsetzen, und wenn die Welt voll Teufel war und wolle und gar verächtlich.“ Hoffentlich sollen die „Teufel“ keine zarte Antidote auf weniger liebenswürdige

Parteilgenossen von der radikalen Seite sein. Jedenfalls zeigt aber Herr Schröder mit seinen mutigen Expektorationen, daß der Revisionismus sich keineswegs aufs Haupt geschlagen sieht, sondern daß er seine Zeit langsam, aber sicher heraufziehen sieht.

38. Deutscher Gastwirtstag. Im Festsaal der „Hoffnung“ in Kiel trat vorgestern vormittag als Einleitung zum 38. Deutschen Gastwirtstag die Bevollmächtigten-Versammlung des Deutschen Gastwirtsverbandes unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches zusammen. Der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes Anton Ringel-Berlin hielt zunächst die Bevollmächtigten willkommen und erläuterte dann den Geschäftsbericht des Deutschen Gastwirtsverbandes, der sich u. a. sehr eingehend mit den neuen Steuerentwürfen der Reichsfinanzkommission, insbesondere aber der Draufsteuerentwürfe, befaßt, gegen die der Deutsche Gastwirtstag in seiner Hauptversammlung eine einschneidende Protestresolution beschließen wird. Das verlossene Geschäftsjahr stand im Zeichen der Reichsfinanzreform. Konnten wir schon im letzten Geschäftsbericht auf drohendes Unwetter am steuerpolitischen Horizont hinweisen, so ist dasselbe schneller als erwartet eingetroffen. Eine geradezu niedererschmetternde Wirkung hatte das Steuerbudget des Reichsfinanzministeriums. Auch diesmal war wie bei früheren Fällen die Eigentümlichkeit wahrnehmbar, daß in leichtsamer Weise sämtliche Steuerentwürfe bis auf den letzten Augenblick der Öffentlichkeit vorzulegen wurden, so daß die fieberhafte Spannung, die sich aller in Betracht kommenden Kreise bemächtigt, wohl zu verstehen war. Der Redner beschränkte die Vorlesungen betr. Bier-, Branntwein-, Tabak-, Wein-, Licht- und Inzertsteuer und wies bezüglich der Reichsfinanzreform auf dem Gebiete des Spielautomatenwesens darauf hin, daß bei der gegenwärtigen Jubiläum der Gastwirten nur dringend zu raten sei, die Spielautomaten zu entfernen. Gegen die Antimerkzeichen wurde auch im letzten Geschäftsjahr der Kampf weitergeführt. Die Ausschüsse der Bundesratsänderung vom 23. Januar 1902 betr. die Ruhezeiten der Gastwirtsgehilfen haben sich nicht gebessert; vom Reichsamt des Innern erging die Antwort, daß dem diesjährigen Wunsch keine Folge gegeben werden könne. Zur Frage der Regelung des Trinkgeldes wurde im Februar eine große Sitzung aller Interessentengruppen statt. Der Präsident vertrat hier den Standpunkt, daß wohl niemand imstande sein werde, die Trinkgelder abzuschaffen. Auch das Projekt einer Telefongebührenverteilung war Gegenstand der Befämpfung durch den Zentralausschuß. Auf Seiten der Wirtinnen sind nennenswerte Erfolge im Geschäftsjahre nicht zu verzeichnen. Der Redner beschränkte dann interne Angelegenheiten sowie die Ausführung der Beschlüsse des letzten Gastwirtsstages und schloß mit dem Wunsch, daß die Gastwirte den neuen steuerlichen Lasten gegenüber unter sich die Einigkeit bewahren möchten, die zur Durchführung des Abrechnungsprozesses notwendig ist. Sodann erläuterte Braun-Berlin den Jahresbericht. Danach schließt die Verbandskasse im abgelaufenen Geschäftsjahre in Einnahme und Ausgabe mit 68 502 M. ab. Das Gesamtvermögen des Verbandes beträgt gegenwärtig 698 700 M. und ist bei der Reichsamt demotiert. Der Haushaltsplan für 1909 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 46 000 M. Der nächste Punkt der Verhandlungen betraf die Gründung einer Altersrentenkasse. Der Vorstand hatte hierzu eine umfangreiche Vorlage ausgearbeitet, in der die verschiedenen Möglichkeiten erörtert werden, in welcher Form eine solche Kasse gegründet werden kann. Ein Extrabeitrag für diese neu zu schaffende Kasse soll auf 50 Pf. pro Jahr und Mitglied bemessen werden. Hierzu liegen eine Reihe von Anträgen vor, die befürwortet, die Gründung eines zunächst in Aussicht genommenen Genesungsheims aus finanziellen Gründen hinauszuschieben und dafür die Unterhaltungsstätte auszubauen. Die Anträge kommen also im wesentlichen den Vor schlägen des Vorstandes entgegen. Die Besprechung der Anträge, die sich auf die anderjährige Besetzung bezogen, zeigte eine allgemeine Debatte über das Schicksal des Gastwirtsstandes überhaupt. Verschiedentlich wurde über Ausnutzung der Bekämpfer durch gewissenlose Privatbale geklagt. Es wurde dann beschlossen, die Besetzung auf 3 Jahre zu bemessen, sie aber bei jungen Leuten, die das 17. Jahr erreichen, auf 2 Jahre zu beschränken. Es folgte die Wiederwahl des geschäftsführenden Ausschusses, an dessen Spitze Otto wieder Anton Ringel-Berlin steht. Auch der Verbands-Prüfungsausschuß und der Presseauschuß wurden wiedergewählt. Als Ort der nächsten Tagung wurde mit großer Mehrheit Danzig gewählt. Für 1911 ist Braunschweig in Aussicht genommen.

Heer und Flotte. Aktivierung des Reservegeschwaders. Am 22. Juli wird das Reservegeschwader der Ostsee aktiviert. Bisher sind nur die Küstenpanzer „Agar“ und „Frischhof“ in Dienst. Es stellen sich „Hildebrand“, „Siegfried“, „Deowulf“, „Helmbald“, „Hagen“ und „Odin“ neu in Dienst. „Hildebrand“ wird Flaggschiff des Geschwaders, das an den Herbstübungen der Flotte teilnehmen und bis zum 15. September unter der Flagge bleiben wird.

**Ausland.**

**Österreich-Ungarn.**

Das Geheimnis der tschechischen Erfolge. Die bewundernswürdige nationale Energie, mit der auf tschechischer Seite alle Volkskreise, Männer, Frauen und Kinder, sich am nationalen Kampf beteiligen, ist in erster Linie dem zu danken, daß während die deutsche Schule sich im allgemeinen darauf beschränkt, objektives Wissen zu vermitteln, der Lehrplan der tschechischen Schule ein streng nationaler ist. Einen charakteristischen Beleg hierfür bietet ein im R. A. Schulbücherverlag erschienenenes Lehrbuch für die tschechische Schuljugend, das einen stammenden Aufruf zu nationaler Betätigung in den Schulvereinen enthält. Nationale Erziehung durch die Schule, das ist das letzte Geheimnis der tschechischen Erfolge. — Auch im reichsdeutschen Schulwesen ist hierin noch viel zu tun. Es muß daher freudig begrüßt werden, daß der letzte Vertretertag des Vereins für das Deutschtum im Ausland auf Antrag der Dresdener Frauengruppe beschlossen hat, auf die Einführung gründlicher Aufklärung über Geschichte und Bedeutung des Auslandsdeutschtums im Geographie- und Geschichtsunterricht der reichsdeutschen Schulen hinzuwirken.

**Eine affarische Offenherzigkeit.**

Die Moskauer slavische Gesellschaft hat den Südslaven einen Gruß entboten, in dem es heißt: „Seid überzeugt, daß Rußland mit Euch sehr wird und daß sich die slavischen Völker Österreich-Ungarns, allen voraus das tapfere Volk der Tschechen, erheben werden, um dem Doppelkaiser sein wohlverdientes Ende zu bereiten.“ V. D. A.

**England.**

„Eine Schein-Invasion.“ Unter dem Titel „Eine Schein-Invasion“ bringen die Blätter folgende Redungen aus Aldershot: Heute morgen zu früher Stunde erhielten sämtliche Truppen zu Aldershot und in den umliegenden Garnisonen das Alarmglocken: „Rücket sofort gegen einen Feind, der in der Nacht

an der Küste landete und jetzt Gepäck und Proviant ausladet, um ins Land einzudringen!“ Der höchstkommandierende zu Aldershot, General Sir Horace Smith Dorrien, und sein Stab waren um 6 Uhr im Hauptquartier und ließen zur Mobilmachung alarmieren. Man gab sechs Stunden Frist hierzu. Bisher hatte man dies noch nie versucht. Der gewöhnliche Mobilmachungsplan ist für eine Woche berechnet. Sämtliche Truppen, bestehend aus 18 000 bis 20 000 Mann, waren zu Mittag marschfertig und wurden vom Kommandeur inspiziert. Der administrative, technische und departementale Stab unter Generalmajor Lawson war den ganzen Vormittag eifrig beschäftigt. Nichts wurde übersehen, einschließlich die zum Transport der Truppen an die Küste notwendigen Bahnarrangements, die, obgleich diesmal nur auf dem Papier, doch wirksam vorlagen.

**Neuseeland.**

Das Neuseeländer Unterhaus hat den Regierungsantrag, der die Schenkung eines Schlachtschiffes an England vorsieht, einstimmig angenommen.

**China.**

Einer Schanghaier Meldung der „Morning Post“ zufolge gehen dort Gerüchte um, daß der Bau der neuen chinesischen Kreuzer deutschen Firmen übertragen werden soll.

**Luftschiffe und Aeroplane.**

Vier neue Z-Luftschiffe. Die „Bad. Pr.“ meldet aus Friedrichshafen: Von zuständiger Seite verlautet, daß bis zum nächsten Frühjahr vier neue Luftschiffe geliefert werden.

Vom deutschen Militär-Aeroplane. Der Aeroplane, der für die Militärbehörde von der Versuchsabteilung der Verkehrsgruppen in Schöneberg gebaut wird, soll im Oktober dieses Jahres seine ersten Flüge unternehmen. Die für den Aeroplane bestimmte Halle wird auf dem Rasenwege der Kraftwagen-Abteilung auf der rechten Seite des Tempelhofer Feldes gebaut. Sie wird aus Holz hergestellt und hat eine Bodenfläche von etwa 200 bis 250 Quadratmetern.

Eine Luftschiffverbindung von der Schweiz nach Frankreich. Der Pariser Aeroklub, dem durch das französische Ministerium Einzelheiten über den geplanten Lenkbalken-Verkehrsdienst zwischen Deutschland und Luzern bekanntgegeben wurden, hat hier selbst Verhandlungen eingeleitet, um in Ansehung an die Route Deutschland-Luzern die Schaffung einer gleichen Lenkbalken-Verbindung zwischen der Schweiz und Frankreich von Luzern aus zu erwirken.

Vern. 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Besitzer des New York-Herald Gordon Bennett teilte dem „Schweizer Aero-Klub“ mit, daß er auch dieses Jahr für den Sieger des Ballon-Wettfliegens den ersten Geldpreis von 12 500 Franc stiftet.

**Aus Stadt und Land.**

**Wiesbadener Nachrichten.**

Wiesbaden, 17. Juni

**Wiesbadener Hausfrauenbund.**

Die am Dienstag, den 15. d., in der „Wartburg“ abgehaltene Mitgliederversammlung wies eine erfreuliche Beteiligung auf. Die Vorsitzende, Frau Prof. B. Fresenius, wies in den Eingangsworten darauf hin, welche Schritte vorbereitet sind, um die in den früheren Versammlungen klar gelegten Ziele zu verwirklichen. Greifbare Resultate können nicht so schnell erreicht werden, dies liegt in der Natur der Dinge, wie denn überhaupt die Arbeit des Bundes dahin geht, nicht rasche, plötzliche Umänderungen herbeizuführen, sondern in stetigem, ruhigem Vorbereiten der Ideen und ihrer allmählichen Verwirklichung für die nähere und weitere Zukunft zu arbeiten. Das Hauptreferat der Versammlung erstattete Herr Beigeordneter Assessor Travers über eine gesetzliche Regelung der Krankenversicherung der Dienstboten. Der Redner spricht eingehend über die Krankenfürsorge, auf welchem Gebiet in Preußen bisher noch wenig geschehen sei. Während in den meisten anderen deutschen Staaten die Krankenfürsorge für Dienstboten durch Landesgesetze mehr oder weniger geregelt ist, fehlt bis jetzt noch ein derartiges Gesetz in Preußen. Die ganze Fürsorge beruht auf dem Paragraph 617 des BGB. Nach dieser Vorschrift ist die Herrschaft verpflichtet dem erkrankten Dienstboten 6 Wochen Krankenpflege zu gewähren. Die Herrschaften sind darauf angewiesen, in Krankenhäusern zu abonnieren, um den erkrankten Dienstboten ordnungsmäßige Pflege gewähren zu können. Ist die Krankheit von längerer Dauer oder bleibt das Mädchen längere Zeit dienstunfähig, so ist nach Paragraph 617 des BGB. die Herrschaft nicht weiter verpflichtet, für die Erkrankte zu sorgen. Dagegen steht der neue Gesetzesentwurf 26 Wochen Krankenpflege vor. Die bisherigen ungenügenden Gesetze im Fall einer längeren Erkrankung sind von den Sozialdemokraten als Waffe gebraucht, um die Mädchen zu veranlassen, andere Verufe zu ergreifen, wo in Krankheitsfällen besser für sie gesorgt ist. Redner erörtert ausführlich den Paragraph 617 des BGB. und bespricht die Mängel desselben. Dann stellte er eingehend die Bestimmungen des neuen Gesetzesentwurfes dar, nach welchen auch auf die Dienstboten die Versicherungsfrage ausgedehnt wird. Diese gesetzliche Regelung, wonach die Dienstboten einer Krankenkasse angehören müssen, würde viele Missetände beseitigen, sie würde in gleicher Weise im Interesse der Herrschaft wie der Dienenden liegen und namentlich für erstere die Schwierigkeit wesentlich verringern, die jetzt mit einer Erkrankung der Dienstboten verbunden sind. Die Beiträge sind zur Hälfte von der Herrschaft, zur Hälfte von den Dienstboten zu tragen. Die Versicherung gewährt völlig freie Krankenpflege und ein Krankengeld auf die Dauer von 26 Wochen. Durch das Statut der Krankenkasse kann die Krankenpflege auf weitere 26 Wochen ausgedehnt werden. Es ist Aufgabe aller hieran interessierten Kreise und Körperschaften, also auch des Hausfrauenbundes, durch Petitionen an den Reichstag darauf hinzuwirken, daß der Entwurf Gesetz wird.

Der falsche Graf.

Einem Bericht der 'Tägl. Rundsch.' entnehmen wir folgendes über einen Hochstapler, der auch in unserer Stadt Beziehungen unterhalten haben soll. Als Hochstapler entlarvt ist jetzt Graf Georg zu Friedrich Wilhelm v. d. Groeben, der seit längerer Zeit die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt.

Der 'Graf' tat sehr entrüstet, als er kürzlich festgenommen wurde, nannte sich in seinen Unterschriften aber nur noch v. d. Groeben und verweigerte endlich jede Auskunft. Die Kriminalpolizei aber verstand sein Bild und stellte endlich fest, daß der Hochstapler Eduard Emil Pfüller heißt und 1872 zu Meinersdorf bei Chemnitz als Sohn eines Strumpfwarenfabrikanten geboren ist. Sein Vater geriet im Jahre 1884 in Konkurs. Später machte er in Dürthardsdorf wieder eine kleine Fabrik auf. Jetzt nahm er seinen Sohn von der Realschule in Stolberg, die er zwei Jahre besucht hatte, herunter, um ihn im Geschäft zu verwenden. Im März 1896 überließ er ihm dieses ganz. Schon im September dieses Jahres ging der junge Herr Fabrikbesitzer Pfüller durch. Die Staatsanwaltschaft zu Chemnitz verfolgte ihn wegen betrügerischen Bankrotts. Der Durchbrenner wurde ergriffen und im Jahre 1897 zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Mutter war inzwischen gestorben; sein Vater starb 1904 in ärmlichen Verhältnissen. Einige Jahre später tauchte er plötzlich als 'Graf v. d. Groeben, defektierter Fremdenlegation, ehemaliger Kohlenhändler, Forst- und Landarbeiter' in Spremberg auf, wo ihn ein Geschäftsmann als Vater annahm. Als er eine Vertrauensstellung erhalten, sich aber vorher über seine Person genauer ausweisen sollte, verließ er Spremberg und ging ins Ausland, wahrscheinlich nach London. 1902 erschien er dann in West- und Süddeutschland als 'Bankier Graf v. d. Groeben' aus London. Mit der größten Dreistigkeit schmiedete er bei seiner häufigen Wiederkehr den Leuten die faulsten Papiere an. Zahlreich unterhielt er in Frankfurt a. M., Wiesbaden, Düsseldorf, Zürich und Basel, auch in Brüssel und anderen Städten umfangreiche Beziehungen. Die Betrogenen haben sich augenscheinlich an den 'Grafen v. d. Groeben', der so bestimmt und entschieden auftrat, nicht herangewagt. Nach der Enttarnung des Hochstaplers werden sie diese Zurückhaltung jetzt wohl aufgeben. Die eigenen Verwandten des Verhafteten schildern Pfüller als einen Menschen, der von jeher zu Leichtsin und Schwindel geneigt habe und in seinem ganzen Wesen und Auftreten sehr gewandt gewesen sei. Deshalb fand er sich auch leicht in alle Rollen hinein, die er als Graf v. d. Groeben, Dr. Kühn, Dr. Linz, Schwabach, rumänischer Konsul, Buddhist, Weltreisender usw. noch immer gespielt hat. Geradeum Zeit wird wohl noch die völlige Aufklärung seines 'Bankrotts' in Anspruch nehmen. Einstweilen sind erst dessen Anfänge enthüllt. Die Fäden, die der falsche Graf im Deutschen Reich und seiner Nachbarschaft gesponnen hat, führen ohne Zweifel nach London zu Hugo Bövy und dessen Spielgesellen hinüber. Er ist der Macher einer 'Bankgesellschaft', die in einer obliquen Straße Londons im dritten Stock eines Hauses in einem einzigen Zimmer 'etabliert' ist. Die vier 'Banken', die dort ihren Sitz haben, überschwebmen durch Agenten wie den 'Grafen v. d. Groeben' den Kontinent mit faulen ausländischen Münzen und anderen Papieren. Der Agent der neuen Bank beruft sich für die Güte seiner Papiere auf eine Auskunft von einer der drei anderen Banken. Eine und dieselbe Schwindelgesellschaft stellt alle Auskünfte aus, und so lauten diese stets vorzüglich. Die Eheverhältnisse des Entlarvten bedürfen auch noch der Aufklärung. Daß er als 'Graf v. d. Groeben' in London verheiratet war, ist bekannt. Der Scheidungsprozess, den seine Frau gegen ihn als vermeintlich in Dalky-Barn geborenen Engländer in London anstregte, wurde im Jahre 1907 im Gericht durchgeführt, der damals ein großes Aufsehen erregte, weil der 'Graf' den Einwand erhoben hatte, er sei nicht in England, sondern in Siebenbürgen geboren. In der Heimat des Verhafteten weiß man nur, daß er zweimal verheiratet war. Ob die erste Ehe schon geschieden war, als er die zweite einging, steht noch nicht fest. Erst kürzlich trat der Graf von neuem als Freier auf. Ein junges Mädchen, das demnächst beim Eintritt der Großjährigkeit über 100 000 M. verfügt, hatte so sehr einen Narren an ihm gefressen, daß es sich ohne Wissen der Vormundschaft und der Angehörigen mit ihm verlobte.

Neubau des Residenz-Theaters. In nächster Zeit beginnt in Wiesbaden der Bau des Residenz-Theaters des Herrn Dr. phil. Rauch. Der Entwurf und die Ausführung des Baues liegen in der Hand des bekannten Kölner Theaterarchitekten Regierungsbaumeisters Karl Moriz, des Erbauers der Stadttheater in Köln, Düren, Aachen und Barmen. Das Theater wird auf dem Terrain der alten Kaserne an der Luisenstraße errichtet, ist für etwa 800 Personen berechnet und wird Parterre und zwei Ränge erhalten. Den drücklichen Verhältnissen ist dadurch besonders Rechnung getragen, daß der 1. Rang fast ausschließlich für Logen ausgebildet wird, und zwar mit einer eigenartigen Gruppierung der Logen. Der sehr intime und reizvolle Zuschauer-raum erhält Emporenformen in freier Auffassung. Eine besondere Annehmlichkeit für die Theaterbesucher wird darin bestehen, daß das Foyer mit dem vorgelegenen feinen Restaurant und Café in Verbindung stehen wird, so daß in den Pausen und nach der Vorstellung ein ungehinderter Verkehr vom Theater zum Restaurant möglich sein wird. Die Bühne wird mit den neuesten Errungenschaften der Bühnen- und Beleuchtungstechnik ausgerüstet werden.

Das neue Kinderprivileg des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 26. Mai d. J. wird im Publikum offenbar vielfach mißverstanden. Meist glauben die Steuerpflichtigen, bei zwei Kindern, falls das Einkommen 3000 M. nicht übersteigt, jetzt ohne weiteres nachträglich eine Stufe Ermäßigung beanspruchen zu können, bei drei Kindern deren zwei, bei fünf deren drei usw. Das ist irrig. Nach dem bisherigen § 19 wurden bei zwei Kindern und einem Einkommen bis zu 3000 M. bereits 100 M. in Abzug gebracht. Das geschah auf Grund der im Oktober festgestellten Personenstandsaufnahme bei der Veranlagung von Amts wegen, ohne daß der Steuerpflichtige einen besonderen Antrag zu stellen brauchte. Ebenso wurde für drei

Kinder bislang bereits von Amts wegen eine Ermäßigung von einer Stufe gewährt, für fünf Kinder eine solche von zwei Stufen. An Stelle, also nicht außer dieser Vergünstigung, gewährt nunmehr der jetzige § 19 eine Stufe Ermäßigung bei zwei Kindern, zwei Stufen bei drei, drei Stufen bei fünf Kindern usw. Wer nun bereits, weil ihm bei der Veranlagung für zwei Kinder 100 M. abgezogen worden sind, eine Stufe Ermäßigung erfahren hat, kann nunmehr natürlich nicht nochmals auf Grund der Erfahbestimmung eine Stufe beanspruchen. Ebensovienig kann der, dem für drei Kinder bereits die Ermäßigung um die eine Stufe zuteil geworden ist, nunmehr noch zwei weitere Stufen verlangen, vielmehr nur noch eine usw.

400-jähriger Geburtstag Calvins. Am 10. Juli d. J. ist bekanntlich der 400-jährige Geburtstag Calvins. Nach Verfügung der kgl. Regierung soll in Schulen mit evangelischen Schülfern in der letzten Religionsstunde vor dem 10. Juli auf diesen Gedenktag und auf die Bedeutung des Reformators hingewiesen werden.

Die 50. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure wurde gestern in Mainz zu Ende geführt. Den Vorsitz führte Treutler. Die Anträge des bayerischen Bezirksvereins, die Monatschrift in größerem Format erscheinen zu lassen und einen Versicherungsverein innerhalb des Vereins deutscher Ingenieure zu errichten, wurden abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, daß sich der Verein mit den maßgebenden Reichsbehörden, welche die staatliche Pensionserverficherung der Privatangestellten bearbeiten, in Verbindung zu setzen, um auf diese gesetzgeberischen Arbeiten im Interesse des Ingenieurstandes Einfluß zu nehmen. Für die technische Geschäftsstelle auf der Weltausstellung in Brüssel 1910 wurden 15 000 M. bewilligt. Ein Antrag der Göttinger Vereinigung zur Förderung der angewandten Physik und Mathematik auf Gewährung eines Jahresbeitrags von 1000 M. auf die Dauer von 5 Jahren wurde genehmigt, und nach längerer Debatte wurde der Antrag, im nächsten Jahre die Hauptversammlung während der Weltausstellung in Brüssel abzuhalten, abgelehnt, dagegen als Ort der nächstjährigen Tagung Danzig gewählt. Nach Erledigung des Haushaltsplans für 1910 folgten interessante Vorträge des Professors Dr. Brandel-Göttingen und Heller-Berlin. Hiermit war die Tagesordnung erledigt. Am Nachmittag wurden eine Reihe gewerblicher und industrieller Anstalten besucht, darunter auch die Seltellereien von Kupferberg in Mainz und Burgfeld in Hochheim. Heute nachmittag erfolgt die Rheinfahrt mit zwei Salon dampfern der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft bis zur Lorelei. Auf der Rückfahrt Beleuchtung der Rheinufer und der Rheinbrücke bei Mainz.

Das 24. Jahresfest der evangelischen Kirchengesangsvereine wird unter Beteiligung von ca. 500 Sängern und Sängerinnen am nächsten Sonntag in Limburg a. d. L. abgehalten. Bereits am Samstag, den 19. d. M., nachmittags, treffen die Delegierten ein, um der um 6 Uhr stattfindenden Generalversammlung beizuwohnen, ebenso zwei auswärtige Vereine, um an der Begrüßungsfeier abends 8 Uhr teilzunehmen. Am Sonntag, den 20. d. M., dem Hauptfesttag, wird nach dem Vormittagsgottesdienst, bei dem der Kirchenchor von Nassau mitwirken wird, die Generalprobe abgehalten unter Leitung des Herrn Lehrers Hofheinz aus Wiesbaden. In dem Festgottesdienst nachmittags 2 1/2 Uhr vereinigen sich die einzelnen Vereine zu einem Gesamtchor. Die Festpredigt hat Herr Hofprediger Scherer aus Weilburg übernommen. An den Gottesdienst schließt sich um 4 1/2 Uhr eine gefällige Nachfeier in den festlich dekorierten Räumen des 'Evangelischen Gemeindehauses' an.

Von der deutschen Turnerschaft. In der letzten Ausschuss-Sitzung der Deutschen Turnerschaft in Eisenach kamen auch Erfahrungen von Frankfurt zur Turnfest zur Sprache. Der Jahresbericht, verfaßt vom Vorsitzenden Geheimrat Dr. Göb und Stadtschulrat Dr. Nühl, bezeichnet den Verlauf des Frankfurter Turnfestes als überaus glänzend. Eine eingehende Besprechung fand der Bericht des Vorsitzenden des Turnauschusses, Prof. Kestler, über die turnerische Arbeit beim Frankfurter Turnfest unter Anlehnung an den in der 'Deutschen Turnzeitung' veröffentlichten Bericht des Turnauschusses. Der Vorsitzende ging dann über zur Mitteilung und Begründung der von dem Turnauschuss und den Kreisturnwarten in ihrer Osteritzung zu Eisenach gefaßten Beschlüsse. Diese gründeten sich in der Hauptsache alle auf Erfahrungen und Beobachtungen, die beim letzten Fest gemacht worden sind. In einzelnen bezwecken die Anträge Änderungen einzelner Bestimmungen über Turnkleidung, Wahl und Dienstleistungen der Kampfrichter, Wertung des Laufens, Ausführung und Wertung des Steinstoßens und Schleuderballwerfens und Durchführung des Ringens. Die Bestimmungen über das Festen in Frankfurt waren vorläufige; sie sollen unter Vertwertung der Beobachtungen in Frankfurt nunmehr zur endgültigen umgearbeitet werden. Gegen Unfälle beim Turnen wurde die Versicherung für Todes- und Invaliditätsfälle bei der Frankfurter Gesellschaft empfohlen, unter Umständen auch die Kollektiv-Versicherung der gesamten Mitglieder, Jünglinge und Frauen bei der Frankfurter Gesellschaft. Die bestehenden Unterführungen könnten als Zuschulassen weiter in Wirksamkeit bleiben. Die Zahl der Mitglieder der deutschen Turnerschaft ist im vorigen Jahr wieder erheblich gewachsen, nämlich um 55 000 auf 902 246 Mitglieder.

Ausstellung. Nach der bisherigen Besuchs-Statistik ist anzunehmen, daß der halbmillionsige Besucher der Ausstellung im Laufe des nächsten Sonntag seinen Eintritt nehmen wird. Wie bereits bekanntgegeben, wird demselben eine wertvolle silberne Uhr als Erinnerungsgabe überreicht werden. — Trotz aller Warnungen vor den unaussprechlichen Folgen schreitet der Mißbrauch von Dauerkarten weiter fort. Täglich müssen mehrere Karten wegen unbefugten Gebrauchs eingehalten werden. Da die Ausstellungsleitung von der bei anderen Ausstellungen, bei Straßenbahnen usw. üblichen Kontrolle durch Photographie abgesehen hat, um dem Publikum die damit verbundenen Kosten und Belästigungen zu ersparen, so ist die Prüfung lediglich durch Vollaufnahme der Unterschrift in ein Kontrollbuch möglich. Diese Prüfung muß jetzt zur Bekämpfung des Kartenschwindels öfters stattfinden, so unangenehm die Belästigung des Publikums auch

von der Leitung empfunden wird. Einsichtsvolle Abonnenten werden sich der Notwendigkeit dieser Kontrolle nicht verschließen, sie würde sich erübrigen, wenn alle Karteninhaber so einsichtsvoll wären, den strafbaren Mißbrauch ihrer Karten zu verhindern, statt ihn zu fördern.

Besuch der Ausstellung durch Schüler der gewerblichen Fortbildungsschule. Da der Besuch der Ausstellung namentlich für die Schüler der gewerblichen Fortbildungsschulen von großem Vorteil und deshalb sehr wünschenswert ist, so ist es mit Freuden zu begrüßen, daß die Ausstellungsleitung den Eintrittspreis für solche Schüler, wenn sie in Begleitung ihrer Lehrer gemeinschaftlich die Ausstellung besuchen, bedeutend ermäßigt hat: er beträgt 20 Pf. pro Schüler. Weil sich eine bestimmten Anzahl von Teilnehmern wohl in der Regel vorher nicht angeben läßt, so grüßt es, wenn der Ausstellungsleitung mindestens 3 Tage vorher die ungefähre Anzahl angegeben wird. Die Karten können dann vor dem Besuche der Ausstellung an der Kasse in Empfang genommen werden. Auch in anderer Weise zeigt die Ausstellungsleitung noch Entgegenkommen, indem sie den gemeinsamen Besuch auch für Sonntagmorgens von 9-12 Uhr gestattet, indem an Wochentagen der Besuch seitens der meisten Fortbildungsschüler doch in der Regel unmöglich ist. Daß bei Schülerfahrten auch die Eisenbahn bedeutende Ermäßigung gewährt, so würde ein solcher gemeinsamer Besuch der Ausstellung nur mit sehr geringen Kosten verknüpft sein und es wäre sehr wünschenswert, wenn von diesen Begünstigungen auch recht vieljähriger Gebrauch gemacht und so auch den entfernter wohnenden Schülern der Vorteil der lehrreichen und interessanten Ausstellung ermöglicht würde. Es läßt sich damit auch gleichzeitig ein gemeinsamer Besuch der Ausstellung durch die Gewerbevereinsmitglieder verbinden, da für diese und ihre nächsten Familienangehöriger der Eintrittspreis 50 Pf. beträgt, sobald mehr als 30 Personen sich zu solchem Besuch zusammenschließen.

Gleichschritt für den Paradeplatz. Wie die 'Tägl. Rundschau' erzählt, geht man an maßgebender Stelle mit dem Gedanken um, den Gleichschritt probeweise bei einer Kompagnie eines Regiments zur Einführung zu bringen, um zu sehen, wie weit er geeignet wäre, den strammen Schritt des Paradeplatzes zu ersetzen. Dazu wäre eine vergleichsweise Ausbildung notwendig. Vor allen Dingen würde es sich um die Feststellung handeln, ob für gewisse Übungen der Gleichschritt einen geeigneten Ersatz für den Paradeplatz abgibt. Für die Ausbildung im Gleichschritt würde neben den Ansichten hervorragender Fachmänner auch noch der Umstand sprechen, daß die Ausbildung im Gleichschritt viel weniger Zeit erfordert als der Paradeplatz. Es wäre also der Zeitgewinn nutzbringend für die Ausbildung in anderen Dienstzweigen zu verwenden. Die Versuche dürften sich auf ein Jahr erstrecken. Nach diesem Bildungsgang wären die Marsch- und sonstigen Leistungen der Kompagnie mit den anderen Kompagnien zu vergleichen. Vor allen Dingen wären auch Erhebungen darüber notwendig, ob die Folgen des sogenannten 'strammen Tritts', wie z. B. der Schwellfuß, der vielfach Rekruten dem Dienste entzieht, beim Gleichschritt wegfallen. Sowie die probeweise Einführung des Gleichschrittes endgültig beschlossene Sache ist, wird man selbstverständlich ärztliche sowie eine genaue ärztliche Kontrolle zur Feststellung des Sachverhaltes und der Folgen der beiden Marscharten heranziehen.

Der Eisenbahnminister gegen das Handgepäck. Der Eisenbahnminister hat, wie wir zuverlässig erfahren, neuerdings das Personal der Eisenbahnverwaltung streng angewiesen, allen Versuchen der Reisenden, zu viel und zu umfangreiches Reisegepäck in den Wagenabteilen unterzubringen, entgegenzutreten und mit Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß eine Überfüllung der Abteile mit Handgepäck nicht stattfinden kann. Die Beamten sollen, wie weiter betont wird, in jedem Einzelfall dafür Sorge tragen, daß das Handgepäck, sobald es die zulässige Grenze überschreitet und einen größeren Raum ausfüllt, wie er über den Platz des Reisenden vorgegeben ist, ordnungsmäßig als Gepäck ausgegeben wird.

Esperanto. Daß Esperanto mehr und mehr das Interesse der staatlichen und städtischen Behörden erweckt, das bewies der vorjährige internationale Esperanto-Kongress in Dresden, wo Stadt und Regierung offiziell vertreten waren. Zwanzig Schulleute und ein Teil der Straßenbahnbeamten hatten Esperanto gelernt, um den Ausländern, die meist außer ihrer Muttersprache nur Esperanto verstanden, schnell und sicher dienen zu können. Auch in Frankfurt wird demnächst ein Kursus für Angestellte der Straßenbahn beginnen. Jedenfalls hat man sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß die Internationale Luftschiff-Ausstellung viele Ausländer besuchen werden, von denen gewiß ein Teil Esperanto spricht und sich mit Hilfe dieser Sprache leicht verständigen und orientieren kann, wenn auch Beamte und Ausnahmestellen, wie Straßenbahnbedienstete und Schulleute, sich in diesem internationalen Idiom ausdrücken und Bescheid geben können.

Treue Dienste. Der Hausburche Emil Schmidt ist heute 20 Jahre in Stellung bei der Firma Rosenthal u. David hier. Gewiß eine lange Zeit und gleich ehrend für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber.

Friedrichshof. Kommen Sonntag erfährt das Konzertprogramm eine angenehme Abwechslung, indem das auch hier bestens bekannte und wiederholt preisgekrönte Männer-Quartett 'Abeingold' Mainz mitwirkt. Das Quartett bringt u. a. auch die bei dem Gekangweilfest in benachbarten Bierhad gefungenen Chöre: 'Verstärkung am Rhein' von Spangenberg, 'Walter von Volbach' von Werth, 'Morgenlied' von Nieb, sowie das Volkslied 'An die Heimat' zum Vortrag.

Immobilien-Versteigerung. Bei der zwangsweisen Versteigerung der den Eheleuten Gastwirt Müller in Dohheim gehörigen Gastwirtschaft, nebst verschiedenen Grundstücken blieb mit 81 000 M. Kaufmann Franz Berthel in Mainz, des den Eheleuten Restaurateur Heinrich Weib, Clarenthaler Straße 8 dahier, gehörigen Wohnhauses Privatier Rob. Heck hier mit 60 000 M. Liebhaber.

Theater, Kunst, Vorträge. \* Königliche Schauspiele. Wie bereits mitgeteilt geht Sonntag, den 20. d. M., als letzte Vorstellung vor den Herren Robert Mardener 'Oberon' in Szene. Als 'Herron' wird der hier in bester Erinnerung stehende Kommerzienrat

Siegfried Krauß vom Hoftheater in Dessau gastieren. Die Vorstellung findet zu erhöhten Preisen statt und beginnt um 7 Uhr. Vorbestellungen nimmt die Theaterkasse entgegen.

\* Frankfurter Kunstverein. Die gegenwärtige Ausstellung des Kunstvereins mit der Kollektion Ludwig v. Hoffmann ist noch bis inkl. 20. cr. geöffnet. Vom 21. Juni ab bleibt der Kunstverein auf die Dauer von ca. 3 Wochen wegen Renovierung der Ausstellungssäle und Vorbereitung der großen Sommer-Ausstellung, über welche Näheres demnächst bekannt gemacht wird, geschlossen.

**Aus dem Landkreis Wiesbaden.**

(1) Dohheim, 16. Juni. Der Gesangsverein „Lieder-Mitte“, der sich an dem 27. Juni in Erbenheim stattfindenden Bundesweissfest des Nassauischen Sängerbundes beteiligt, hält seine Generalprobe nächsten Sonntag um 1 1/2 Uhr im Gasthaus „Zur Krone“ ab. — In demselben Tage veranstaltet die „Freiwillige Feuerwehr“ ihr alljährliches Waldfest im „Schulmühlgraben“. — Freitag, den 18. d. M., abends 7 Uhr, findet eine Übung der „Pfadfinder-Verkehr“ statt; der Sammelplatz ist im Rathaushof. — Der Gesangsverein „Sängerlust“ hatte am Sonntag eine Wagenfahrt nach Nauort zum Sängertag unternommen, der „Turnverein“ beteiligte sich an der Fahnentriebe des „Turnvereins“ in Weidenstadt und der „Mädchertub 1902“ nahm an dem Radfahrfest in Nordenstadt teil, wo er beim Vorfahren den 4. Preis erhielt; abends bei seiner Heimkehr wurde er mit Musik abgeholt. — Der Lehrerverein „Athenbild“ hält nächsten Samstag, den 19. Juni, nachmittags 3 Uhr, eine Versammlung im „Deutschen Haus“ zu Elville ab, auf welcher u. a. Herr Lehrer Bräuer von Dohheim einen Vortrag halten wird.

y. Sonnenberg, 15. Juni. In der letzten Sitzung der Gemeindeverwaltung waren 14 Herren erschienen. Herr Bürgermeister Buchelt führte den Vorsitz. Die Mitteilung über den Stand der Kanalisationsverhandlungen beschäftigte das Kollegium längere Zeit. Die Verhandlungen sind dem Abschluss nahe; wegen einiger Punkte konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden, doch hofft man auch hier eine Übereinstimmung zu erreichen. Von der Verlegung des Verlaufs des Holzgartengeländes wurde Kenntnis genommen. Desgleichen von dem Beschluß des Gemeindevorstandes bezüglich der zweiten Verbindungsstraße nach Nambach. Die Veränderung des Grundstückesplanes „Mühlwiese“ wurde gemäß der vorgelagten Skizze beschlossen. Einige Bedenken wegen der Leitungsverhältnisse sollen durch Nachschwäche mit dem Kreislandmesser behoben werden. Wegen der Reifeflohen der Beamten wurde ein Gemeindebeschluß verlesen. Änderungen in den bisherigen Säben sind nicht eingetreten. Hierzu erfolgte nichtöffentliche Sitzung.

er. Nambach, 16. Juni. In der letzten, unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Morath abgehaltenen Gemeindeverwaltungssitzung wurde der vorliegende Kostenanschlag nebst den vorbereiteten Vergebungsbedingungen, betr. die Verlegung des Wasserleitungsstranges in die neu auszubauende Tal- und Luisenstraße, genehmigt. Die Arbeiten sollen zur Ausführung gelangen. Zur Verteilung der Kosten des Wegebaues Nambach-Nauort sowie der Einlegung der Wasserleitung in die neue Straße, Verlegung des Nambachs „Güter der Kirche“ und „In der Kreuzwiese“ macht sich die Neuvernahme eines Darlehens von 30.000 M. im Rechnungsjahr 1906 notwendig. Die Körperschaft beschloß, eine neue Aufnahme bei der Nambacher Spar- und Darlehenskasse zu machen, und zwar mit der Bedingung, daß ein höherer Zinssatz als 4 1/2 Proz. und 1/2 Proz. Provision nicht gezahlt wird, es sei denn, daß die Nassauische Landesbank in Wiesbaden für aufzunehmende Darlehen ebenfalls einen höheren Zinssatz wie z. B. verlangt. Auf das Gesuch der Wiesbadener Kronenbrauerei in Wiesbaden wegen Anlage einer Nachüberbrückung, Distrikt „In der Klappenheimer Wiese“, und Gehattung eines Abgangs über Gemeindegelände am Stiefelwald nach dem Waldweg d. selbst zwecks Herstellung eines Weges nach dem Gastwirtschaftsbetrieb „Zur Waldlust“, wurde beschlossen, die Überbrückung usw. zu genehmigen. Der jährliche Pachtzins ist auf 30 M. festgesetzt worden. Die am 9. Juni d. J. abgehaltene Delegiertenversammlung von den Gemeindegliedern Wiesengrund und vom Wegeplanum ist genehmigt worden.

**Nassauische Nachrichten.**

r. Mittelheim, 15. Juni. Das Resultat des Gesangswettstreites um die Ehrenpreise ist folgendes: 1. Preise erhielten „Liedertraum“, Elville, „Cäcilia“, Geisenheim, „Cäcilia“, Oberlahmstein und „Liedertraum“, Bintel. 2. Preise erhielten „Arion“, Bingerbrunn, „Sängerlust“, Wiesbaden, „Harmonie“, Rudesheim und „Liederlust“, Dallgärten. Einen dritten Ehrenpreis erhielt „Germania“, Rudesheim.

r. Aus dem Rheingau, 18. Juni. In Geisenheim wird am nächsten Sonntag das Jahresfest des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins für den Bezirk Wiesbaden abgehalten. Die Festpredigt hält Herr Delan Videt aus Wiesbaden. Um 4 Uhr findet im „Deutschen Haus“ zu Geisenheim eine gesellige Nachfeier statt, bei welcher Vorträge gehalten werden und der Geisenheimer und Rudesheimer Kirchenchor mitwirken. U. a. wird Herr Pfarrer Rieber-Wiesbaden über „Christentum und Buddhismus“ sprechen.

!! Sauerthal, 15. Juni. Am kommenden Sonntag und Montag begeht der hiesige Kirchenchor „Cäcilia“ das Fest seiner Fahnweihe. Mehrere auswärtige Vereine haben ihre Teilnahme an diesem Feste zugesagt.

S. Sagenburg, 15. Juni. Der hiesige Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ entwickelt unter der Leitung seines neuen Vorsitzenden, des Herrn Hofschreibers Bod in Rister, eine eifrige Tätigkeit. Die Bestrebungen des Vereins sollen auch in den Dörfern der Umgegend verbreitet werden. So haben bereits in Rister und Altkahl Versammlungen stattgefunden, in denen Herr Oberförster Dausdorf-Dadenburg Vorträge gehalten hat. Beide Versammlungen waren besonders aus Arbeitsfreien recht gut besucht. — Der hiesige „Turnverein“ hat die so unliebsam bemerkte Zurücknahme der Erlaubnis zur Benutzung seines Turnplatzes durch die Lehrerschülervereine wieder aufgehoben, so daß die Spielvereinigung hier demnächst über kann.

S. Aus dem Oberwesterwaldkreis, 15. Juni. Wie im Vorjahr, so sind auch heuer unsere Eichenwälder stark von der Raube des Eichenwicklers befallen. Die meisten Eichen haben fast kein Laub mehr, so daß der Wald eine mehr braune Färbung zeigt. Die Wälder sind von einer dicken Schicht Laub bedeckt, und zwar so stark, daß die Äste weißgefärbt werden, wenn man an jungen Wäldern vorbeizieht. Überhaupt zeigen auch die Obstbäume in diesem Jahr Blattlauskolonien in großer Zahl. Öffentlich hat das am Sonntag eingetretene Regenwetter dem Übel etwas Einhalt getan.

**Aus der Umgegend.**

= Frankfurt a. M., 16. Juni. Heute früh gegen 2 1/2 Uhr ziehen auf dem Bahnhofs Steinau bei Schlüchtern der nach Fulda ausführende Güterzug 6743 und der von Fulda kommende Güterzug 6880 zusammen. Beide fahren einander in die Platte. Der Zusammenstoß war so heftig, daß etwa 12 bis 15 Wagen entgleiten und demoliert wurden. Auch beide Maschinen sind stark beschädigt und ebenfalls entgleist. Von dem Maschinen- und Fahrpersonals wurde glücklicherweise nur ein Fahrbeamter leicht verletzt. Beide Hauptgleise der sehr stark befahrenen Strecke Frankfurt-Eim sind gesperrt und werden voraussichtlich auch den ganzen Tag über gesperrt bleiben, da die Trümmer der teilweise ineinander gefahrenen Wagen schwer zu beseitigen sind. Wer die Schuld an dem Unfall trägt, wird die sofort eingeleitete Untersuchung feststellen. Infolge der vollständigen

Spernung der Strecke müssen sämtliche D- und Eilzüge Frankfurt a. M. über Berlin und umgekehrt über Gießen, Unterhaußen, Wehra, bezw. Eichenberg geleitet werden, was zu großen Verspätungen führt. D-Zug Nr. 2 Berlin-Frankfurt traf mit zweistündiger Verspätung hier ein, da er von Wehra über Castell geleitet werden mußte.

r. Simmersbach, 15. Juni. An Stelle des verstorbenen Pfarrers Schmidt wurde der von unserer Gemeinde einstimmig gewählte Pfarrer Rehberg durch Herrn Delan Stordorfer aus Gladenbach in sein Amt eingeführt.

**Vermischtes.**

\* Der Pomp bei Zarenreisen. Aus Petersburg wird uns geschrieben: Wenn der Zar zu einer Begegnung mit einem befreundeten Monarchen reist, dann wird auf dem Schiffe, das in den letzten Jahren stets den Ort des Besuchs bildete, ein wirklich orientalischer Pomp entfaltet, der von den ungeheuren Reichthümern des Zaren eine rechte Vorstellung gibt. In der Begleitung des Zaren befindet sich fast der ganze hohe russische Adel. So fuhren mit der Zarenfamilie am 12. Juni mittags 3 Uhr folgende Fürstlichkeiten in die künftigen Schären, um an der bevorstehenden Entree teilzunehmen: Die Flügeladjutanten Fürst Orlow und Fürst Naryschkin, der Oberhofmarschall Fürst Dolgoroff und der Hofmarschall Graf Bentendorf, Fürst Orbeliani und Fürst Orlow, die Fürstin Obolenskaja und Bykowa, Baron Osten-Saden und der Hofminister Baron Fredericksz, Fürst Nylow und der Leibmedikus Boiki. Besonders von dieser glänzenden Gesellschaft fahren zwei Tage später folgende Würdenträger zu der Kaiserbegegnung: Der Premierminister Staatssekretär Stolypin, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Hofmeister Tswoliski, der Marineminister Konteradmiral à la suite Sr. Majestät Bojewodski; der deutsche Botschafter Graf Pourtalès, der dem Zaren attachierte Flügeladjutant des deutschen Kaisers Kapitän z. S. v. Singe und der deutsche Militärattaché Graf v. Posadowski-Wehner. Den großen Festlichkeiten entsprechend ist auch die Ausrüstung des Schiffes glänzend. Sie ist seit März dieses Jahres bereits in den Werkstätten gewesen, wo sie in jeder Beziehung in Stand gesetzt wurde. Besonders der sogenannte „goldene Salon“ ist aufs prächtigste ausgestattet worden, da in ihm die Galabiner abgehalten werden sollen. Der Zar legt bei seinen Reisen zur Monarchenbegegnung besonderen Wert auf eine hervorragende Uniformausrüstung, die alle möglichen Fälle vorsieht. Er hat nicht nur die hauptsächlichsten russischen Uniformen bei sich, sondern auch alle eventuell in Betracht kommenden deutschen Uniformen, die er bei einer Begegnung mit dem deutschen Kaiser nach altem Herkommen tragen könnte. Er sieht belamlich à la suite der kaiserlich deutschen Marine, ist Chef des königlich preussischen Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, Chef des Husaren-Regiments Kaiser Nikolaus II. von Rußland (1. Westfälisches) Nr. 8 und des Kürassier-Regiments Kaiser Nikolaus I. von Rußland (Brandenburgisches) Nr. 6. Von allen diesen Uniformen werden je drei Exemplare mitgeführt, so daß eine recht beträchtliche Anzahl von Kleidungsstücken den Zaren begleiten. Am hervorragendsten ist unter den Prachtstücken des Schiffes das große goldene Tafelservice, das zu dem Galabiner Verwendung findet. Es ist in allen seinen Teilen aus reinem Golde. Die Schüsseln gleicherweise wie die Teller, die Gabeln, Messer und Löffel. Dazu alle Schmuckstücke für die Tafel, die in demselben Stil angefertigt sind. Das goldene Tafelservice, das in herrlichem Empire mit den prachtvollsten Emailleinsagen angefertigt ist, ist schon seit über 100 Jahren im Besitze der russischen Zaren. Den Wert, den dieses Tafelservice hat, möge der Umstand illustrieren, daß die große Brateneschüssel allein 1400 Gramm wiegt, und die Prachtschüsseln, die für den Kaiser, die Kaiserin — für den Fall, daß auch die Gemahlinnen der Herrscher sich an den Besuchen beteiligen — den Zaren und die Zarin vorrätig sind, allein durch ihren Kunstwert von Kennern für unschätzbar gehalten werden und einen reinen Materialwert von über einer halben Million Mark darstellen. Diese Galabiner Prachtschüsseln für die Herrscher sind mit den Emblemen der Herrschergewalt in erhabener Arbeit geschmückt.

\* Die Bewohner Riels in größter Verlegenheit. Ein für die Bürgerschaft höchst unangenehmer Streit ist in Kiel ausgebrochen. Die Stadt entbehrt noch immer der Volkswasserleitung, da die Marineverwaltung die Einleitung der geklärten Abwässer in den Hafen, bezw. die Kieler Fördrde nicht gestattet, und so findet denn der Fremde, der die so schnell herangewachsene Großstadt besucht, sobald er sich einmal in eines der bekannten Kammern den zurückziehen genötigt sieht, daß bei keiner Wohnung fehlen darf, zu seiner Überraschung dort nicht die gewohnten Wasserleitungs, sondern das alte biederer Kübelnystem vor. Die Kieler selbst haben sich mit der Einrichtung trotz aller ihr anhaftenden Mängel allmählich abgefunden, da eine bessere augenblicklich noch nicht zu haben ist, und vertrauen sich auf die Zeit, wo einmal alle Abwässer der Stadt durch einen großen Kanal in die offene See geführt werden, nachdem sie durch Dückrohr unter dem Kaiser-Wilhelm-Kanal hindurchgepreßt worden. Freilich hat es damit noch lange Wege, und augenblicklich ist Holland in Not, denn das gesamte Fahrpersonal der Fährkahn- und Millabfuhr ist in den Ausstand getreten. Was soll nun aber werden, wenn der Streit auch nur eine einzige Woche dauert und der ungeschöne Abfluß nicht mehr zu händigen ist? Die Feuerwehr, die sonst aller Not zu steuern bereit ist, kann man doch unmöglich zittern.

**Aus Bädern und Kurorten.**

Aus dem hohen Schwarzwald, 15. Juni. Es ist ein eigener Genuß, Fringsen, das liebliche Fest, in einer Gegend zu feiern, in der man den Winterort oft noch im Mai ausüben kann. Hier oben in Schönwald, 1000 Meter über dem Meer, mitten auf dem Weg zwischen Teiberg und Furingen, lag noch vor kurzem tiefer Schnee. Aber in wenigen Tagen hat hier die Natur das Veräumdete nach, und jetzt ist das grüne Revier zwischen den schwarzen Tannenwäldern in Blüte und der kurze, aber wunderbare Sommer hat begonnen. Am Tag brennt die Sonne auch hier oben heiß, aber ein leichter Luftzug streicht beständig über die wunderbar gefaltete Hochfläche, deren Wasserreichtum den üppigsten Wiesentboden und den prächtigsten Wiesenschlag schafft. Berg und Brigade, die Willingsbäche, die sich zur Donau verschmelzen, treten aus diesen Hochtalern ihre weite Wanderung zum Schwarzen Meer an, und der Regen, der hier fällt, hat die Wälder, ob er zum grünen Ahein oder zur blauen Donau wandern will. Als Standort für Wanderer

durch die schönsten Teile des Schwarzwaldes, wie als Luftkurort mit allen Eigenschaften eines nordwestlichen Höhenklimas, hat Schönwald solche natürliche Vorzüge, daß es nicht erstaunlich ist, daß hier aus bescheidenen Gasthäusern im Laufe der Jahre große Hotelbauten entstanden sind, die zu dem Reiz der ländlichen Natur die Genüsse des Großstadtlebens fügen. Unter den Fremden ist das Ausland stark vertreten, besonders Frankreich.

\* Nordsee, schnellste und bequemste Verbindung. Direkte Wege führen von den größeren Stationen (Berlin, München, Leipzig, Köln, Erfurt, Halle, Hannover, Bremen, Magdeburg, Nürnberg usw.) direkter Anschluß von Wien und Prag) bis auf die Rolle von Norddeich mit unmittelbarem Anschluß an die Dampfschiffe. Die Hamburg-Amerika-Linie vermittelt den Verkehr von Hamburg direkt über Cuxhaven-Ostholand; der Norddeutsche Lloyd über Bremerhaven. Besonders aufmerksam wird auf die Neueinrichtung der fertigen Badereisen der Hamburg-Amerika-Linie gemacht. In die Fahrkarte einbezogen ist die Seefahrt von und nach Hamburg, Wohnung und volle Verpflegung in einem erstklassigen Hotel, Restaurant oder Privathause. Diese für die Vor- und Nachsaison, Juni und September, gültigen Reisebefehle sichern dem Reisenden völlige Bewegungsfreiheit, wie beliebigen Antritt der Reise, und behalten zur Rückfahrt Gültigkeit bis Ende Juli, bezw. in der Nachsaison bis Saisonabschluss. Der Gesamtpreis beläuft sich für Norddeich bei vierstündigem Aufenthalt auf 40 M., bei neuntägigem Aufenthalt auf 81 M. Die fertigen Badereisen sind bei allen Verkaufsstellen der Hamburg-Amerika-Linie zu haben. Nähere Auskunft bezüglich der Reisepläne nach Norddeich enthält der Reiseführer als Spezial-Sturzbuch für sämtliche wichtigeren Verbindungen nach und von Norddeich. Zu beziehen durch den Gemeindevorstand und die Königl. Bade-direktion.

**Deutscher Reichstag.**

Eigener Drahtbericht des „Piesbadener Tagblatts“. — Berlin, 16. Juni.

Am Bundesratslich Reichszanzler Fürst Bälou, die Unterstaatssekretäre v. Bethmann-Hollweg, Eydow, Dornburg, Kracik, Minister Freiherr v. Rheinbaben, v. Einem, Delbrück, Reichsbankpräsident Havenstein, Unterstaatssekretär v. Loebell.

Das Haus ist sehr gut besucht, die Tribünen sind überfüllt. In der Hofloge wohnen Prinz und Prinzessin August Wilhelm den Verhandlungen bei.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Gesetzes wegen

Änderung des Erbschaftsteuergesetzes in Verbindung mit der ersten Beratung des Reichsstempel- und des Wechselstempelgesetzes.

Reichszanzler Fürst Bälou eröffnet, die Einzelheiten den Ressortvertretern überlassend, zunächst das

Verhältnis zu den großen Parteien,

und weist die Meinung zurück, daß das Zentrum bei der Finanzreform ausgeschaltet worden sei. (Seiterleit.) Er sei aber selbstverständlich jederzeit auch für Heranziehung der Liberalen zur Lösung der Reform eingetreten. Er hindere überhaupt keine Partei an der sachlichen Mitarbeit. Auch durch die persönliche Feindseligkeit des Zentrums, die bis zur Verdächtigung meiner Kaisertrone ging, habe ich mich sachlich nicht beeinflussen lassen.

Ich bin eben, wie Bismarck einmal sagte, in die Dreiecke eingerückt. (Seiterleit.) Ich wende mich zum Liberalismus, dessen Teilnahme an der Gesetzgebung im Interesse einer ruhigen Entwicklung höchst wünschenswert ist. Es folgt nun eine historische Betrachtung über die Teilnahme des Liberalismus an der Gründung und Entwicklung des Reiches. Mander Märtyrer für die deutsche Idee ist aus dem liberalen Lager hervorgegangen.

Den liberalen Geist auszusprechen, wäre ein Unrecht und politisch ein Fehler.

(Zustimmung.) Aber die Schwäche des Liberalismus, der doktrinaire Zug, hat sich auch bei der Finanzreform schmerzhaft geltend gemacht. Der Liberalismus konnte bei verschiedenen Fragen agrarfreundlich sein und doch liberal bleiben. Bei meinen Besprechungen mit Liberalen wurde mir gesagt: Sie haben ja eigentlich recht, aber unser Programm! — Nun zur Haltung der Konservativen.

Der Bruch mit dem Zentrum ist eingetreten wegen dessen Herrschaftsgelüsten.

(Hört, hört!) Auch den Konservativen kann ich mich nicht unterordnen. Kein Minister schätzt die Bedeutung höher als ich (Sehr richtig!), ich habe es vom ersten Tage meiner Kanzlerschaft bewiesen. Die verfahrenen Kanalvorlage wurde beigelegt. Die Spannung zwischen Krone und Konservativen wurde beseitigt. Von der ersten Stunde an bin ich für die Wünsche, Interessen und Rechte der Landwirtschaft eingetreten. Aber ich werde mich von der Linie, welche die Staatsraison vorschreibt, auch nicht von den Konservativen drängen lassen. Sodann folgte eine längere Würdigung der historischen Verdienste der konservativen Partei. Der Kaiser fuhr fort: Die Regierung kann aber nicht die Geschäftsführerin der Konservativen werden, so wenig, wie von diesen verlangt wird, Regierungspartei sans phrase zu sein.

Die Konservativen würden ihr eigenes Grab graben, wenn sie nicht rechtzeitig unhaltbare Positionen räumen. Sie werden aber für alle Zeiten ein bedeutender Faktor des politischen Lebens bleiben, wenn sie sich von den Aufgaben der Zeit erfüllen lassen. Ihr „Unannehmbar“ könnte jetzt vielleicht die Erbschaftsteuer zu Falle bringen, aber nicht für künftig beseitigen. (Sehr richtig!) bei den Nationalliberalen.) Ihre Haltung in dieser Frage wird auf die Nation einen tiefen Eindruck machen. (Hört, hört!) Die Ablehnung könnte gefährlichen Widerstand gegen die Konservativen erzeugen und den Radikalismus stärken. Nach Ausführungen über die politische Berechtigung des Gedankens der Modifikation erklärte sodann der Reichszanzler, zusammenfassend: Ich betrachte es in Übereinstimmung mit den Konservativen als ein Nobilio officium, als gerecht und sozialpolitisch notwendig, daß ein erheblicher Teil der neuen Steuern von den Bestehenden getragen wird.

Ich halte an der Erbschaftsteuer fest! (Dravo! links.) Ich lehne es ab, im Bundesrat Steuern zu verteidigen, die Handel und Verkehr schwer schädigen, die Industrie unerträglich belasten und unsere gesamte wirtschaftliche Stellung schwächen würde. Die Finanzreform kann nach wohlbegründeter Ansicht aller verbündeten Regie-



# Wiesbadener Tagblatt.

Berlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Genoss.“  
Schalter-Halle, geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Verlagspreis:  
Berlag (Exposition) 2953, Redaktion 53,  
Druckerei 2266.  
Mittag von 12 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.



Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Pf. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Bringerlohn. 2 Bl. 50 Pf. vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausländische Bestellkarte. — Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Anzeiger, sowie die 181 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wehrich: die dortigen 26 Ausgabestellen und in den benachbarten Dörfern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Kamerad“ in einheitlicher Spalte; 20 Pf. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bl. für lokale Anzeigen; 2 Bl. für auswärtige Anzeigen. Ganz, halbe, dritte und vierte Seite, durchlaufend, nach beiderseitiger Verständigung. Bei wiederholter Aufnahme unverändert Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entzweckender Rabatt.

Anzeigenannahme: für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereicher Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Rr. 276. Wiesbaden, Donnerstag, 17. Juni 1909. 57. Jahrgang.

## Abend-Ausgabe. 1. Blatt.

### Die Kanzlerrede.

L. Berlin, 16. Juni.

Zur Reichstag sind nur wenige Plätze unbefetzt. Am Bundesrat sind die Minister der Einzelstaaten und die anderen Bevollmächtigten. Alle Logen sind überfüllt. Eine nervöse Spannung liegt über dem ganzen Hause. Der Reichskanzler, der sofort nach Eröffnung der Sitzung das Wort nimmt, sieht außerordentlich gut aus. Man fühlt, er ist bereit, den Kampf aufzunehmen. Kaum hatte er zu sprechen begonnen, selbstverständlich unter tiefster Aufmerksamkeit des Hauses, so zeigte er durch Bewegungen und Mienen, durch die ungewöhnliche Schnelligkeit seiner Rede, durch den Nachdruck, mit dem er wichtige Nuancen betont, durch seine ganze Art, sich zu geben, daß er alles eher als ein müder Mann ist, der nun etwa auf die günstige Gelegenheit wartet, sich mit Anstand und Würde aus einer unhaltbaren Situation zurückzuziehen. Daran denkt Fürst Bülow nicht. Er empfindet, man merkt es, die Bedeutung der Stunde, die politische wie die historische Verantwortung, die auf ihm ruht. Seine Rede zeigt, wie Großes auf dem Spiele steht, wie gewitternd über aber auch die Atmosphäre ist. Der ganze kitternde Ernst der Lage wird durch diese nur etwa halbstündige, dafür um so inhaltschwerere Rede in die hellste Vordergrundbeleuchtung gerückt. Aber das entscheidende Moment ließ Fürst Bülow nicht den geringsten Zweifel, und dies Moment ist: Die vom Antikloß vorgeschlagenen Steuern zum Ersatz für die Erbschaftsteuer sind und bleiben für die Verbündeten Regierungen unannehmbar; dagegen werden die Regierungen an der Erbschaftsteuer unbedingt festhalten, und daraus folgt, daß eine Reform, die nicht diese Steuer enthält, vom Reichskanzler nicht vor dem Bundesrat vertreten werden könnte; daraus folgt ferner, daß Fürst Bülow zurücktreten würde, wenn der Antikloß die Reform ohne die Erbschaftsteuer machte. Von einer weiteren Möglichkeit, nämlich von der einer Reichstagsauflösung, konnte Fürst Bülow nicht gut sprechen, einmal weil die darin liegende Drohung an die Adresse der Konservativen im gegenwärtigen Augenblick, wo er die Rechte doch immer noch zu gewinnen hofft, wenig geschickt gewesen wäre, sodann auch, weil es schließlich ein Wagnis wäre, die vielleicht zu erwartenden, vielleicht auch nicht kommenden Entschlüsse des Kaisers nach dieser Richtung hin bereits heute vorwegzunehmen. Aber schon das, was Fürst Bülow den Konservativen in sehr ernsten und sehr eindringlichen Wendungen vorhielt, und was er weiter zwischen den Sägen durchblenden ließ, genügt gerade, um die Situation zu klären. Es wird sich bei der Entscheidung über die Erbschaftsteuer nicht bloß um das Schicksal des Fürsten Bülow handeln, sondern um die Frage, ob ein Systemwechsel von der verhängnisvollsten Bedeutung eintreten soll. In der nächsten Woche bereits wird man wissen, ob der vierte Reichskanzler einen Nachfolger erhalten soll. Einstweilen freilich brauchen der Kanzler und die Verbündeten Regierungen die Möglichkeit eines Erfolges noch nicht für unbedingt ausgeschlossen zu halten. Nicht alle Konservativen werden so hartnäckig sein, die Erbschaftsteuer abzulehnen, die übrigen in ihrer jetzigen Gestalt den konservativen Bedenken so weit entgegenkommt, daß es für manche liberalen Abgeordneten keine geringe Zummutung ist, diese verstimmelte Vorlage anzunehmen; ferner werden für die Erbschaftsteuer stimmen die Wirtschaftliche Vereinigung und die Freikonservativen, so daß sich die konservativ-merikale Mehrheit schon beträchtlich verringert. Sodann aber ist es nicht unmöglich, obgleich das zunächst phantastisch klingt und im Reichstag ungläubige Ähren findet, daß auch die Sozialdemokraten für die Erbschaftsteuer stimmen, natürlich nicht um des Fürsten Bülow willen, sondern um des Parteiprogramms willen, das den Ausbau der Erbschaftsteuer als eine seiner wichtigsten Forderungen enthält. Immerhin ist die Aussicht auf sozialdemokratische Unterstützung nur gering, und die Wahrscheinlichkeit eines Konflikt zwischen der Regierung und dem konservativ-merikalen Antikloß ist die weitaus größere. Zunächst ist das Urteil über die Kanzlerrede naturgemäß bei den einzelnen Parteien gefärbt durch ihre Wünsche und auch durch ihre Besorgnisse. Es ist ein politisches Testament, sagen die Konservativen vom Schläge des Herrn v. Hendebrand, jene Gruppe also, die den Fürsten Bülow lieber heute als morgen entfernt sehen möchte. Es ist die Ankündigung einer Generalabrechnung mit der Rechten, meinen manche Sanguiniker auf der Linken, beides kann richtig sein, weil das eine wie das andere noch von anderen Faktoren abhängt, als bloß vom Willen des Fürsten Bülow.

Jedenfalls hat der leitende Staatsmann den konservativen Wahrheiten und Warnungen entgegengeklautert, wie man sie auf der Rechten seit der Deklarationsrede, seit den Tagen des heftigen Konflikts zwischen dem Fürsten Bismarck und den Konservativen, so nicht wieder gehört hatte. Sollte die Rede wirklich ein politisches Testament sein, sollte Fürst Bülow bereits genau wissen, daß die Konservativen ihn stürzen wollen, so hat er die Genugtuung, ihnen seine Meinung gründlich gesagt zu haben.

### Gebesserte Aussichten der Erbschaftsteuer?

hd. Berlin, 17. Juni. Von einer Seite, die sich gewöhnlich als zuverlässig erweisen hat, wird dem „B. Z.“ versichert, daß die Aussichten für das Zustandekommen der Erbschaftsteuer sich in den letzten Tagen wesentlich gebessert hätten. Die Reichspartei habe sich entschieden, für die Steuer zu stimmen, und nur drei Mitglieder, die Abgg. v. Diersen, Barenhorst und v. Wense, seien nach wie vor gegen jede Erbschaftsteuer. Ebenso hat die Wirtschaftliche Vereinigung in ihrer Fraktionsitzung am Dienstagabend beschlossen, für die Erbschaftsteuer in der neuen Regierungsbildung einzutreten unter der Voraussetzung, daß ihr bereits in der Kommission eingebrachter Abänderungsantrag zur Annahme gelangt.

### Freistimmen zur Kanzlerrede.

hd. Berlin, 17. Juni. Die Morgenblätter besprechen eingehend die gestrige Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag und sind fast alle der Ansicht, daß die Rede des Reichskanzlers die erwartete Klärung der Situation nicht gebracht habe, wenn auch besonders von den liberalen Organen Bülows mannhafte Eintreten für eine gesunde Finanzreform und gegen das Verhalten der Konservativen lebend anerkannt wird. Während die konservativen Organe für ein Mitwirken des Zentrums an dem großen Werk der Reichsfinanzreform eintreten, ist man auf liberaler Seite der Ansicht, daß eine Mitarbeit des Zentrums ausgeschlossen sei, da es dieser Partei nur darauf ankomme, ihre alte Rechtsstellung wieder zu erlangen.

Wenig günstig beurteilen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ die Kanzlerrede: Der Appell hat kaum eine Wirkung gehabt, nicht, weil die Mahnungen und Warnungen des Kanzlers innerlich grundlos waren, wohl aber deshalb, weil auf der Rechten die Abneigung gegen die Persönlichkeit und die Methode des Kanzlers immer stärker geworden, und, wie es zuweilen scheint, sogar zum zornigen Haß emporwuchs. Man fürchtet hier nicht die Auflösung des Reichstags, weil man dem leitenden Staatsmann die Kraft der Entscheidung nicht zutraut. Man fürchtet auch nicht den Rücktritt des Fürsten Bülow, weil man ihm das rechte Vertrauen versagt. So blieb auch die Wirkung aus, die der Kanzler von seiner Rede erhofft haben mochte. Hier ein Ton des Beifalls und dort ein Ton. Hier ein schadenfrohes Lachen, wenn er von den Sünden der Liberalen sprach. Dort heiterer Frohsinn, wenn er der Rechten den Spiegel vorhielt. Es fehlte die tiefe stillende Kraft, die überzeugt und fortzieht, die schließlich auch wohl Verge versetzt und den Himmel erklimmt. Es ist eine nüchterne, kühle Betrachtung der Dinge, die auch hier aus der Kanzlerrede herausklang, obwohl der Redner erregt war. Da zuckte kein Bliß durch das tiefe Dunkel einer erschütterten Sache. Da grollte kein Donner über die Hörer dahin. Da glück die Rede nicht einem stürmisch erregten, in gewaltigen Wogen aufbrausenden Meer. Oh nein. Da spürte man auch nichts von den glühenden nationalen Mythen, die doch die Rot und die Größe der Stunde aus der Seele wie Funken hervorschlagen mußten. Hier und da ein weiser Wogenkamm, ein wenig sprühender Gisch, ein schüchternes Wetterleuchten, und statt eines olympischen Quos ego! nur ein gedrücktes: Oh, oh, ich wone unter den Dornen!

Auch die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ ist wenig befriedigt. Sie schreibt: Die Lage ist, was den Fürsten Bülow anlangt, hinsichtlich geklärt; es ist aber, und darüber hat sich natürlich auch der Kanzler keiner Illusion hingeben, so gut wie ausgeschlossen, daß die Konservativen sich durch diese Erklärung bestimmen lassen werden, ihre Haltung zu ändern; und im Hinblick hierauf hätte man der Bülowschen Rede etwas weniger philosophische Ruhe und etwas entschlossener Kraft wünschen mögen. Ein Staatsleiter, der noch die Kraft in sich fühlt, zu siegen, muß zeigen, daß er reale Machtmittel in den Händen hat und entschlossen ist, sie anzuwenden. Die Finanzreformaktion ist von Anfang an unsicher geleitet worden. Fürst Bülow griff immer zu spät und dann in einer Weise ein, daß die Widerstände, deren Nachhaltigkeit er wohl unterschätzt hat, sich verstärkten. Jetzt befindet man sich auf dem Punkt, daß die politischen Kräfte sich um die gegebenen Schlagworte fest gruppiert haben und nur noch ein kraftvoller Entschluß die Lage ändern kann. Will Fürst Bülow sich nicht als Besiegter des Zentrums aus dem so glorieus begonnenen Kampf der letzten drei Jahre zurückziehen, so gibt es für ihn nur noch die Reichstagsauflösung, und, so schwer ihm der Entschluß werden mag, die Zerschmetterung der konservativen Macht im Reiche wie

in Preußen. Säge das Junkertum nur den ersten Willen hierzu, so würde das, was Fürst Bülow den Herren heute zu erwägen gab, wohl offene Ohren finden. Ohne diesen Willen antwortet dem Kanzler von den Bänken der Rechten und des Zentrums ein unisono schallendes Gelächter. Vielleicht ist es ein mächtigerer Wille, der den Kanzler hindert, zur Reuewahl zu greifen; dann wäre es für ihn immer noch ein rühmlicher Abgang, über den Vorschlag der Reichstagsauflösung zu fallen, und wir hoffen trotz der heutigen Rede, daß Fürst Bülow vor der letzten Entscheidung noch einmal in anderen Tönen zu den Leuten auf der äußersten Rechten sprechen wird.

Die „Liberale Korrespondenz“ schreibt: „Die „große“ Rede des Fürsten Bülow in der heutigen Reichstagsitzung war keine große Rede. Ihrem Sinn und ihrer Bedeutung nach stellte sie sich als ein Eventualschwänge dar. Das will heißen: wenn Fürst Bülow keine Mehrheit für die Erbschaftsteuer erhält, so wird er seine Demission durchsetzen. Die Konservativen haben dann gesiegt. Aber dieser ihr Sieg wird der Anfang ihrer endgültigen Niederlage sein. Fürst Bülow wird die Konservativen mit seinen Ermahnungen nicht gewinnen, mit seinen scharfen Drohworten zum Schluß aber wohl erst recht verbittert haben. Was er über den Liberalismus Gutes sagte, war nicht sonderlich neu, und was er über seinen „Doctrinarismus“ und sein Festhalten am „Program“ sagte, war ebenso wenig neu, dafür aber um so oberflächlicher und ungerechter. Fürst Bülow hat zwar im Endeffekt den Beifall der Linken gehabt infolge seines Festhaltens an der Erbschaftsteuer, aber er wird sich selbst sagen, daß er sich einigermassen zwischen zwei Stühle gesetzt hat. Der Freisinn hat nach rechts und nach links hin fest Posto gefaßt. Er kam einer eventuellen Krise mit Ruhe und gutem Gewissen entgegen. Der konservativ-merikale Bloß, der den Kanzler heute oftmals durch höhnische Nachsalben unterbrach, trägt die Verantwortung dafür, was er dem deutschen Volke einbrockt.“

## Deutscher Reichstag.

Ergänzung und Fortsetzung des Drahtberichts in der Morgen-Ausgabe.

— Berlin, 16. Juni.

Da die gestrige Rede des Reichskanzlers Fürsten Bülow, deren wesentlichen Inhalt wir in der Morgen-Ausgabe schon meldeten, angesichts des nunmehr in aller Schärfe entbrennenden Entscheidungskampfes um die Reichsfinanzreform außerordentliche Bedeutung beanspruchen darf, sie auch vielfach mit mehr oder weniger Begeisterung — wahrscheinlich wohl das erstere — als die letzte große Bülows angesehen wird, geben wir sie zunächst noch einmal in ausführlicher Form wieder.

Reichskanzler Fürst Bülow: Meine Herren! Bevor der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamt die vom Bundesrat neu vorgeschlagenen Steuern im einzelnen begründet, möchte ich mich über die im Vordergrund des Interesses stehende allgemeine politische Lage aussprechen, wie sie sich nach den bisherigen Verhandlungen über die Reichsfinanzreform gestaltet hat. Hierbei muß ich zunächst eingehen auf mein Verhältnis zu den großen bürgerlichen Parteien.

In der Presse, in öffentlichen Versammlungen und auch in der Finanzkommission ist darüber gesagt worden, daß die Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform von den Verbündeten Regierungen oder vom Reichskanzler ausgeschlossen worden wäre. Das ist eine vollkommen irrige Auffassung. (Lautes Gelächter links.) (Mit erhobener Stimme:) Warten Sie doch ab, meine Herren, was ich noch sagen werde. Von Anfang an ist das Zentrum auf meine Veranlassung wie alle anderen bürgerlichen Parteien über die Absichten der Verbündeten Regierungen unterrichtet worden. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt — das wird ihm von allen Mitgliedern der Kommission bestätigt werden — hat sich niemals ablehnend verhalten gegenüber Anträgen, Anregungen oder Wünschen der Zentrumsfraktion, weil sie vom Zentrum kamen, sondern immer nur, weil und soweit er sachliche Bedenken hatte. Der Antrag Herold wegen der Besitzsteuern schlug einen ebenso starken Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten vor wie der später zur Annahme gelangte Kompromißantrag. Er hat auch nicht die Stimmen der Nationalliberalen gefunden. Ich habe es aber als meine Aufgabe betrachtet, von Anfang an bis zu diesem Augenblick und bin in jeder Phase der Verhandlungen dafür eingetreten, den Liberalen die Mitwirkung bei der Reichsfinanzreform zu ermöglichen und sie zur Mitarbeit heranzuziehen. Daraus habe ich niemals ein Hehl gemacht. Aberhaupt habe ich nie eine Partei an positiver Arbeit verhindert;

ich würde sachliche Unterstützung sogar von der äußersten Linken annehmen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren, wenn Sie mir herausträten wollten aus Ihrer negativen Haltung, wenn Sie brohen wollten mit diesem dogmatischen Intoleranz, den Ihnen ein französischer Gefinnungsgenosse nicht ganz mit Unrecht vorgeworfen hat. Die Gerechtigkeit, die von einem Teil des Zentrums mir gegenüber an der Tag gelegt worden ist, hat mich in meiner Haltung in keiner

Beise beeinflusst. Diese Animosität hat sich zu ganz un- wahren Behauptungen und sehr ungerechten Angriffen ver- dichtet, die von einzelnen Mitgliedern der Zentrumspartei gegen mich erhoben worden sind. (Unruhe im Zentrum.) Man hat meine zweifellos vollbewährte und zweifellose Bundesstreue gegenüber Österreich-Ungarn in Zweifel ge- zogen, man hat es sogar gewagt, meine ebenso zweifellose bewährte Treue für das königliche Haus, für Se. Majestät den Kaiser und König zu verdächtigen. (Große Unruhe im Zentrum. — Zurufe: Sehr richtig! bei den Nationallibe- ralen.) Mitglieder der Zentrumspartei haben sich Ver- dachtigungen angeeignet, die in Pamphleten gegen mich er- hoben worden waren. Das alles hat mich in meiner poli- tischen Haltung nicht irre gemacht,

an Verleumdungen bin ich gewöhnt.

(Große Unruhe im Zentrum.) Ich verstehe jetzt, was Fürst Bismarck meinte, als einmal ein ausgezeichnete Mann wenig Lust zeigte, ein Ministerportfeuille zu übernehmen und der Fürst in seiner eigenen drastischen Ausdrucks- weise sagte: „Eigentlich begreife ich, daß Sie nicht Lust haben, in die Dreifaltigkeit einzutreten.“ (Große Heiterkeit.) Das war vor 30 Jahren. Seitdem ist es schwerlich besser geworden. Daß also meine Gegner zum Teil mit recht un- schönen Waffen gegen mich kämpfen, beeinflusst mich nicht, eine solche Kampfweise richtet sich selbst. Ich habe mich auch dadurch nicht beirren lassen, daß Mitglieder an- derer Parteien des Hauses die gesellschaftlichen Beziehungen zu mir gebrochen haben. (Bewegung.) Vielleicht trägt mein langer Aufenthalt im Auslande dazu bei, daß ich nicht ge- wohnt bin, daß man sich gegenseitig gesellschaftlich aus- schließt, weil man politisch hart aneinandergeraten ist oder politisch oder wirtschaftlich anders denkt. Ich hoffe, daß sich in dieser Beziehung der Zeit noch bessern wird, und daß man auch bei uns dahin kommen wird, wo andere Völker schon lange sind. Namentlich in England denkt man nicht so kleinlich, die politischen Gegensätze auf das persön- liche Gebiet zu übertragen.

Ich hoffe, wir werden auch dahin kommen, daß man den, der in politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen anders denkt als man selbst, deshalb nicht gleich für einen Narren oder Schurken hält.

(Sehr wahr! und Bewegung.) Das wird dann ein schöner Fortschritt sein auf dem Wege der Befreiung von geistiger Gebundenheit, auf dem Wege der Ab- freierung von Philisternen. Aber vorläufig sind wir noch nicht so weit. Also, die Haltung der Zentrumspartei mir gegenüber ändert nichts daran, daß es mir niemals eingefallen ist, diese Partei zu boykottieren. Ich werde mich aber auch nicht bewegen lassen, die Ge- schäfte so zu führen, daß die Liberalen von der Mitwirkung ausgeschlossen werden.

Ich habe nie daran gedacht und denke auch heute nicht daran, mir das liberale Programm anzueignen. Aber die Mitwirkung der Liberalen bei großen gesetzgeberischen Aufgaben erscheint mir im Interesse unserer Fortent- wicklung, einer ruhigen und gesunden Entwicklung im hohen Grade wünschenswert. (Lebh. Beifall links, Lachen im Zentrum und auf der Rechten.) Meine Herren, die deutsche Einheit ist geschaffen worden von Männern, die der konservativen Gedankrichtung angehören. Fürst Bismarck hat jedoch nicht übersehen, daß die nationale Idee in liberalen Kreisen geboren wurde, daß sie lange vertreten wurde von liberal gesinnten Männern gegenüber der Kurz- sichtigkeit, Engbergigkeit und dem Mangel an Schwung, den damals vielfach die Regierungen zeigten. Den liberalen Geist auszuschalten aus unserer Gesetzgebung und unserem öffentlichen Leben, werde ich für ein historisches Unrecht halten und für einen politischen Fehler. (Lebhafter Beifall links.) Was in dem alten Einheitsstaat Preußen möglich und gut, ist nicht immer möglich und gut in dem Bundesstaat Deutsches Reich. Man wird in Süddeutschland und Mitteldeutschland lernen müssen, den Wert des konservativen Preußen höher, viel höher zu schätzen. (Lebhafter Widerspruch und Gelächter links. Sehr richtig! rechts.)

Man wird aber auch in Preußen nicht vergessen dürfen, daß der Liberalismus auch für das Deutsche Reich unent- behrlich ist.

Wenn ich mich nun frage, warum die parlamentarische Stärke der liberalen Parteien wohl nicht der starken Vertretung des liberalen Gedankens entspricht, so finde ich die Erklärung nicht nur in dem Emporkommen der Sozialdemo- kratie, auch nicht allein in der Entziehung liberaler Kräfte durch den Kulturkampf, sondern auch

in einem gewissen doktrinären Zug der linksstehenden liberalen Gruppen

(Widerspruch links.), der die Stärke der im Fluge der Zeit wachsenden, noch neu auftauchenden Bedürfnisse unter- schätzt. So habe ich es gerade vom Standpunkt der Linken für einen Fehler gehalten, daß sie sich so unendlich lange aufgehalten hat bei der sogenannten Liebesgabe, und daß sie eine ausreichend durchgreifende Besteuerung des Tabaks, die wohl erwogene und durchdachte Steuervorlage der Regierung, a limine abgelehnt hat. Ich habe es auch nicht verstanden, daß sie gegenüber einer noch ihrer An- sicht unzulässigen Handhabung der Geschäftsordnung sich nicht mit einem Protest begnügt, sondern sich von den weiteren Verhandlungen fern hielt. Es gibt sehr wenig Beispiele für die Nützlichkeit einer solchen Taktik, aber sehr viele für ihre Unvorteilhaftigkeit. Ich glaube, eine Partei ist immer besser daran, wenn sie auf dem Posten bleibt und bereit ist, weiter zu setzen, als wenn sie demon- strativ das Feld räumt.

Sie hätten auch in einer ganzen Reihe von steuerlichen Einzelfragen sehr wohl agrarfreundlich auftreten können und dabei doch liberal bleiben können!

(Lebhafter Widerspruch links.) Wenn ich in den zahlreichen, ich kann wohl sagen, zahllosen Unterredungen, die ich über diesen Gegenstand, über die Finanzfrage, gehabt habe, zu den Vertretern Ihrer Richtung sagte: Seien Sie entgegenkommender, z. B. bei der Spiritussteuer, da wurde mir nicht selten erwidert: Ja, Sie haben vielleicht Recht, aber das Programm! (Heiterkeit rechts.)

Programme veralten.

Sie werden leicht zu Nullen, hinter denen man stehen bleibt, ohne in den Gang der Handlung auf der Bühne ein-

zugreifen. Das haben wir auch im vorliegenden Falle ge- sehen. Wenn ich mich nicht irre, so sollen auch Ihre Pro- gramme den Bedürfnissen der deutschen Reichsinter- esse entsprechen. Und doch denken Sie sich das große Verdienst entgegen lassen, diesen Bedürfnissen abzuhelfen. Ähnlich liegt es auch mit den Erfahrungen, die man hinsichtlich der Besteuerung des Massenkonsums gemacht hat. Man kann vor 20 Jahren ein scharfer Gegner aller Mehrbelastungen der Massen gewesen sein, und kann doch heute nach einer glücklichen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, aber einer unglücklichen der Finanzverhält- nisse zu der Überzeugung gekommen sein,

daß eine Heilung der Krankheit ohne starke Dosen der Steuer auf Genussmittel einfach nicht möglich ist.

(Sehr richtig! rechts.) Ich erkenne es durchaus an, ich erkenne es hoch an, daß die Linke sich nicht grundsätzlich auf diesen Standpunkt gestellt hat. Ich betrachte es nicht nur als natürlich, ich betrachte es als notwendig und gerecht, daß neben dem Verbrauch auch der Besitz zur Dedung herangezogen wird. (Beifall.) Damit, m. H., komme ich zu der

Haltung der rechten Seite des hohen Hauses.

(Aha! und große Heiterkeit.) Im Lande, wo keine Partei die absolute Mehrheit hat, kann auch keine Partei verlangen, daß die Regierung nur auf ihre Worte schwört. Weil ich mich hierzu gegenüber der Zentrumspartei nicht entschließen konnte, ist es zu einem Bruch mit dieser Partei gekommen.

Ich kann mich auch der rechten Seite nicht unterordnen.

Wenn es in diesem Lande einen Minister gegeben hat, der die Bedeutung der konservativen Partei zu schätzen weiß, so bin ich es. (Sehr wahr! links.) Ich habe von Anfang an, sobald ich Minister wurde, es als meine Auf- gabe betrachtet, die Spannung zu beseitigen, die damals zwischen der konservativen Partei und der Krone bestand. Ich habe in jahrelanger Arbeit mit großer Mühe, mit großer Geduld die gänzlich verfallene Kanalfrage einge- rent, ich bin vom ersten Tage, buchstäblich von der ersten Stunde meiner ganzen Tätigkeit für die Wünsche, für die Bedürfnisse, für die Interessen der Landwirtschaft einge- treten. (Sehr richtig!) Ich glaube, m. H.,

Sie (nach rechts) werden lange warten können,

bis Sie wieder einen Kanzler bekommen, (Lebhafte Zustimmung links und große Heiterkeit) der konservativen Interessen, die wahrhaft konservativen Interessen und die wirklichen und dauernden Bedürfnisse der Landwirtschaft so konsequent und — ich füge hin- zu — so erfolgreich vertritt, wie ich. Aber von der Linie, die mir das Staatsinteresse vorschreibt, lasse ich mich auch nicht durch die konservative Partei abbringen. Ich bin nicht ein Führer der konservativen Partei und habe ihr keine Ratschläge zu erteilen. Aber, soweit meine historischen Kenntnisse und mein politisches Empfinden reichen, glaube ich, daß die konservative Partei sich selbst am meisten schadet, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt. (Sehr wahr! links.) Bereits in der Begrün- dung zum Finanzgesetzentwurf haben wir gesagt: Neben der Befreiung der allgemeinen Genussmittel, der Steuern auf Elektrizität, auf Gas und Anzeigen erweist es sich als absolut notwendig, zur Dedung auch solche Steuern heranzuziehen, die vornehmlich von den Besitzenden ge- tragen werden. Es würde gegen die vor- nehmsten Grundsätze der deutschen Sozialpolitik verstoßen, wenn die Reform der Finanzen ausschließlich auf Abgaben aufgebaut würde, die trotz der Ertragscharakter der Sozialpolitik und trotz der fortgesetzten Steigerung aller Einkommen die ärmeren Volksklassen erheblich höher belasten.

Es heißt dann weiter in der Begründung: „Die Ver- bündeten Regierungen sind fest entschlossen, neben den Ver- brauchsteuern die Erbschaftsteuer zur Dedung des Be- darfs heranzuziehen.“ Und weiter heißt es: „Hiernach kann die notwendige allgemeine Heranziehung des Besitzes nur durch Ausbau der Erbschaftsteuer erfolgen. Diese ermög- licht wie kaum eine andere eine Belastung nach der Größe des Vermögens und entspricht daher vorzüglich den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit.“ Die hier bekundete Auffassung haben die Verbündeten Regierungen konsequent festgehalten, und sie ist auch von mir stets zum Ausdruck ge- bracht worden. Wenn die Erbschaftsteuer vermieden werden soll, so müßte eine gleichartige, die verschiedenen Arten des Besitzes treffende Steuer gefunden werden. Solange eine solche Steuer nicht gefunden ist, müssen die Verbün- deten Regierungen an der Erbschaftsteuer festhalten. (Beifall links.) und die Verbündeten Regierungen sind der Über- zeugung, daß eine solche Steuer mit gleichem Ertrag nicht gefunden werden kann. Es müßte auffallen, daß die konservative Partei, die doch über eine reiche Erfahrung in der Führung der Geschäfte verfügt, sich von Anfang an ohne Zwang mit solcher Starrheit gegen die Erbschafts- steuer festgelegt hat. Sie hätte sich ein Beispiel nehmen sollen an der bewährten Taktik einer ihr nahestehenden Partei.

Haben Sie je einen Sprecher des Zentrums in erster Lesung ablehnen hören?

(Sehr gut! und große Heiterkeit links.) Wenn auch alle Bedenken hervorgehoben worden sind, so ist niemals von dieser Seite ein Gesetzentwurf von vornherein ab- gelehnt worden. Sie hat nie von Anfang an einen Geset- zentwurf in Grund und Boden geredet. Es kann ein Gebot der Vorsicht, der staatsmännischen Klugheit sein, sich gegen unpopuläre Gesetzentwürfe erst dann feitzu- legen, wenn klar zutage liegt, daß sie ohne Verletzung höhe- rer Staatsinteressen vermieden werden kann.

Ich gebe gern zu, Ihr Verhalten (nach rechts) ist viel- leicht durchaus konsequent.

Aber es ist ein Verstummen zu glauben, daß Konsequenz auch politische Fehler rechtfertigt.

Man kann sie machen, man kann aber auch, um das Gute für die Zukunft sicherzustellen, sich vor der Hand mit weniger Binschenswürmern begnügen.

Der Sieg in der Gegenwart ist häufig das Pfand zu Niederlagen in der Zukunft.

(Sehr wahr! links.) Das ist eine Wahrheit, die die Ge- schichte überall in allen Ländern und zu allen Zeiten be- stätigt. Ich verkenne nicht — das wiederhole ich — was die

Elemente, aus denen die konservative Partei besteht und die das Rückgrat der konservativen Partei bilden, jahr- hundertlang für Preußen geleistet haben. Ich weiß wohl, was Preußen bedeutet. Unter der Führung der Monarchie ist durch die Junker (Widerspruch links), — jawohl! durch die mit Unrecht so viel geschmähten Junker — die preussische Macht aufgerichtet worden, und von der preussischen Macht das Deutsche Reich. (Rufe links: Jena?) Mehr als eine andere Partei haben die Konservativen Anteil gehabt an der Regierung.

Aber die Regierung kann nicht zur Geschäftsführerin der konservativen Partei werden.

(Beifall links.) Ebenso wenig kann die Regierung verlan- gen, daß die konservative Partei eine Regierungspartei sans phrase werden soll. Die Zeiten des alten Gerlach, der von der konservativen Partei sagte: mit der Regierung voll Mut, ohne die Regierung in Be- hemut, gegen die Regierung in Demut, sind vorüber. (Heiterkeit.) Das sind tempi passati. Aber der eminente englische Staatsmann Salisbury hat einmal gesagt: Eng- land, das Musterland und das Vorbild aller Parlamente, wird nicht zugrunde gehen, es sei denn durch sein Parla- ment. So ist es auch mit der konservativen Partei.

Durch ihre eigene Schuld gräbt sich die konservative Partei ihr eigenes Grab,

wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt, wenn sie die unhaltbare Position nicht rechtzeitig räumt. Wenn die Konservativen festhalten an ihren großen Grundsätzen und sich mit den Aufgaben der Zeit erfüllen, dann werden sie immer ein bedeutender Faktor in unserem öffentlichen Leben bleiben zum Segen des Landes. Aber nur dann, aber auch nur dann, wenn sie dies tun! Dann wird sie immer ihre große Stellung behaupten in unserem öffent- lichen Leben. Durch ihr „unannehmbar“ wird sie vielleicht die Erbschaftsteuer in diesem Augenblick zu Fall bringen. Aber

Sie (nach rechts) werden dadurch für die Zukunft neuen Erbschaftsteuern die Wege eröffnen,

(Sehr richtig! links), die dann kommen werden, und die den Gesichtspunkten und den Wünschen der konservativen Partei weniger Rechnung tragen werden als die heute vorgeschlagene Steuer. (Hört! hört! links.) Die Hal- tung der Konservativen in dieser großen Frage wird einen tiefen Eindruck machen auf das deutsche Volk. (Sehr richtig!)

Es können dadurch Widerstände und Gegensätze gegen die konservative Partei hervorgerufen und gesammelt wer- den, es kann dadurch ein Weg eröffnet werden, den zu be- günstigen weder Sie noch ich vor der Zukunft verantworten können. Man hat den Gedanken einer Annäherung der Konservativen und Liberalen, eines Zusammenwirkens der Konservativen und Liberalen als eine vorüber- gehende parlamentarische Konstellation hingestellt. Erst gestern habe ich Ihnen in diesem Sinne gehaltenen Artikel gelesen. Ich glaube, daß die Geschichte in diesem Geban- ken mehr sehen wird. Je weiter man sich von einem Gebirge entfernt, um so deutlicher tritt der Gebirgszug her- vor, und so wird auch die künftige Perspektive erst von der genannten Konstellation, von dieser Politik, das richtige Bild haben. Die Regierung hat durch die konservativ-libe- rale Konstellation sich nicht nur die Mitarbeit der Libe- ralen und Konservativen sichern, sondern sie hat auch da- durch Gegensätze und Kämpfe vorbeugen wollen, die das zukünftige politische Leben Deutschlands argunfug beeinflussen können. Daß das ein staatsmänni- scher Gedanke war, wird die Zukunft einsehen und die Ge- schichte anerkennen, gleichviel, ob der Träger dieses Ge- dankens früher oder später von seinem Platz abtre- ten wird. (Bewegung.) Im einzelnen will ich bei den heute zur Debatte stehenden Beschlüssen den Herren Ressortchefs und den übrigen Sachverständigen das Wort überlassen. Als Folgerungen meiner Ausführungen und in Konsequenz der Auffassung, die ich bei allen Verhandlungen über die Reichsfinanzreform von Anfang an festgehal- ten habe, will ich nur noch folgendes sagen: in Überein- stimmung mit den Verbündeten Regierungen betrachte ich es als

nobile officium, als Pflicht ausgleichender Gerechtigkeit, als sozialpolitische Notwendigkeit,

daß die der Gesamtheit auferlegten neuen Steuern zum guten Teil von den Besitzenden getragen werden. Es geht nicht an, daß 500 Millionen neuer Steuern nur auf die Mittellassen oder auch weniger Vermittelte gelegt werden, auf Verbrauchsausgaben und indirekte Steuern, die die Mittellassen und weniger Vermittelten verhältnismäßig härter treffen als die Begüterten. (Lebhafte Hört! Hört! links.) Es wäre auch ungerecht und unrichtig, einzelne Arten des Besitzes zu belasten und an- dere freizulassen. Weil sie alle Arten des Besitzes gleich- mäßig trifft, weil sie die Abstufung nach der Leistungsfähig- keit ermöglicht, weil sie dem Boden sozialer Gerechtigkeit entspringt, nicht aus Eigensinn und Rechthaberei halte ich an der Erbschaftsteuer fest, und wende mich gegen die Ver- suche, einzelne Arten des Einkommens oder des Erwerbs einer Besteuerung zu unterziehen.

Ich lehne es ab, im Bundesrat Steuern zu vertreten, die Handel und Gewerbe schwer schädigen, die Handel und Industrie belasten, die gesamte wirtschaftliche Stellung des Landes verschlechtern.

(Lebhafte Zustimmung links.) Die Finanzreform, das ist die wohlverwogene Ansicht aller Verbündeten Regierungen, kann nur zustande kommen, wenn die Beschlüsse dieses Hauses sachlich vertretbar sind, und nach sachkundigem Ur- teil die unbedingt notwendige Summe in ihrem vollen Ver- trag ergeben. Trotz der Schwierigkeit der Situation und der bedauerlichen Spannung zwischen den verschiedenen Parteien des Hauses

halte ich noch an der Hoffnung fest, daß in diesem hohen Hause Gemeinsinn, nationales und soziales Empfinden den Sieg davontragen werden über Kleinlichkeit und Partei- gezänk.

In dieser Hoffnung werde ich bekräftigt durch die Stimmung im Lande. Diese ist frei von Engbergigkeit, sie würdigt die große Aufgabe und wird früher oder später streng mit den Parteien ins Gericht gehen, die das große Werk der Finanz-

reform f...  
Bewegun...  
Zun...  
den sich...  
des Sch...  
berlo...  
maßen...  
Nei...  
rungen...  
zinzubri...  
über die...  
erfahren...  
rungen...  
machen...  
von 360...  
Bestit...  
zwar di...  
warum...  
Aber hi...  
glänz...  
Komm...  
schwe...  
unter d...  
den De...  
Kriegs...  
Kapital...  
den sol...  
unamel...  
Zermin...  
der sin...  
Auch de...  
und de...  
die L...  
dererfe...  
stehen...  
kommen...  
Standp...  
es ist...  
Handel...  
noch be...  
gehen...  
umfa...  
rungen...  
werden...  
Kohl...  
rungen...  
Zuhand...  
würde...  
erlegen...  
für Gr...  
wohl f...  
beitrag...  
noch ni...  
Gemein...  
steht...  
Ginn...  
Rat...  
Die B...  
Nach...  
ausfu...  
Lüde...  
Steuer...  
Erbs...  
Fam...  
Bestim...  
der de...  
wird...  
Kapita...  
dungen...  
die B...  
Mille...  
wenig...  
Effe...  
steuer...  
Sched...  
machen...  
mit et...  
wird...  
getroff...  
gierun...  
eine...  
die R...  
entsch...  
durch...  
vorge...  
werbe...  
Erfer...  
herwo...  
schafte...  
daß...  
als...  
daß...

reform schädigen oder zu Fall bringen sollten. (Lebhafte Bewegung.)

Nun noch ein persönliches Wort. Seit Wochen regen sich die Zeitungen darüber auf, ob ich bleibe oder gehe. (Heiterkeit.) Ich bleibe, solange Seine Majestät der Kaiser glaubt, daß meine Mitwirkung in der inneren und äußeren Politik nützlich ist für das Reich, und solange ich selbst nach meiner eigenen politischen Überzeugung und nach meiner Beurteilung der Sachlage glaube, nützlich wirken zu können. Ich kenne kein Gebiet der inneren Politik von gleicher Wichtigkeit wie das baldige Zustandekommen der Finanzreform. (Allseitige Zustimmung.) Dieser großen Aufgabe ordne ich selbstverständlich meine Person vollkommen unter. Wenn ich mich überzeugen sollte, daß meine Person der Sache entgegensteht, daß ein anderer leichter zum Ziel gelangt, oder wenn sich die Verhältnisse in einer Richtung entwickeln sollten, die ich nicht mitmachen kann und will und nicht mitmachen werde, so wird es mir auch möglich sein, den Träger der Krone von der Opportunität meines Rücktritts zu überzeugen, (Bewegung) und dann wird mein Wunsch, daß mein Nachfolger Erfolg erzielt, ebenso herzlich sein, wie es meine Arbeit im Dienste des Landes war. (Lebhafte Beifall.)

Zur Hause herrscht lebhaftes Erregung. Es bilden sich überall Gruppen von Abgeordneten. Die ersten Worte des Sekretärs gehen in der allgemeinen Unruhe völlig verloren. Nur mühsam schafft der Präsident einigermaßen Ruhe.

Reichsschatzsekretär Sydow: Die Verbündeten Regierungen haben sich für verpflichtet gehalten, Ersatzsteuern einzubringen. Das Ergebnis der Kommissionsberatungen über die Konsumsteuern dürfte keine wesentlichen Änderungen erfahren. Allerdings behalten sich die Verbündeten Regierungen vor, in einzelnen Punkten ihre Bedenken geltend zu machen. Diese Verbrauchssteuern versprechen einen Betrag von 360 Millionen Mark. Etwas anderes ist es mit den Besitzsteuern. Hier liegen Kommissionsbeschlüsse vor, die zwar die Frage nahelegen,

warum greift die Regierung nicht mit beiden Händen zu? Aber hier gilt der Satz: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Die Rotterungssteuer, wie sie von der Kommission vorgeschlagen wird, würde Handel und Wandel schwer schädigen. Die inländischen Papiere würden unter der Steuer leiden und die ausländischen Papiere würden Deutschland meiden. Wir können aber namentlich in Kriegszeiten nicht auf diese Papiere verzichten. Das deutsche Kapital, soweit es in ausländischen Papieren angelegt werden soll, würde in das Ausland abwandern. Ebenso unannehmbar würde die besondere Besteuerung der zum Vermögen zugelaufenen Papiere sein. Abgesehen von der finanziellen Erfolg nicht den Erwartungen entsprechen. Auch bei den jetzigen Vorlagen der Branntweinsteuer und der Erbschaftsteuer ist in gerechtem Maße auf die Landwirtschaft Rücksicht genommen worden. Andererseits müssen die Verbündeten Regierungen darauf bestehen, daß auch Handel und Gewerbe dabei zu ihrem Rechte kommen und dabei keinen dauernden Schaden erleiden. Vom Standpunkte der Verbündeten Regierungen muß ich sagen:

es ist eine sehr bedenkliche Erscheinung, wenn jetzt hier Handel und Gewerbe und Landwirtschaft auseinandergehen; noch bedenklicher würde es sein, wenn dieses Auseinandergehen ein dauerndes werden sollte. Die Mühlenumsatzsteuer wird nach Ansicht der Verbündeten Regierungen ihren Zweck, die Ketten Mühlen vor dem Erdrückwerden durch die großen zu schützen, nicht erreichen. Den Kohlenausfuhrzoll lehnen die Verbündeten Regierungen gleichfalls ab, da er die Kohlenförderung für das Ausland nicht verbilligen würde und eine Industrie schwer treffen würde, der die Reichsversicherungsordnung große Lasten auferlegen wird. Die Frage einer Wertzuwachssteuer für Grundstücke halten die Verbündeten Regierungen, obwohl sie anerkennen, daß das Reich an der Wertsteigerung beiträgt und ihm demnach auch ein Gewinnanteil zukommt, noch nicht für spruchreif, da das Verhältnis des Anteils der Gemeinden zu dem dem Reiche zu gewährenden nicht feststeht. Dazu kommt, daß es sich hier um eine schwankende Einnahme handeln würde, die höchstens auf 20 Millionen Mark zu veranschlagen sein würde.

Die Verbündeten Regierungen werden aber dem Gedanken einer Reichsverzinsungssteuer näher treten.

Nach dem Ausscheiden der Rotterungssteuer, des Kohlenausfuhrzoll und der Mühlenumsatzsteuer würde eine Lücke von 140 Millionen Mark entstehen. Keine andere Steuer aber trifft alle Arten des Besitzes so sicher wie die Erbschaftsteuer. Dem unnötigen Eindringen in die Familien wird vorgebeugt. Andererseits werden die Bestimmungen verschärft werden, daß eine sichere Feststellung der der Steuern unterliegenden Nachlassenschaften ermöglicht wird, um dem Vorwurfe vorzubeugen, daß das immobile Kapital leichter zu fassen sei als das mobile. Die Einwendungen gegen die Erbschaftsteuer sind nicht begründet. Auch die Besteuerung der Feuerversicherungs Policen mit 1/4 pro Mille bedeutet keine besonders erhebliche Belastung. Den wenigsten Widerpruch, hoffe ich, wird die Einführung des Scheckstempel können einen Anspruch auf Besitzsteuer nicht machen. Durch die Umsatzsteuer wird der städtische Umsatz mit etwa 1/2, der ländliche mit 1/3 belastet. Durch den Wechselstempel

wird im großen und ganzen der Handel nicht empfindlich getroffen werden. Gegen den Scheckstempel hat sich die Regierung zwar noch im vorigen Jahre erklärt. Nachdem aber eine Reihe von Vorlagen abgelehnt worden sind, hat sich die Regierung, um die Lücken auszufüllen, zu dieser Steuer entschließen müssen. Der legitime Scheckverkehr wird dadurch keinen Abbruch erleiden. Überhaupt werden durch die vorgeschlagenen Steuern die berechtigten Interessen von Gewerbe, Handel und Verkehr keinen erheblichen Nachteil haben. Erfreulich ist, daß bei allen Parteien — trotz des manchmal hervorgetretenen Prävalierens parteipolitischer Machenschaften — jetzt die Überzeugung zum Durchbruch gelangt ist, daß einmal der Bedarf, den die Verbündeten Regierungen als nötig bezeichnet haben, nicht zu hoch bemessen werde, daß aber auf allen Seiten dieses Hauses der ernste Wille

besteht, zum Ziele zu gelangen. Ich hoffe, daß auch in dieser Frage das Gefühl von der Notwendigkeit siegen und sachliche Rücksichten für die Entscheidung maßgebend sein werden, damit es gelingt, die Reform mit solchen Steuern zusammenzubringen, die, mögen sie auch hier und da un bequem empfunden werden, doch die Interessen der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie nicht verletzen.

Abg. Boffermann (nat.-lib.): Durch die Erklärungen des Reichskanzlers ist die Befürchtung beseitigt, daß die indirekten Steuern in einer Form durch irgend eine Mehrheit des Hauses verabschiedet werden, die durchaus verfehlt wäre. Es ist dankenswert, daß wir nun Klarheit haben. Wir sind bereit, die Finanzreform zu erledigen, aber in einer Form, die für liberale Anschauungen annehmbar ist. Den Vorwurf des Doktrinarismus darf man uns nicht machen. Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß man im politischen Leben nur durch Kompromisse weiter kommt. Wenn wir an den Arbeiten der Finanzkommission nicht mehr teilgenommen haben, so waren wir dazu berechtigt, und unsere Stellung ist auch von unserer ganzen Partei einmütig gebilligt worden. Von den Ersatzsteuern ist die Erbschaftsteuer die wichtigste. Der Staatssekretär hat bereits in der Kommission ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß eine Finanzreform ohne diese Erbschaftsteuer nicht zustande kommen wird. Meine politischen Freunde haben es für richtig erachtet, daß neben dieser Erbschaftsteuer auch eine Besitzsteuer eingeführt wird, durch welche das mobile Kapital herangezogen wird. Die Erbschaftsteuer ist das Streitobjekt des politischen Kampfes, in dem sachliche Gesichtspunkte manchmal etwas beiseite gesetzt sind.

Die Erbschaftsteuer ist bereits in deutschen Ländern in weiten Kreisen vollständig geworden.

(Sehr richtig!) Darüber belehrt uns die Presse aller Parteien; auch in der konservativen Partei finden sich im Gegensatz zur konservativen Fraktion zahlreiche Anhänger, und ich glaube auch, daß in den Reihen des Zentrums viele Anhänger dieser Idee vorhanden sind. Bei der Erbschaftsteuer möchte ich an Ausführungen erinnern, die vor neun Jahren der Abg. Gröber getan hat. Nach dem mir vorliegenden Bericht der Budgetkommission vom 2. März 1900 sprach Herr Gröber von der Erhöhung mancher Steuerätze auf Luxusgegenstände, aus denen sich zur Ausführung des Flottengesetzes noch einige Millionen beschaffen ließen, auf Schaumwein, ausländische Liköre, Zigarren usw., und er fügte hinzu, alle diese Einnahmen würden aber ohne Anleihe nicht ausreichen, und man bedürfe noch einer Erbschaftsteuer, die wohl nur in der Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer gefunden werden könne, wie sie schon in den siebziger Jahren einmal vorgeschlagen sei. Eine Reihe von technischen Schwierigkeiten, die der Erbschaftsteuer entgegenstanden, seien durch das Bürgerliche Gesetzbuch beseitigt worden, und sie habe den Vorteil, alle gleichmäßig zu treffen. Aus der Ausdehnung auf die Deponenten würden sich kolossale Summen erzielen lassen. (Lebhafte Hört! Hört! und große Heiterkeit links.) Nur in den Kreisen der Nationalliberalen wollte man damals eintiges Entgegenkommen bei Sondierung des Terrains gespürt haben, und nur mit Rücksicht darauf, daß eine Mehrheit sich leider nicht ergebe, mühte man von dieser Steuer absehen. (Lebhafte, anhaltende Heiterkeit links.) Heute liegen die Dinge leider anders als damals. Der weitaus größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird von dieser Steuer überhaupt nicht getroffen. (Sehr richtig! links.)

Handel und Industrie haben den größten Teil zu tragen und sie sind in durchaus anerkennenswerter Weise dazu bereit.

Ich kann namens meiner politischen Freunde erklären, daß auch derjenige Teil, der früher Bedenken hatte, diese zurückstellen wird, in der Erkenntnis, daß andere allgemeine Besitzsteuern nicht gefunden werden können, und daß eine solche Heranziehung von Massenverbrauchsgütern, daß 400 Millionen herauskommen, unmöglich erscheint. Ich bin auch beauftragt, zu erklären, daß wir geschlossen auch für die Heranziehung der Deponenten und Ehegatten stimmen werden. Die Mehrheit der Kommission hat statt einer allgemeinen Besitzsteuer bestimmte Gruppen herausgegriffen und sie mit sehr erheblichen Steuern bedacht.

Die Rotterungssteuer,

durch welche einzelne Teile unseres nationalen Vermögens willkürlich zur Besteuerung herangezogen werden, ist für uns unannehmbar. Börse und Banken würden diese Steuer zu zahlen haben, die aber vielfach auf die kleinen Kapitalisten abgewälzt werden würde. Ferner würde die Rotterungssteuer zur Belastung der Hypothekendarlehen und damit zur Verteuerung des Geldes führen. Durch diese Steuer würden viele Unternehmungen ins Ausland gedrängt werden. Wenn ferner ausländische Werte in Deutschland zur Besteuerung herangezogen werden, so werden dadurch unsere politischen Beziehungen zum Ausland geschädigt. Frankreich hat mit der Rotterungssteuer schlechte Erfahrungen gemacht, deshalb sollten wir die Fehler anderer Staaten nicht nachmachen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Gesetze sind nicht so gemacht, wie wir es im allgemeinen in Deutschland gewohnt sind. Die hohen Rechnungen, die Sie (nach rechts gewandt), aufgemacht haben, sind nichts mehr als Milchmädchenrechnungen. Durch Ihre Vorschläge erschweren Sie den Verkehr und den Unternehmerteil, und es ist kein Zweifel, daß Sie bei der ganzen Stempelsteuergesetzgebung große Enttäuschungen erleben werden. Der Reichskanzler hat früher auf die Bedeutung des Auslands geschäftes hingewiesen und ausgesprochen, daß finanzielle Macht politische Macht sei; wir müßten noch viel reicher werden. Der Bericht bemerkt dazu: Sehr richtig! rechts. (Heiterkeit.)

Beseitigen wir die Auslandsgeschäfte, so schädigen wir den politischen Einfluß Deutschlands in der Welt.

Die Politik, die in der Rotterungssteuer liegt, ist antisozial und antinational. Sie richtet sich gegen Industrie und Arbeiter. Wir haben hohe nationale Aufgaben zu erfüllen, da wir ein starkes Heer und eine starke Marine zum Schutze des Friedens erhalten und kolonialpolitisch und den Ausbau der sozialen Gesetzgebung betreiben müssen. Die Beamtenbesoldung muß reformiert werden. Dazu sind große Mittel nötig, und wir stehen heute

noch nicht vor der letzten Finanzreform. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Deshalb müssen wir das Wirtschafts- und Verkehrsleben wickeln und nicht töten.

(Sehr richtig!) Der Kohlenzoll würde auf die Konsumenten, Industrie und Hauswirtschaft fallen. Die Steuervorschläge der Kommission lehnen wir nicht ab, weil sie vom Zentrum kommen, sondern weil wir die Steuern an sich ablehnen müssen. Wir haben vielfach Zentrumsanträge unterstützt, wollen aber nicht, daß das Zentrum in seine frühere Machtstellung einrückt und dem Reichstag seinen Willen ausdrückt. Vielleicht bebauern auch die Konservativen diesen Schritt zum Zentrum hin und vom Block ab. (Rufe rechts: Abwarten!) Die „Vossische Zeitung“ hat daraufgelegt, daß für die Konservativen doch noch andere, politische Gesichtspunkte maßgebend sein müßten als lediglich die finanzielle Wirkung der Erbschaftsteuer. Die „Kreuzzeitung“ hat dem in gewisser Weise zugestimmt. Vielleicht gehen die erheblichen politischen Gesichtspunkte nach der Frage der preussischen Wahlrechtsreform.

Vielleicht hat der Ministerpräsident und das preussische Staatsministerium in der Beziehung Konzeptionen gemacht, die den Konservativen unangenehm sind. Aber auch das wäre kurzfristig von den Konservativen. Eine Wahlreform, die unbedingt notwendig ist, wie sie beispielsweise meine politischen Freunde im Landtag ansehen, können Sie (nach rechts) schließlich doch nicht aufhalten. Sie kommt eben mit Notwendigkeit, weil die moderne Entwicklung, das moderne Staatsleben sie erfordert. (Lebhafte Beifall links. Abg. Dr. v. Heubrand: Was hat das mit der Reichsfinanzreform zu tun? Beifall rechts, Gelächter links.) Im November 1908 hat ein Zentrumsumführer geschrieben, es scheint, als habe das Zentrum die Aufgabe, auf den Wink der Konservativen herzubereiten; das sei ein äußerst schlau angelegtes Manöver, aber wenn das Zentrum ohne weiteres darauf hineinfallen würde, wäre das

eine polizeiwidrige Dummheit.

(Große Heiterkeit links.) Wenn man den Schwerpunkt auf das „ohne weiteres“ legt, dann könnte man auf den Gedanken gebracht werden, daß vielleicht etwas weiteres in Aussicht genommen ist. (Hört! Hört! und Heiterkeit links.) Bismarck hat auf die Einigkeit zwischen Industrie und Landwirtschaft großen Wert gelegt. Dies Band der Einigkeit ist heute zerrissen. Die Industrie ist in eine Kampfsituation gedrängt. Sie hat sich zu dem Sanftbund zusammengeschlossen. Die agrarischen Kreise müssen doch einsehen, daß es mit den ihnen gewährten Vergünstigungen beim Posttarif bewandt bleiben muß, und daß sie bei der Steuergesetzgebung nicht einseitig andere Klassen der Bevölkerung herausgreifen und belasten können. In den Vorschlägen der Kommission finden wir viel Mittelstandsfeindlichkeit. (Lachen beim Zentrum und bei den Konservativen.) Die Nationalliberalen sind bereit, an der Finanzreform mitzuarbeiten und haben darüber niemals einen Zweifel gelassen. Wir stimmen der Finanzreform nur zu, wenn zu der Belastung des Konsums eine allgemeine Besitzsteuer kommt. Wie die öffentliche Meinung zu den von der Kommission vorgeschlagenen Steuern sich stellt, das beweist vor allem der neugegründete

Sanftbund.

Die Rundgebung vom 12. Juni im Zirkus Schumann kann man durch Hohn und Spott nicht aus der Welt schaffen. Ihre Bedeutung liegt nicht in dem Zusammenschluß von 6000 Personen, sondern daß unter ihnen die Kapitäne der deutschen Industrie waren. (Göhnsche Zurufe: Airdorf!) Sie finden in dem Bunde Handel und Industrie vereint. Bedenken Sie wohl,

Freihändler und Schutzzöllner, Industrie und Handwerk. (Lachen im Zentrum.), das große und kleine Kapital, Mittelstand und Beamte, Innungen und freie Verbände, alle zusammengeschlossen zu einer großen Kampfsorganisation.

Wie hoch muß da die Blut des Unwissens gestiegen sein, wenn diese doch reichlich heterogenen Elemente sich in einer einzigen Organisation zusammengefunden haben?

(Lebhafte Beifall links.) Der Zusammenschluß ist erfolgt, weil alle diese Kreise die Quelle, aus denen die Werte geschaffen werden, bedroht sehen und eine Vernichtung Sie die Bedeutung dieser Vereinigung nicht! Ich erinnere Sie daran, wie feinerzeit die Arbeiter sich gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen und damals Spott und Hohn ernteten. Man traute es dem Unternehmertum nicht zu, daß es stark und mächtig genug sein würde gegenüber den Arbeiterorganisationen. Und wie steht es heute? Heute ist der Arbeiterverband stark organisiert und benutzt das Mittel der Sperrung als Gegenmaßregel gegen die Streiks. Das ist auch eine Bewegung, die aus kleinen Anfängen stammt und heute ein großer Machtfaktor ist. Am bemerkenswertesten waren am 12. Juni die Ausführungen des Vorsitzenden des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands. Er sagte, die Hinweise, daß die Erbschaftsteuer den Familien schädige, hätten nichts gemein mit deutscher Art;

es handle sich dabei nur um einen traurigen Versuch, sich um notwendige Lasten herumzudrücken.

Die Gegner der Erbschaftsteuer handelten lediglich nach dem Grundsatz: am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles. Der Redner fügte hinzu, daß die Mitgliederzahl der im Innungsverbande zusammengeschlossenen Organisationen die Zahl 300 000 bereits überschritten habe, und daß alle diese Organisationen sich uns zur Verfügung stellten. Das sagte kein Kapitalist, sondern ein Innungsmeister. (Zurufe vom Zentrum: Freimütiger Parteimann!) Bei den Kommissionsbeschlüssen fehlt es am Ausgleich durch eine allgemeine Besitzsteuer.

Der reichste Mann, der sein Vermögen in Staatspapieren und Hypotheken anlegt, braucht keinen roten Heller für die Reform zu zahlen, und ebenso wenig jemand, der sein Geld in ausländischen Banken anlegt,

die heute mit großer Vergnügen den bisherigen Gang dieser Gesetzgebung verfolgen. Und nun verlangen Sie, daß die Regierungen ihre eigenen Vorlagen aufgeben und diesem Werke der konservativ-kerikalen Mehrheit —

(Gelächter im Zentrum) — ach ja, Herr! wollen Sie ja nicht mehr heißen —, ohne weiteres zustimmen. Das führt ohne weiteres zur Parlamentsherrschaft. (Lachen im Zentrum.) Ich hoffe, daß die Regierungen Ihre Beschlüsse ablehnen und die nötigen Konsequenzen ziehen werden. Die Regierung ist auf dem rechten Wege und die Regierung wird siegen, wenn sie will, und wenn sie stark genug ist.

(Ich für meine Person würde auch vor Neuwahlen nicht zurücktreten.)

(Lachen und Aha! im Zentrum.) Ich weiß ebenso gut wie Sie, daß in solchen Zeiten, in denen der Staat große neue Bedürfnisse hat, den Sozialdemokraten vielleicht aus den Wahlen gewisse Erfolge erwachsen, aber ich bitte Sie, diese Erfolge nicht zu überschätzen, denn Sie müssen auch den Vorteil in Rechnung stellen, daß die Regierungen übereinstimmen mit dem ganzen liberalen Bürgertum. (Aha! und Lachen im Zentrum.) Sie dürfen auch nicht glauben, daß, wenn etwa eine verkehrsförderliche und ungerechte Finanzreform verabschiedet wird, die Zwischenzeit bis zu den nächsten Wahlen das Verhältnis in dieser Beziehung günstiger gestalten würde. In einer Periode der allgemeinen Unzufriedenheit, wo man erst das alles empfindet, was heute ja noch gar nicht erkannt ist, an den Steuerprojekten, ist im Gegenteil die Gefahr vorhanden, daß die Unzufriedenheit dann noch viel größer sein wird, daß sie der Sozialdemokratie 1911 noch ganz andere Erfolge bringen würde, als jetzt.

Wir müssen die Frage nochmals aufwerfen: wird man gegen ein einmütiges Votum von Industrie und Handel, von Handwerk und Mittelstand (Lachen im Zentrum) eine Reform akzeptieren, die antisozial und einseitig ist, die eine allgemeine Heranziehung des Besitzes ablehnt, eine Reform, die in ihren Endresultaten nach meiner christlichen Überzeugung dazu führen wird, die Chancen der Sozialdemokratie wieder zu mehren, weil ihr der oberste Grundsatz fehlt: justitia fundamentum regnorum? Auch in der Steuergesetzgebung ist die justitia, die Gerechtigkeit, vomüht. Wird man eine Reform annehmen, die die deutsche Weltmacht schädigt, weil sie unseren Wettbewerb erschlägt, wird man sich unter das Joch einer solchen Reform beugen? Ich glaube, sobald diese Frage gestellt ist, ist sie auch verneint, und nach dieser Richtung begrüße ich die heutigen Ausführungen des Reichszanklers, der wiederholt von der allgemeinen Heranziehung des Besitzes sprach. Unter diesen Gesichtspunkten sind wir überzeugt, daß die Regierung bei ihrem Programm festbleiben und jede für die weitere Entwicklung des Vaterlandes verderbliche Gesetzgebung hinaushalten muß. (Beifall links.) Der Reichszankler hat heute vom Blockgedanken gesprochen. Meine Freunde stimmen ihm darin zu. Der Blockgedanke, wie er erwachsen ist in der Kritik, die zu den letzten Neuwahlen geführt hat, ist ein guter und gesunder Gedanke, der die ganze Entwicklung unserer Politik gehoben hat (Gelächter im Zentrum), ein Gedanke, der auch eine gute erzieherische Wirkung auf das Zentrum gehabt hat. (Schallendes Gelächter im Zentrum.) Wir würden bedauern, wenn dieser Gedanke zu Grabe getragen würde, wenn wir wieder zu den früheren Zuständen zurückkehrten. Ich bin überzeugt, daß diese Blockpolitik, die doch in vielen deutschen Herzen großen Jubel ausgelöst hat (Lebhafte Zustimmung rechts und links, Lachen im Zentrum), daß dieser Blockgedanke, der mit voller deutscher Warmherzigkeit aufgenommen wurde, ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Parlaments bilden wird. (Lachen im Zentrum. Beifall rechts und links.) Ich für meine Person möchte nicht, daß dieser Blockgedanke dadurch zerstört wird, daß eine Finanzreform zustande gebracht wird, die dem Liberalismus ins Gesicht schlägt. (Höhnisches Gelächter im Zentrum. Lebhafter, langanhaltender Beifall links.)

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. — Schluß 5¼ Uhr.

## Politische Übersicht.

### Der Hansa-Bund.

Die Mitgliederzahl des Hansa-Bundes ist in ständigem Wachstum begriffen; in ungezählten Zuschriften an die provisorische Geschäftsstelle des Bundes wird dessen Gründung als eine befreiende Tat für Deutschlands Handel, Industrie und Gewerbe begrüßt; in dem Zusammengehen der verschiedensten Richtungen der drei Erwerbsstände zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen wird die Bürgerschaft für den Erfolg der Bestrebungen des neu gegründeten Bundes erblüht. Die Veruche der ultramontanen und extrem-agrarischen Presse, die ganze Bewegung als einen „Landsturm der Börse“ zu diskreditieren, erscheinen demgegenüber als Zeichen einer gründlichen Selbsttäuschung. Tatsächlich haben in dem geschäftsleitenden Präsidium des Bundes Personen, die der Börse und ihren Interessen fernstehen, die weitaus überwiegende Mehrheit; das gleiche gilt von den bisher in die Reihen des Hansa-Bundes getretenen neuen Mitgliedern. Auch die von zahlreichen Vereinen und Verbänden an den Hansa-Bund bezogen, die bei seiner Gründung beteiligten Vereinigungen gerichteten Zuschriften beweisen, daß alle Kreise des deutschen Gewerbestandes an dem Wachsen und Blühen des Bundes den wärmsten Anteil nehmen. So erklärt sich die Steinmetzmeinung zu Berlin und der Verband deutscher Steinmetzgeschäfte (Verbände, denen das Bank- und Bärzentswesen doch verhältnismäßig fernliegen dürfte) mit den Bestrebungen des Hansa-Bundes vollkommen einverstanden, beide Verbände halten eine energische Stellungnahme für durchaus angebracht. Der Verein deutscher Pianoforte-Fabrikanten sendet die besten Wünsche für eine erfolgreiche Tätigkeit in der Bekämpfung agrarischer Übergriffe, der Verein schlesischer Papierfabrikanten bringt seine vollkommene Sympathie für die Bestrebungen des Hansa-Bundes zum Ausdruck; ähnlich äußert sich der Verein deutscher feuerfester Produkte. Der Verband deutscher Ladefabriken verleiht seiner großen Befriedigung Ausdruck,

daß endlich eine Organisation geschaffen wird, die Deutschlands Handel und Industrie in sich faßt, der Verein deutscher Marmorwerke hat in seiner Generalversammlung seine volle Zustimmung zur Protestversammlung vom 12. d. M. gegeben und die Bestrebungen, Handel und Industrie in übermäßiger Weise zu belasten, aufs schärfste verurteilt. Dies sind nur einige Proben aus der großen Zahl der Sympathieerklärungen; bekanntlich waren über 400 kaufmännische, gewerbliche und industrielle Vereine in der Protestversammlung vom 12. Juni im Zirkus Schumann vertreten; die Liste dieser Vereine sowie der stenographische Bericht über die Verhandlungen wird in kürzester Zeit im Buchhandel erscheinen; in dieser Veröffentlichung werden auch diejenigen Organisationen aufgeführt sein, welche sich nachträglich der Hansa-Bund-Bewegung angeschlossen haben.

Beiträge für den Hansa-Bund nehmen eine große Anzahl von Bankstellen entgegen, welche sich hierzu durch Plakat bereit erklären. Es erscheint dringend wünschenswert, daß alle Personen, welche bisher ihren Beitritt zum Hansa-Bund erklärt haben, ohne gleichzeitig den vollen Jahresbeitrag pro 1909 mit 3 M. für selbständige Gewerbetreibende und 1 M. für Angestellte (Handlungsgehilfen oder Betriebsbeamte) zu entrichten, diesen Beitrag sofort ohne besondere Aufforderung auf dem angegebenen Wege entrichten, da eine Einziehung so kleiner Beträge durch Boten oder Postauftrag unverhältnismäßige Kosten verursachen würde. Quittungen über die von ihnen eingezogenen Beträge erteilen die das Inkasso beorgenden Bankstellen.

## Deutsches Reich.

\* Unnötige Besorgnisse Frankreichs. Der offiziösen „Süddeutschen Reichs-Korrespondenz“ wird aus Berlin unter dem 15. Juni geschrieben: Eine lange Geschichte über deutsche Ansprüche an die Bforte erzählt das „Echo de Paris“ aus Konstantinopel. Deutschland verlange eine Flottenstation auf einer der türkischen Inseln des Archipels; dieses Verlangen sei von dem Berliner Kabinett amtlich unter Berufung auf einen dringlichen Wunsch Kaiser Wilhelms gestellt worden. Die Bforte habe aus Rücksicht für England und Rußland die unbequeme Forderung durch Abzelen der deutschen Ansprüche auf Tripolis beiseitigen wollen. Aber Deutschland verharre bei dem Gedanken einer Festsetzung im Archipel und strebe dort nicht bloß nach einer KonzeSSION auf türkischem Gebiet, sondern nach politischer Besitzergreifung. Der Ausgang der darüber schwebenden schwierigen Unterhandlungen hänge davon ab, daß Deutschland in der kretischen Frage dem Ministerium Hilmi-Paschas wirksame Hilfe leistet. Es genügt zu sagen, daß an dieser ganzen Enthüllung kein wahres Wort ist. Weder in Tripolis, noch im Archipel, noch anderwärts wird ein Gebietsverlust des osmanischen Reiches durch deutsche Begehrlichkeit gefährdet. In der kretischen Frage aber bedarf die Bforte keiner Unterstützung in der Form einer besonderen Geschäftstätigkeit unserer Diplomatie. Gerade daß wir untätig bleiben, daß Deutschland mit Österreich-Ungarn sich an den Versuchen zur Lösung der kretischen Schwierigkeiten nicht beteiligt, ist für die Türkei eine Erleichterung. Es schützt sie vor europäischem Druck und sichert ihr eine rücksichtsvolle Behandlung. Wie der Konstantinopeler Gewährsmann des „Echo de Paris“ vor deutschen Schritten in der kretischen Frage, so ängstigt sich der Berliner Mitarbeiter des „Figaro“ bei dem Gedanken an Dienste, die Deutschland der russischen Politik in Persien leisten werde, um Rußland von Großbritannien zu trennen. Die Journalisten der Tripolitenente sollten wirklich mehr Vertrauen in die Festigkeit dieses Gebildes zeigen. Wir werden Rußland nicht verführen, weder in Persien noch sonstwo. Uns genügt es, daß Rußland sich nicht gegen Deutschland hat einfallen lassen.

\* Der Fiskus als Erbe. Das Herrenhausmitglied Fürst Anton von Solkowsky, Majoratsherr der Herrschaft Reichen bei Lissa (Polen), ist im Alter von 65 Jahren gestorben. Da er ohne Leibeserben ist, fällt die Fideikommiss-Herrschaft im Werte von 5 Millionen an den Fiskus.

### Parlamentarisches.

Die zweite Lesung des Besoldungsgesetzes in der Budgetkommission. Die Budgetkommission trat gestern vormittag von neuem zusammen zur zweiten Lesung des Besoldungsgesetzes. Es liegt in einer umfangreichen Drucksache ein Antrag des Referenten Dr. Droscher (kons.) vor, der eine Reihe von Abänderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung enthält. Von wesentlicher Bedeutung ist die Bestimmung über die Anrechnung der Dienstzeit der Militär-Anwärter. Nach dem Beschluß der ersten Lesung sollte die Anrechnung erfolgen für die Militär-Anwärter, die acht Jahre und darüber im Heer oder in der Marine gedient haben, bis zum vierten Jahre, soweit diese Dienstzeit und die nachfolgende Zivildienstzeit 12 Jahre übersteigt, mindestens jedoch mit einem Jahre. Nach dem nunmehrigen Antrag Droscher erfolgt die Anrechnung nicht schon nach dem achten, sondern erst nach dem neunten Militärdienstjahre und demgemäß nur bis zu drei Jahren. Es entspricht dies der preussischen Regelung. Von konservativer Seite wird dieser Antrag empfohlen. Die National-Liberalen treten dagegen für die Aufrechterhaltung des Beschlusses erster Lesung ein. Vom Zentrum wird die Regierung um eine Erklärung ersucht, ob eine gemeinsame Regelung in allen Bundesstaaten in Aussicht genommen sei. Das sei die Hauptsache. Unterstaatssekretär Zwickel erklärt hierzu, das Reichskabinett sei mit den einzelnen Regierungen noch nicht in Verbindung getreten. Sobald der Reichstag einen Beschluß gefaßt habe, werde sofort diese Beratung erfolgen. Er hoffe, daß eine einheitliche Regelung erzielt werde. Mit Rücksicht auf diese Erklärung wird der Antrag Droscher mit großer Mehrheit angenommen.

Nach § 12 in der Fassung der Anträge Droscher kann eine Dienstalterszulage verweigert werden, wenn gegen das dienstliche oder außerdienstliche Verhalten des Beamten eine erhebliche Ausstellung vorliegt. Von sozialdemokratischer Seite werden Bedenken gegen diese Fassung erhoben und der Zusatz verlangt: Religiöses und politisches Verhalten gibt keinen Grund zur Verjagung der Dienstalterszulage. Der Antrag wird gegen Sozialdemokraten und Freisinnige abgelehnt und § 12 in der Fassung Droscher angenommen. Das Besoldungsgesetz tritt nach § 47 mit Wirkung vom 1. April 1908 in Kraft. Die rückwirkende Kraft für die Pensionen und Rentenansprüche ist in der ersten Lesung auf den 1. April 1907 datiert worden. Nach dem Antrage Droscher soll sie nur bis zum 1. April 1908 gelten. Die Aufrechterhaltung des Beschlusses erster Lesung wird mit Stimmengleichheit, 10 gegen 10 Stimmen, abgelehnt, desgleichen ein Antrag, das Jahr 1907 festzuhalten, wenigstens für die Beamten, die ein Gehalt bis zu 4200 Mark beziehen. Dienstag wird die zweite Lesung der Besoldungsreform fortgesetzt.

Die Reichstagsredner in der heutigen Debatte. Wie wir hören, wird in der Debatte im Reichstag heute für die Konservativen Abgeordneter Graf Westphal sprechen, das Zentrum schickt den Abgeordneten Groeber; die Sozialdemokratie — Singer; freisinnige Fraktionsgemeinschaft — Dr. Wiemer und v. Bayer vor.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses ist auf den 23. d. M., vormittags 11 Uhr, angesetzt. Auf der Tagesordnung stehen Anträge und Petitionsberichte.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

Bei der fortgesetzten Beratung über das Budget im österreichischen Abgeordnetenhause kritisierte Kramarz die Zusammenfassung des Kabinetts und griff insbesondere die Minister von Hohenburger und Schreiner an, welche Feinde des Slaventums seien. Redner warf den Polen antislawische Politik vor und wies darauf hin, daß die Tschechen die Polen stets unterstützt hätten. Die Tschechen seien stark genug, sich selbst zu wehren, sie verlangen aber von den Polen, daß sie keine antislawische Politik treiben. Redner sprach schließlich die Überzeugung aus, daß sich in Böhmen keine Partei finden werde, die um eines Vorteiles willen geneigt wäre, in eine Kombination einzutreten, welche zugunsten einer einzigen Nation regieren wolle. Im weiteren Verlauf der Sitzung wies Kramarz die Vorwürfe, daß die Polen antislawische Politik trieben, zurück, und forderte die Regierung und die sämtlichen Parteien auf, namentlich durch Herstellung einer Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen eine Grundlage für die Schaffung einer Arbeitsmajorität im Interesse des Staates sowie des Parlaments selbst zu schaffen.

Nach einer Blättermeldung betraute der Kaiser in seiner Eigenschaft als König von Ungarn den ehemaligen ungarischen Finanzminister Lufacs damit, mit den Parteiführern Verhandlungen behufs Bildung eines Übergangskabinetts einzuleiten.

### Rußland.

In Petersburg kamen 22 neue Choleraerkrankungen und 6 Todesfälle vor. Die Zahl der Kranken beträgt 96. Auch im Gouvernement Petersburg ist eine Zunahme der Epidemie bemerkbar.

### Vereinigte Staaten.

Um die Gesetzgebung zu beschleunigen, beschloß Präsident Taft, sofort eine Sonderbotschaft an den Kongress zu richten, worin er seine Zustimmung erklärt zur Besteuerung der Nettoeinkünfte der Trusts und zu einer Verfassungsänderung, die eine Bundessteuer auf Privateinkommen gestatten wird.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 17. Juni.

— Angelommene Gäste. Es sind eingetroffen: Generalleutnant Bauer aus Köln im „Hotel Schwarzer Rod“; Generalleutnant v. Krappoff aus Petersburg im „Hotel Wilhelma“; A. A. Kämmerer Baron Schottendarff v. D. Rose aus Wien in Pension Grandparr; Generalleutnant und Mitglied des Abgeordnetenhauses Dr. Wendlandt aus Berlin-Friedenau im Hause Navelienstraße 80.

— Todesfall. Gestern starb im 69. Lebensjahre Architekt Wilhelm Kaufmann von hier, der nicht nur als ein tüchtiger Vertreter seines Fachs galt und daher bei seinen Berufskollegen in hohem Ansehen stand, sondern auch an der Förderung unseres Gemeinwehns lange Jahre den lebhaftesten Anteil nahm. Er wurde in den früheren Bürgerausschuß, dann wiederholt in das Stadterordneten-Kollegium gewählt, wo er mit Eifer und Gewissenhaftigkeit wirkte, und namentlich seine sachkundige Mitarbeit im Bauausschuß sehr geschätzt wurde. Als vor einigen Jahren körperliche Leiden den Verstorbenen zwangen, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen, sah man ihn in der Stadterordneten-Versammlung nur ungern scheiden. Seine unermüdete ersprießliche Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung, wie sein biederer Charakter und liebenswürdiges Wesen sichern ihm ein ehrendes Gedenken.

— Ausstellung Wiesbaden 1909. Der Männergesang-Verein „Union“ bot am Dienstag den Ausstellungsbesuchern durch den von ihm veranstalteten Männergesangsabend einen großen Genuß dar. Sein Dirigent, Herr Musiklehrer Herber, versteht es, die kunstgerechte Sängerschule zu vorzüglichen Darbietungen zu begeistern. Leidlich der Genuß derselben den auf den Terrassen des Hauptrestaurants Eibenden verloren, weil die Sänger Front nach der Hauptgewerbehalle zu nahmen. Dafür waren die bei dankbarer und spendeten den waderen Sängern wohlverdienten reichen Applaus. — Die ungünstigen Witterungsverhältnisse der letzten Wochen machen es den Obf- und

Gemüsegärtnern unmöglich, die vom 19. bis 23. d. M. stattfindende Obst- und Gemüseausstellung derart, wie ursprünglich vorgesehen, zu beschließen. Die Firma A. Weber u. Co. hier und Franz A. Kreis-Rieberthal, welche über bedeutende Sortimente von Früchten verfügen, die bei gleichbleibend günstiger Bitterung zu Beginn der Ausstellung im schönsten Flor sein werden, haben es deshalb unternommen, diese Sortimente, welche bis zu der vorgesehenen großen Rosenausstellung anfangs Juli ausbleibt haben würden, bereits jetzt zur Ausstellung zu bringen. Den Besuchern der Sonderausstellung wird dadurch eine besondere Augenweide geboten werden. — Der Verkauf der Ausstellung betrug am Mittwoch, den 16. Juni, 7475 Personen, davon waren 4221 Inhaber von Dauerkarten.

— Internationale Luftschiffahrt-Ausstellung Frankfurt a. M. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Siemens u. Halske, Akt.-Ges., und die Siemens-Schuckertwerke, stifteten der Aia einen Preis im Betrag von 20 000 M. für dasjenige Motorluftschiff, welches während der Dauer der Ausstellung die meisten Fahrten von mindestens halbstündiger Dauer und mindestens zwei Menschen an Bord und mit Rückkehr zum Ausstellungsplatz ausführt. — Die Bürger-spende hat bis jetzt einen Betrag von über 11 000 M. ergeben. — Der Verkauf der Dauerkarten zu ermäßigten Preisen wurde mit dem 10. Juni geschlossen. Der Verkauf von Dauerkarten zu den Preisen von 20 M. die Hauptkarte, 8 M. die Beikarte und 18 M. die Einzelkarte, findet weiter Böhrenstraße 1 statt.

— Sonnenfinsternis. Der Kalender verzeichnet für die Nacht vom 17. zum 18. Juni die erste Sonnenfinsternis dieses Jahres. Sie ist eine totale und beginnt heute abend um 10 Uhr im Osten der Insel Formosa, überzieht die nordöstliche Hälfte Asiens, den nördlichen Teil Europas, die nördlichen Polargegenden und Nordamerika und endet am 18. Juni um 2 Uhr 37 Min. morgens im Staate Missouri. Die totale Verfinsternung wird im mittleren Sibirien und im südlichen Grönland sichtbar sein.

— Das Saalburg-Hotel. Der Kreis-Ausschuß für den Obertaunuskreis hat die Konzession der Gemeinde Friedrichsdorf zum Bau eines Hotels an der Saalburg auf Antrag verlängert. Die Pläne für den Bau im Stil eines römischen Schlosses mit hohem Aussichtsturm, Terrassen, Fremdenzimmern, Autogaragen usw., sind bekanntlich auf eine kaiserliche Anregung hin entworfen und vom Kaiser genehmigt worden. Man hätte auch mit der Bauausführung längst begonnen, wenn einigermaßen preiswertes Baugeld für das Hotel zu haben wäre. Das war jedoch bisher nicht der Fall, und da die Architekten keine Lust haben, selbst das erhebliche Kapital zu riskieren, so ist der Bau einwärts verschoben, obwohl ebendem geplant war, das Hotel gleichzeitig mit der völlig renovierten Saalburg feierlich einzuweihen.

— Ein mysteriöser Vorgang spielte sich, so wird uns geschrieben, in der Nacht von Montag auf Dienstag in der Nerostraße ab. Gegen 3 Uhr erschienen dort zwei Militär-musiker in Begleitung von zwei Zivilisten, und versuchten in das Haus der Witwe F. einzudringen. Als ihnen dies jedoch nicht gelang, wollten sie sich den Eingang in das Haus durch den hinter demselben liegenden, an die Lehrstraße grenzenden, Garten verschaffen. Aber nachdem sie durch Überklettern des Geländers sich im Garten befanden, konnten sie offenbar den Weg nach dem Hause nicht finden, und man begnügte sich mit dem Herunterreißen der im Garten hängenden Wäsche, die man auch noch mit Steinen bewarf. Jetzt ging es wieder in die Nerostraße zurück, und diesmal gelang es den vereinten Kräften das Tor aufzudrücken. Nun ging der eine der Musiker nach dem 1. Stock zu dem Mieter L. und verlangte dort, der Herr B., der bei ihm wohne, müsse sofort abreisen. Herr L., welcher jedoch einen solchen Herrn gar nicht kennt, schickte den Eindringling wieder ab, aber derselbe konnte sich nicht beruhigen und rief auch noch auf der Straße, der Herr B. müsse unbedingt jetzt abreisen. Als dann, nachdem der Skandal zwei Stunden gedauert hatte, ein Schuhmann erschien, verschwanden die vier Personen schleunigst. Die beiden Musiker sind als solche einer auswärtigen Artillerie-Kapelle erlarmt worden. Was sie eigentlich mit ihrem sonderbaren nächtlichen Treiben bezweckten, vermochte bisher nicht aufgeklärt zu werden.

— The American Bankers Association, als Vertreter der Banken und Bankiers von Amerika, haben ein weltumfassendes System eingerichtet, wodurch Reisende in irgend einem Lande sich leicht und bequem mit Geld versehen können — ein System, welches die Bankdienste den Reisenden gegenüber wesentlich vereinfacht. Nach vielem und mühsamem Streben ist der neue Dienst jetzt in Gang gebracht, und ist schon die erste Ausgabe der Reisefchecks erfolgt. Viele Touristen haben auch bereits Gebrauch davon gemacht und ihr Reisegeld in der Form dieser Checks mitgenommen. Banken, Bankiers und die bedeutendsten Hotels in Europa, Asien, Afrika und Australien honorieren zum Renntwert die Reisefchecks der American Bankers Association. Es ist der Wunsch der gesamten Bankwelt, daß Kaufleute, Ladenbesitzer und Eisenbahnen, sowie alle mit Touristen in Berührung kommende Verkäufer die Checks zum angegebenen Renntwert ohne Zögern und ohne Abzug annehmen. Der Umfang des Systems und dessen Bedeutsamkeit für Reisende kann am besten aus der Tatsache ersehen werden, daß die American Bankers Association, welche das System offiziell adoptiert hat, 10 000 Banken und Bankiers mit einem gesamten Geldvermögen von 14 000 000 000 Dollar vertritt.

— Rhubarberblätter sind giftig, weil sie, was nicht allgemein bekannt ist, Oxalsäure enthalten, deren Genuß unter Umständen sehr nachteilige Folgen haben kann. So erkrankte in einem ostpreussischen Orte eine Familie, die anstatt des Stengels des Rhubarbers die Blätter spinatartig gekocht und gegessen hatte.

— Die diamantene Hochzeit des Ehepaars Steller hat den Jubilaren eine große Menge von Gratulationen und ehrenden Zuschriften gebracht. Sie danken den vielen, die ihnen Glück gewünscht, durch folgendes Verschen:

Grün, Silber, Gold und Diamant  
Ward uns die Hochzeit bereitet,  
Dank Allen — und warmen Trud der Hand,  
Die uns in Freundschaft begleitet.

— Hansabund. Sämtliche hiesigen Banken und Bankgeschäfte nehmen Anmeldungen zum Beitritt zu dem neuen Hansabund, der Vereinigung von Gewerbe, Handel und Industrie, entgegen.

— In nassauischer Mundart. Unter dem Titel: „Oh! ihr Kinder um ihr Vett!“ hat Lina Forst hier („Villa Humboldt“) ein festliches Gedicht in nassauischer Mundart im Selbstverlag herausgegeben, anspruchlos Verse, die ausnahmslos lustige Kinderstube- und Schulfische ansprechend behandeln. Die Verfasserin selbst charakterisiert ihre Gedichtchen in einem gereimten Motto so: „Maane Kinner hatwe die Wücher gemacht —, ich hab' sie nur in Reime gebracht.“ Das Festchen sei Freunden harmloser Dialektverse empfohlen; es kann auch den Kleinen unbedenklich in die Hand gegeben werden.

— Malheur hatte gestern abend nach 8 Uhr in der Schwalbacher Straße ein Fuhrmann. Mit seinem hoch mit Fruchtsäcken beladenen Wagen war er bis zum Michaelsberg gekommen, da verfiel ihm die Pferde, und ein Sack nach dem anderen fiel vom Wagen herunter, wobei sie sich öffneten und ihr Inhalt sich auf der Straße zerstreute. Alles Aufladen half nichts, die Säcke purzelten immer wieder von allen Seiten herunter, was einem Teil der vielen Neugierigen, die sich angesammelt hatten, großes Vergnügen zu bereiten schien. Schließlich mußte man, um überhaupt die Fahrt fortsetzen zu können, eine Anzahl Säcke auf der Straße liegen lassen und sie später abholen.

— Die Unsitte des Aufspringens auf die „Elektrische“ hatte heute vormittag in der Rheinstraße an der Hauptpost einen schweren Unfall zur Folge. Dort wollte der Rentner Karl Schöffel von hier auf einen Wagen der Straßenbahn aufspringen, wobei er zu Fall kam und sich einen Oberschenkelbruch zuzog. Die Sanitätswache brachte den Verletzten in das St. Josephs-Hospital.

— Unfall. Auf dem Ausstellungslande ist heute vormittag gegen 7 Uhr der in einem hiesigen Hotel beschäftigte Hausbursche Waldemar Klougs mit seinem Rad so unglücklich zu Fall gekommen, daß er erhebliche Verletzungen am Kopf und an einer Hand davontrug. Die Sanitätswache mußte zu seinem Transport ins St. Josephs-Hospital aufgeboten werden. Der junge Mann soll in ein Fuhrwerk hineingefahren sein.

— Schandfeuer. Um 1/11 Uhr heute vormittag brach im Maschinenraum der Werkzeugfabrik von Schwerdtfeger u. Co., Schiersteiner Straße 58, Feuer aus, das aber glücklicherweise keine größere Ausdehnung nahm und von der Feuerwache in einer halben Stunde gelöscht war.

**Theater, Kunst, Vorträge.**

\* Walthalla-Theater. Morgen Freitag und Sonntag, den 20. Juni, finden die beiden letzten Aufführungen der hier mit so großem Beifall aufgenommenen Operette „Ein Herbst-mandler“ von Emmerich Kalmann statt. Am Samstag, den 19. Juni, geht nochmals „Der Liebeswälder“ von G. M. Richter in Szene. Am Donnerstag, den 24. Juni, findet die Erstaufführung der Operette-Novität „Das Glückswunder“ statt. Auf das am Dienstag, den 22. Juni, stattfindende Abschiedsbenediktions von Herrn Eduard Rosen („Die Dollar-pringessin“) sei an dieser Stelle hingewiesen. Eintrittskarten zu dieser Vorstellung sind ab Montag, den 21. Juni, an der Theaterkasse zu haben.

\* Stala-Theater. Das neue Programm fand bei der Premiere einen hübschen Erfolg. Die Darbietungen der einzelnen Künstler gehen weit über das hinaus, was man sonst an dieser Stelle zu sehen gewohnt war. Das Theater ist andauernd gut besucht.

**Nassauische Nachrichten.**

i. Limburg, 16. Juni. Gestern nachmittag stürzte der verheiratete Dachdeckergehilfe Hermann Lindig von hier vom Turm der Kirche in Niederhadamar, wo er mit der Anbringung eines Flaschenzuges beschäftigt war. Der junge Mann wurde ins hiesige St. Vinzentius-Hospital verbracht. Er hat außer anderen Verletzungen einen Bruch der Rückenwirbelsäule erlitten.

o. Rastätten, 16. Juni. Über die bereits kurz erwähnte Einweihung des Kinderpflegheims und des Asyls für Augenranke ist noch nachzutragen, daß der Kommunalverband durch Herrn Landeshauptmann Krekel, die Regierung durch Herrn Regierungs- und Schulrat Polensky und der Bezirksverband des Roten Kreuzes durch Herrn Oberstleutnant Wilhelm vertreten waren. Die Welherede hielt Herr Generalsuperintendent D. Maurer; im Namen des bischöflichen Ordinariats sprach Herr Pfarrer Acht von hier.

nh. Gms, 16. Juni. Bei einem herrenlos umhergelaufenen Hunde ist Tollwut festgestellt worden. Für die Dauer von 3 Monaten ist über Gms, Dauhenau, Kemmenau, Pimmer-schied, Homburg, Rüsselberg, Dienelhal, Sulzbach und Wehteln die Sperre für Hunde und Katzen angeordnet worden.

**Aus der Umgebung.**

\* Mainz, 16. Juni. Heute schloß der 6. Deutsche Konsum-vereinskongress seine öffentlichen Sitzungen. Lebhaft debattierten die Tarife für Väder und Transportarbeiter hervor. Zum Schluß wurde der Antrag des Berichterstatters v. Elm angenommen, wonach eine Lohnerhöhung von 50 Pf. bis 2 M. auf die Mindestlöhne kommen. Als nächster Ort der Tagung wurde München bestimmt. — 117 Personen haben sich um die ausgeschriebene Stelle eines Waisenhauses-Verwalters beworben.

rmk. Darmstadt, 16. Juni. Am Samstag, den 19. Juni, wird im Beisein des Großherzogs von Hessen die Jubiläumsausstellung für Hotel- und Gastwirts-gewerbe zu Darmstadt auf der Mathildenhöhe eröffnet. Neben Genuß- und Nahrungsmitteln werden auch Gegenstände, die mit dem Gastwirts-gewerbe in mehr oder weniger engem Zusammenhang stehen, als z. B. Modelleinrichtungen, Kunst-werkereien, Stoff- und Nähmaschinen, Automobile und Motoren, Saugapparate und Küchenanlagen für kleinere Betriebe usw. ausgestellt.

\* Mainz, 17. Juni. Rheingel: 1 m 75 cm gegen 1 m 72 cm am gestrigen Vormittag.

**Gerichtssaal.**

**Wiesbadener Strafkammer.  
Präsidende Chemänner.**

Der Tagelöhner Johann Fuchs von Biebrich, ein Mann von 47 Jahren, hat eine ganze Reihe von Vorstrafen, meist wegen Brutalitätsvergehen, bereits hinter sich. Am 27. Februar erschien seine Ehefrau vor einem am Rheinufer auf Posten stehenden Polizeiergeanten und rief seinen Schuß

an gegen ihren Mann, der sowohl sie wie ihr Kind schwer mit einem Ochsenziemer mißhandelt habe. Sie zeigte auch die Spuren, welche die Mißhandlung bei ihr zurückgelassen. Der Polizeiergeant begab sich alsbald mit der Frau in deren Wohnung, wo Fuchs antwortend war, und als er seiner Frau sowie ihrer Begleitung ansichtig wurde, bedrohte er beide mit Mord. Als er darauf zur Wache geführt werden sollte, ließ er sich zur Erde fallen und trat nach zwei ihm eskortierenden Polizeiergeanten. Man hatte Mühe genug, ihn an den Ort seiner Bestimmung zu bringen. Fuchs ist vom Schöffengericht wegen schwerer Körperverletzung, Bedrohung und Widerstands gegen die Staatsgewalt mit 3 Monaten Gefängnis als Gesamtstrafe belastet worden, und auf seine Berufung wurde dieses Urteil von der Strafkammer gestrichen bestätigt. — Der Tagelöhner Franz Munder von Biebrich ist zweimal bereits wegen schwerer Mißhandlung seiner Ehefrau gerichtlich in Strafe genommen. Das aber hält den Mann nicht ab, immer und immer wieder seine Rohheit an ihr auszulassen. Das geschah, soviel gerichtsbekannt, zum letzten Male am 31. März d. J., nicht nur, daß ihr Mann sie mit den derbsten Schimpfwörtern belegte, er schlug auch mit einer Kohlenstippe und einem Feuerhaken ganz unbarmherzig auf sie ein, und sie konnte sich keinen Angriffen nur entziehen, indem sie dem ungaslichen Hause den Rücken lehrte. Vor dem Schöffengericht erhielt Munder gestern wegen schwerer Körperverletzung und Beleidigung die wohlverdiente Strafe von 3 Monaten Gefängnis.

5. Mainz, 16. Juni. Die hiesige Strafkammer sprach den 19 Jahre alten Gärtner G. Heize, der im Streit mit seinem Onkel Wilhelm Senst das 3 Jahre alte Töchterchen des letzteren aus Versehen erschlug — der Schlag war dem Vater zugebracht — von der Anklage der fahrlässigen Tötung frei.

**Sport.**

**Die Prinz-Heinrich-Fahrt.  
(Wien-Salzburg.)**

wb. Salzburg, 16. Juni. Heute nachmittag 1/3 Uhr traf Prinz Heinrich ein, während der Wagen der Oberleitung und einige Wagen der Teilnehmer schon vor ihm an der Etappenstation, der Lehener Kaserne, angekommen waren. Prinz Heinrich begrüßte zunächst die Prinzessin von Sachsen-Meinungen und nahm sodann die Vorstellung des Landes-präsidenten Grafen Schaffgotsch sowie der Zivil- und Militär-behörden und der Mitglieder des Salzburger Automobil-klubs entgegen. Hierauf begab sich Prinz Heinrich in das „Hotel de l'Europe“, wo er mit der Prinzessin von Sachsen-Meinungen den Tee nahm. Abends findet zu Ehren der Teilnehmer an der Fahrt ein geselliger Abend im „Hotel de l'Europe“ statt. Bisher ist kein Unfall von der Fahrt auf salzburgischem Gebiet bekannt geworden.

wb. Salzburg, 16. Juni. Bis 6 Uhr abends wurden von 95 gestarteten Wagen 93 hier angekommen. Es fehlten die zwei Wagen 686 und 678, die unterwegs Defekte erlitten.

München, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Zur letzten Etappe der Prinz-Heinrich-Fahrt Salzburg-München sind die Wagen heute morgen 8 Uhr von Salzburg gestartet. Die Fahrt ging bei gutem Wetter nach München, wo in der Vorstadt Giesing der Wagen der Oberleitung um 1/11 Uhr, der Wagen des Prinzen Heinrich um 1/11 Uhr eintrafen. Dann kamen zwischen 1/11 und 11 Uhr in kurzen Abständen die Wagen Nr. 601, 602, 604, 605, 606 usw. Von der Vorstadt Giesing ging die Fahrt die Isar aufwärts nach Gruenwald und von dort gegen den Starnberger See, von wo nachmittags die Anfahrt für die Schnelligkeitsprüfung im Forstrieder Park erfolgt.

\* Radrennen. Der hiesige bekannte Berufsradrennfahrer Albert Dubielzky bestreitet am Sonntag, den 20. Juni, die Dauerrennen hinter Motorschrittmachern in Würzburg. Unter der kundigen Führung seines Bruders wird er die Wiesbadener Farben sicherlich mit Ehren vertreten. — Bei dem am 12. bis 14. Juni in Groß-Gerau stattgefundenen „Hauptkonsultatsfest von Hessen und Nassau der Allgemeinen Radfahr-Union“, auf welchem 27 Vereine vertreten waren, erhielt der „Radfahr-Berein 1904 Wiesbaden“ einen 4. Preis.

\* 24. Mainzer Regatta. Die zweitägige Regatta des Mainzer Rudervereins, die am nächsten Samstag, den 19., und Sonntag, den 20. d. M., auf der Strecke Weisenauer Zementsabrik-Eisenbahnbrücke stattfindet, verspricht wieder ein glänzendes wassersportliches Fest zu geben. Die Rennen beginnen am Samstag um 5 Uhr und am Sonntag um 3 1/2 Uhr nachmittags. Am Samstag finden acht und am Sonntag zehn Rennen statt, im ganzen also 18 Rennen, bei denen 73 Boote, darunter die besten Ächter-, Vierer-, Junior- und Einer-Mannschaften von Süddeutschland, die Ruder miteinander kreuzen werden. An beiden Tagen kommen auf dem Festplatz große Militärkonzerte. Durch die Kapellen des Leib-Infanterie-Regiments Nr. 117 und des Nassauischen Pionier-Bataillons Nr. 21, zur Ausführung. Die großzügig angelegten Tribünen, die für 3000 Personen gute Sitzgelegenheit bieten und die einen herrlichen Überblick über die Rennstrecke geben, sind mit allen Bequemlichkeiten ausgestattet und gegen Sonne und Regen geschützt. Die hiesige elektrische Straßenbahn hat für die beiden Regattatage einen beschleunigten Verkehr nach dem Festplatz eingerichtet. Für den Sonntag wird der Besuch Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs Ernst Ludwig und der Großherzogin Eleonore erwartet.

nh. Nassau a. d. L., 16. Juni. Am Sonntag, 4. Juli, kommen die Fußballvereine Nassau, Oberlahnstein, Limburg und Rastätten hier selbst zu einem gemeinsamen Spielen zusammen. Es wird auch ein Beispielspiel zwischen Nassau und Limburg stattfinden.

\* Fechttourier in Baden-Baden. Das internationale Fechttourier in Baden-Baden, das am Freitag früh begann, erreichte am Sonntagabend mit dem großen Schauspielen für Meister und Amateure sein Ende. An diese Akademie, an der sich von Meistern della Santa-Bien, Geraci-Büch, Tagliab-Frankfurt und Gazzera-Offenbach beteiligten, schloß sich die Preisverteilung. Im Florettfechten erhielten Preise: 1. Nedo Rabi-Livorno, 2. Donna Reggi-Turin, 3. Petri-Offenbach, 4. Königsgarten-Wien, 5. Schwarz-Mainz,

Die Amazonen von England.



Die englische Frauenemanzipation eilt mit Riesenschritten den hiergegen noch bescheidenen Erfolgen der Frauen anderer Länder voraus.

die Reize der nordischen Winterfreude, wenn die leichten, windgeschneellen Schlitzen über das unter den Pferdehufen klingende Eis fliegen.

Der deutsche Gastwirtstag.

Kiel, 16. Juni.

Im Festsaale der „Hoffnung“ trat gestern vormittag als Einleitung zum Deutschen Gastwirtstages die Bevollmächtigtenversammlung des Deutschen Gastwirtsverbandes unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches zusammen.

Der Berichterstatter führte dazu aus: Das Steuerbulet des Reichsfinanzsekretärs hatte auf die Gastwirte eine geradezu niederschmetternde Wirkung, enthielt es doch für die Gastwirte nicht weniger als sechs neue Steuern.

Zwecks Belämpfung der neuen Steuern erfolgte der Beitritt des Deutschen Gastwirtsverbandes zu dem Schutzverband der Brauereien. Bei Normierung der Mehrsteuer auf das Bier hat sich die Regierung davon leiten lassen, daß die Steuer so hoch werden müsse, daß ihre Abwälzung auf den Konsumenten ein Akt der Selbsterhaltung werde.

Der Redner besprach dann weiter die anderen Steuererlagen und weist bezüglich der Reichsunsicherheit auf dem Gebiete des Spielautomatenwesens darauf hin, daß den Gastwirten nur dringend zu raten sei, die Spielautomaten zu entfernen.

Zu Kampfe gegen die Genossenschaft Deutscher Tonseher wurde eine endgültige gerichtliche Entscheidung noch nicht erzielt. Auf Seiten der Abstinenzler sind nennenswerte Erfolge im Geschäftsjahre nicht zu verzeichnen.

Sodann erstattete Traun (Berlin) den Kaufsbericht. Danach schließt die Verbandskasse in Einnahme und Ausgabe mit 68.603 M ab.

Zur Frage der Gründung einer Altersrentenkasse beschloß die Versammlung, lediglich die bisherige Unterstützungskasse weiter auszubauen.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Danzig gewählt, für 1911 ist Braunschweig in Aussicht genommen.

Der deutsche Fleischertag.

Unter zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder ist in Stettin der 32. Deutsche Fleischer-Verbandsstag zusammengerufen, der mit einer reichbebildeten Ausstellung des deutschen Fleischerhandwerks und der beteiligten Hilfsberufe verbunden ist.

durch einen Blumentorso die Freude an der Gegenwart zum Ausdruck brachte.

Die Straßen, durch welche sich der Zug bewegte, waren von den Anwohnern festlich geschmückt. Voran ritt ein Herold in mittelalterlicher Tracht. Im ersten Wagen hatte der Bürgergalaclub Platz genommen.

Auch in dieser Gruppe kam der Humor zu seinem Recht. Die Wurstmaschine der Zukunft zeigte, wie man künftig auf der einen Seite die Schweine im ganzen hineinwirft, um auf der anderen Seite die fertigen Würste herauszubekommen.

Die geschäftlichen Verhandlungen werden morgen mit der Erstattung des Geschäftsberichts durch den Vorsitzenden des Deutschen Fleischerverbandes Marx (Frankfurt a. M.) eröffnet werden.

Neues aus aller Welt.

Retung durch einen Hund. Der Bergführer Olimpo Androcetti unternahm vor einer Woche, wie aus Genua gemeldet wird, eine mehrtägige Orientierungstour in den Seepalmen, um sich für die bevorstehende Saison genau zu orientieren.

Der Milliardär auf dem Dach. Der Milliardär und Eisenbahnkönig Harriman, der bereits im Winter durch sein „Leben im Bellsager“ Aufsehen erregt hat, macht jetzt in New York wieder von sich reden, denn nach seinen neuesten Plänen will er einen großen Teil seines weiteren Lebens auf dem Dach zubringen.

38 Jahre im Sulkthaus. Eine späte Freiheit genießt ein italienischer Brigant. Aus dem Kerker der Insel Risida wurde der berühmte Brigant Albino Fratta nach 38jähriger Haft in Freiheit gesetzt.

Das ist die Liebe. Wegen Entführung einer Minderjährigen und Verübung umfangreicher Betrügereien wurde der Zivilingenieur Wedliczek durch die Kriminalpolizei in Katowitz (Oberschlesien) festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

„Du hast Diamanten...“ Ein ungewohnter Diamanten-Maler, der das allgemeine Vertrauen genoss, hatte sich vor 14 Tagen wegen Kopfleidens zur Behandlung nach Bonn begeben.

Ein Theater in Flammen. In der Nacht zum Montag ist das städtische Theater in der Hauptstadt Oesterreich-Schlesiens, Troppa, das Opfer einer Feuersbrunst geworden.

Ein Luftschiffstation in Baden-Baden. Der Oberbürgermeister Piefer von Baden-Baden hatte, wie jetzt bekannt wird, anfänglich seinen Aufenthalt in Friedrichshafen dem Direktor Colmann von der Zeppelin-Luftschiffbau-Gesellschaft zu dem Projekt einer Luftschiffstation in Baden-Baden mitgeteilt.

Der Rennfahrer als Mörder. Der Rostocker prozess gegen den Rennfahrer Brouer wird am 5. Juli vor dem Schwurgericht in Trier neuem verhandelt werden.

Ein Raubmord auf der Landstraße. In der Nacht zum 12. dieses Monats wurde auf der Landstraße zwischen Oberkahl und Durchhausen, Oberamt Tuttingen, an dem Viehhändler Hermann Ganter aus Durchhausen durch Einbruch in das Haus, ansehend mit einem stumpfen Instrument, ein Raubmord begangen.

Winterstürme im Rosenmund. Die heftigen Schneefälle im Gothardgebiet hatten eine umfangreiche Verkehrsstörung hervorgerufen. Wie aus Zürich gemeldet wird, ist die Straße über den St. Gotthard für den Banenverkehr wieder geöffnet worden.

Die Schulden der Königsrichter. Das Landgericht I in München hatte sich mit einer Wechsellaufnahme gegen die Prinzessin Luise von Belgien zu beschäftigen. Der Kläger war ein Münchener Kaufmann.

Künf Arbeiter vom Blis erschlagen. Ueber das Altenburger Komitat (Ungarn) ging am Montag ein furchtbares Unwetter nieder.

Aus der Sportwelt.

Ein Kaiserpreis für das Gomburger Tennistournoi. Der Kaiser sagte zu dem am 20. Juli beginnenden Oesterreich-Kontinent-Tournoi in Gomburg v. d. S. einen Kaiserpreis zu.

24. Mailer Regatta. Die zweitägige Regatta des Mailer Auber-Regens, die am nächsten Samstag, den 19. und Sonntag, den 20. ds. Mts., auf der Strecke zwischen Zemenabell-Eisenbahnbrücke stattfinden, wird ein glänzendes wasserportliches Fest zu werden.

Bei Brechdurchfällen u. Commerdiarischen. Die Kinder hat sich „A u f e l e“ ohne Willkür, in der Wasser gefoch, als Nährmittel hervorragen bewährt.